776

J. cëm. P776

Posse

<36615131530017

<36615131530017

Bayer. Staatsbibliothek

Ueber
Grundherrſchaft
und
Wahlcapitulationen
der
deutſchen Domcapitel

von

A. F. H. Poſſe,

der R. D. in Göttingen.

Alter honos Cleri conſenſum poſtulat; alter
Arbitrio Procerum, Regnique favore paratur.

Guntherus in Ligurino L. VI.

Biblioth. ... abtac.

Hannover,

im Verlage der Helwingſchen Hofbuchhandlung, 1787.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Unter den Gegenſtänden, welche die Aufmerkſamkeit des politiſchen und juriſtiſchen Publikums in unſern Tagen auf ſich ziehen, iſt wohl das ſtreitige Verhältnis der Domcapitel zu ihren Fürſten nicht einer der minder wichtigen. Keiner iſt aber auch für die meiſten wohl unverſtändlicher und unter den Gelehrten ſtreitiger als eben dieſer. Vor einiger Zeit ließ ich, nicht in der Abſicht mich

in die Streitigkeiten der letztern genauer einzuſ laſſen, ſondern den erſtern einen faßlichen Aufſchluß über dieſelben zu ertheilen, einen Aufſatz, über die Rechtsbeſtändigkeit der Wahlcapitulationen catholiſch - geiſtlicher Fürſten in Bezug auf die Landeshoheit im Weltlichen, drucken, in deſſen Vorerinnerung ich dieſe Abſicht deutlich zu verſtehen gab. Ich konnte aber zum voraus wiſſen, daß der Sachkundige, in deſſen Händen die Critik iſt, dieſe Arbeit nach ſeinem Gefühl beurtheilen, und dasjenige dabey erinnern würde, was ab oder hinzu kommen müßte, wenn ſie für Gelehrte und Ungelehrte brauchbar ſeyn ſollte. In der Hofnung eine ſolche Belehrung, wenn indeſſen kein anderer vorgriffe,

griffe, bald zu benutzen, wurde nur eine ſchwache Auflage veranſtaltet, die ſich bald vergriffen hat. Statt einer zweyten Ausgabe liefere ich nun eine neue Arbeit, die ſich nicht blos durch den Titel von der vorigen unterſcheidet, ſondern nach einem ganz andern Plan verfertigt iſt. Nur dasjenige iſt aus der vorigen beybehalten, was nothwendig wiederholt werden mußte, und bey dem ich keine weſentliche Veränderung für nothwendig fand; aber auch in dieſen Fällen iſt erſteres, meiner Meinung nach, beſſer geſtellt, und letzteres genauer beſtimmt. Ehe man nun über den Erfolg dieſer Bemühung das Urtheil ſpricht, wünſchte ich, daß man zuerſt die Möglichkeit, ob

ſich bey den bekamnten Geſchichtsquellen, (die in den Puncten, auf welche es hier vorzüglich ankömmt, ſo ſparſam fließen,) mehr thun ließ, in Erwägung zöge; und daß man mir nicht den Mangel am Hange zum Sonderbaren zum Fehler anrechnete.

In-

Inhalt.

I. Abtheilung.

Ueber das Grundeigenthum der Capitel an den Weltlichkeiten der Stifter.

I. Abſchnitt.

Geſchichte der Erz- und Biſchöfe und ihrer Weltlichkeiten.

§. 1. Einleitung.

§. 2. Ihre Entſtehung überhaupt

§. 3. In Deutſchland. Ihre urſprüngliche Beſtimmung und Verhältnis zur Hierarchie und dem Staat.

§. 4. Ihre Ernennung ein Hoheitsrecht.

§. 5. Unterwürfigkeit derſelben unter die Herzoge, Grafen und Vögte.

§. 6. Anwachs der ſtiftiſchen Beſitzungen und eigene Landeshoheit.

§. 7. Innere Verfaſſung der Hochſtifter.

§. 8. Aus dieſer fließendes Recht der Stände an den Biſchofswahlen und der Landesregierung.

§. 9. Kaiſerlicher Verluſt des Ernennungsrechts durch den Inveſtiturſtreit.

§. 10. Unterſuchung über die Verbindung der Stiftslande mit dem Reich vor und nach demſelben.

II. Abſchnitt.

Geſchichte der Domcapitel.

§. 11. Entſtehung derſelben.

§. 12. Verfaſſung derſelben unter den Carolingern.

§. 13. Aufhebung derſelben unter den ſächſiſchen Kaiſern.

§. 14. Betrachtung, ob ihnen von dieſer Zeit her ein Grundeigenthum an den Stiftslanden beygelegt werden könne.

§. 15. Ihre Gerechtſamen nach päbſtlichem Rechte.

III. Abſchnitt.

Stiftsverwaltung während der Stuhlserledigung.

§. 16. Bis auf das Benutzungsrecht der Kaiſer.

§. 17. Rechtfertigung dieſes kaiſerlichen Rechts.

§. 18. Mit demſelben verbundenes Jus ſpolii, und Verluſt dieſer kaiſerlichen Gerechtſamen.

§. 19. Die Trümmern derſelben kommen an die geſammte Landſchaft. Gemeinſchaftliches Wahlrecht.

§. 20. Gemeinſchaftliche Wahlverträge. Ausſchließung der übrigen Stände von dem Wahlrechte.

§. 21. Gemeinſchaftliche Stiftsverwaltung während der Stuhlserledigung. Die Capitel ſchließen auch hievon die übrigen Stände aus.

§. 22. Folgerungen auf das Grundeigenthum der Stiftslande und das Repräſentationsrecht derſelben.

§. 23. Worinn dieſes letztere beſtehe.

II. Abtheilung.

Ueber die Wahlcapitulationen der deutſchen Domcapitel.

I. Abſchnitt.

Geſchichte der Wahlcapitulationen.

§. 24. 25. Im 13ten Jahrhundert.

§. 26. Im 14ten Jahrhundert.

§. 27. Im 15ten Jahrhundert. Die übrigen Stände kommen über dieſelben mit den Capiteln in Streit.

§. 28. Streitigkeiten zwiſchen den Biſchöfen und den Capiteln über die Verbindlichkeit derſelben.

II. Abſchnitt.

Ueber die Rechtsbeſtändigkeit der Wahlcapitulationen in Bezug auf die Landeshoheit im Weltlichen.

§. 29. Nähere Beſtimmung dieſer Streitigkeiten durch die Sonderung der verſchiedenen biſchöflichen Würden, und folgender Fragen:

§. 30. 31. Welche Rechte haben die Capitel bey erledigtem, und welche

§. 32. bey beſetztem Biſchofsſtuhl?

§. 33. Landesſtändiſche; mit oder ohne Nebenſtände.

§. 34. Folgerung von dieſer Landsſtandſchaft auf ihre Landſäßigkeit, die ſie durch Wahlcapitulationen und allerley Benennungen in Unmittelbarkeit zu verwandeln trachten.

§. 35. Von dem Titel **gebohrner Senat.**

§. 36. Betrachtungen über das Capitulationsrecht.

A) Ob den Capiteln dieſes Recht zukomme?

1) wenn Mitſtände vorhanden ſind

§. 37. 2) ohne ſolche;

α) Im Falle, daß ſie landsſtändiſche Rechte hergebracht hätten,

β) oder nicht.

§. 38. B) Wie eine Wahlcapitulation, wenn ſie rechtsbeſtändig ſeyn ſoll, beſchaffen ſeyn müſſe.

III. Abſchnitt.

Anwendung dieſer Grundſätze auf einige in den meiſten Wahlcapitulationen eingeſchränkte Hoheitsrechte.

§. 39. Vorerinnerung.

§. 40. Geſetzgebung.

§. 41. Jus munerum.

§. 42. Privilegienertheilung. Die Capitel nehmen ſich eigenmächtig welche durch die

§. 43. in den Wahlcapitulationen ausbedungene Befreiung von der landesherrlichen Gerichts- und Steuerbarkeit.

§. 44. Beſteurungsrecht.

§. 45. Recht, Krieg und Frieden zu ſchließen.

§. 46. Kammer- und Oeconomieverwaltung.

§. 47. Lehnsherrlichkeit.

§. 48. Ueber die Clauſeln der Wahlcapitulationen.

Erſte Abtheilung.

Ueber das Grundeigenthum der Domcapitel an den Weltlichkeiten der Erz- und Hochſtifter.

Erſter Abſchnitt.

Geſchichte der Erz- und Biſchöfe und ihrer Weltlichkeiten.

§. I.

In einem Staate, der ſo wie Deutſchland von jeher der Kirchengewalt unterwürfig war, der durch ihren Betrieb in eine ſo große Anzahl kleinerer Staaten vereinzelt wurde, nimmt es nicht Wunder, daß ſich die Kirche ſelbſt bey der Zerſtückelung deſſelben bedacht hat. Diejenigen, die in der Kirchengeſellſchaft an die Stellen der Apoſtel getreten waren, um

um ihr mit Lehre und Rath an die Hand zu gehen, ſahen den unvermeidlichen Zerfall der deutſchen Monarchie zum voraus; und wer kann es ihnen bey den Vortheilen, die ſie in Händen hatten, und bey dem Beyſpiele ihres Oberhaupts verdenken, daß ſie nicht der bedrängte Theil seyn wollten, ſondern zulangten wo etwas zu haben war, kurz, daß ſie, ſo gut es gehen wollte, ihre geiſtliche Würde mit der eines Landesherrn vereinigten, und ſo Fürſtbiſchöfe wurden.

So kam ein beträchtlicher Theil Deutſchlands in die Hände der Geiſtlichkeit, die nunmehr zweyen Herren dienen mußte, — dem Pabſt im Geiſtlichen und dem Kaiſer im Weltlichen. Bey dieſer Dienſtcolliſion mußte nothwendig ihr erſtes Oberhaupt den Vorzug behalten, der für ſie ſelbſt mit ſo vielen Vortheilen verknüpft war. Deutſchlands Kaiſer wurden dadurch in anhaltenden Zwiſt mit den Päbſten verwickelt; hatten den größten Theil der Fürſten gegen ſich; und kamen um alle ihre Rechte, ſo wie das päbſtliche Anſehen zunahm.

In den geiſtlichen Landesherren nunmehr unterworfenen Ländern ſchwang ſich die niedere Geiſtlichkeit zugleich mit empor; verdrängte durch die obſiegende Macht der Hierarchie die urſprüngliche Verfaſſung derſelben beynahe gänzlich; und ſo fiel der Saame zu den ſo mannigfaltigen Streitigkeiten, die in unſeren Zeiten in voller Blüte ſtehen.

Um ſo natürlicher iſt es, in Beurtheilung dieſer Streitigkeiten auf die entfernte Veranlaſſung derſelben zurückzugehen, und dasjenige auseinander zu ſetzen, was Kunſt und Zeitumſtände verwirrt haben. Bey gegenwärtiger Unterſuchung ſind es die geiſtlichen Fürſten

und

und ihre Capitel, deren wechſelſeitiges Verhältnis aus der Art ihrer beyderſeitigen Entſtehung und Vervollkommnung im Verhältnis zum Reich auf dieſe Weiſe beſtimmt werden muß. In dieſer Hinſicht betrachte ich zuerſt den Biſchof nach ſeiner geiſtlichen und weltlichen Beſchaffenheit; dann das Capitel im Verhältnis zum Biſchof und den übrigen Landesgliedern: und hoffe, vermittelſt dieſer Vorausſchickung, deſto eher im Stande zu ſeyn, die Rechtsbeſtändigkeit der Wahlcapitulationen, welche die Capitel ihren Fürſten vorlegen und beſchwören laſſen, nach richtigen Grundſätzen beurtheilen zu können.

§. II.

Die Kirchengeſellſchaft hatte das Schickſal aller ähnlichen collegialiſchen Verbindungen, daß diejenigen, die nur ihrer Rechtſchaffenheit und Erfahrung halber die erſten unter den übrigen Mitgliedern ſeyn ſollten, ſich nach und nach eine ſelbſtſtändige Gewalt beyzulegen trachteten.

Hierzu trugen die im zweyten Jahrhundert ſich häufig entſpinnenden Streitigkeiten in der Lehre nicht wenig bey. Jede derſelben hatte ihre Anhänger; — es entſtanden unter ihnen gütige Vergleiche und Beredungen über die Vereinigung derſelben, die unvermerkt unter den Sprechern der einzelnen Kirchen eine Art von Hierarchie bildeten, in der ſich in der Folge die Vorſteher der zahlreicheren und in größeren Oertern befindlichen Gemeinden beſonders hervorthaten. Nachdem auch die Kaiſer von Conſtantin an ſich zur chriſtlichen Kirche geſellten, freylich nicht um ſich, wie in der Folge geſchahe, durch ſie vom Throne weiſen zu laſſen, erhielten die, welche

che bisher blos übertragenes Anſehen gehabt hatten, nunmehr geſetzliches. Von nun an wurden unter dem Schutz der Kaiſer Concilien gehalten, auf denen die Hierarchie, ſo wie wir ſie noch itzt haben, zu ihrer Vollkommenheit gelangte. Je mehr die Kirche den Kaiſern zu verdanken hatte, um ſo mehr Einfluß und Gerechtſamen mußte ſie denſelben ſo wohl als Landesherren als auch als Mitgliedern über ſich einräumen; ſie ließen es jedoch geſchehen, daß das Volk und die Geiſtlichkeit, mit ihrer Bewilligung, ſich ſelbſt ihre Biſchöfe erwählten [a]).

§. III.

Unter den fränkiſchen Regenten wurden in dem durch die Mühwaltung des heil. Bonifazius bekehrten inneren Theile Deutſchlands gleichfalls Biſchöfe eingeſetzt, die mit ihrer Entſtehung ſo gleich in die ſträngſte Abhängigkeit von dem römiſchen Biſchof geriethen. Da ſie noch nichts weniger, als Beſitzer anſehnlicher Territorien waren, bekümmerten ſich die Könige wenig um eine Verbindung, die in der Zukunft ſo wohl für ſie als für ganz Deutſchland die traurigſten Folgen hatte. Die biſchöfliche Gewalt erſtreckte ſich über nichts weiter als über eigentliche Kirchenſachen. Ausübung der Religion, Aufſicht über die ihnen untergeordnete Geiſtlichkeit, und beſtimmte Anwendung der Kircheneinkünfte, die größten

---

a) *Thomaſſin* de vetere & nova Eccleſiae diſciplina P. II. L. II. C. 1. *Boehmer* Jus eccl. Proteſt. L. I. T. VI. *Herm. Conring* de Conſtit. Epiſcop. Germaniae T. II. Opp. N. VIII. p. 699.

ten Theils in Zehnten und andern frommen Beyträgen beſtanden, waren der alleinige Gegenſtand ihrer Amtspflicht[a]). Die Kirche fand aber in Deutſchland, das ſchon unter dem Heidenthume der Geiſtlichkeit äußerſt gewogen war, einen ſehr zuträglichen Boden. Ohne Widerſpruch trat ſie in die Rechte der vertriebenen heidniſchen, fand ſich auf den Nationalverſammlungen ein, und nahm an allem, was zu ihrem und des Ganzen Vortheil beſchloſſen wurde, den wichtigſten Antheil [b]).

§. IV.

Dieſe Verbindung der Kirche mit dem Staate war der Grund zu den unzähligen Zwiſtigkeiten, die ſich zwiſchen der weltlichen und Kirchengewalt entſpannen, unter denen diejenige, welche über das Ernennungsrecht der Biſchöfe entſtand, von den wichtigſten Folgen geweſen iſt.

Der angegebenen Lage der Sache nach, konnte es den Kaiſern nicht gleichgiltig ſeyn, wer die Stelle eines Biſchofs, mit der die Reichsſtandſchaft verbunden war, einnahm. Dies war die Urſache warum das Collegialrecht der Kirche, ſich ſelbſt ihr Oberhaupt zu erwäh-

a) Ante omnia id agebant epiſcopi magna cura, ne vel ſuis, hoc eſt publicis baſilicis, vel privatis urbium agrorumve ſuae adminiſtrationi commiſſis eccleſiis, deeſſet, quod ad diſciplinae modo incrementum attinere videretur. In praeſulis duae tantum requirebantur, Pietas & Eruditio. *Vadian* de Collegiis Monaſteriisque German. veteribus beym *Goldaſt* T. III, Rer. Germ. p. 1.

b) *Vadian* a. a. O. p. 8.

wählen, in Deutſchland nie Platz greifen konnte. Die Könige ſahen es als ein unbezweifeltes Hoheitsrecht an, die hohe Geiſtlichkeit ausſchließlich zu ernennen [a]); und die Päbſte ſelbſt machten den Kaiſern dieſes Recht nicht ſtreitig [b]), ſondern ermahnten ſie nur die Kirche mit tüchtigen Vorſtehern zu verſorgen, und die erledigten Stellen, ihres Vortheils willen, nicht zu lange offen ſtehen zu laſſen [c]). Aus einer Verordnung Carls des Großen vom Jahr 803 [d]) ſollte man zwar glauben, daß dem Clerus und dem Volke das freye Wahlrecht ihrer Biſchöfe wäre zugeſtanden worden; die Folge beweiſet aber, daß nach wie zuvor die Könige allein das Beſetzungsrecht ausgeübt haben, und daß dem Volke nichts weiter zukam, als den für ihren Biſchof zu erkennen, den der König dazu ernannt hatte.

§. V.

Carl der Große und ſein Stamm errichteten theils neue Biſthümer, theils beſchenkten ſie die ſchon vorhandenen

---

a) Hrn. Hofr. **Schmidts** Geſchichte der Deutſchen B. 2. K. 10.

b) Pabſt Johann X. ſchrieb an den Erzbiſchof Hermann zu Cölln: Cùm priſca conſuetudo vigeat, qualiter nullus alicui clerico epiſcopum conferre debeat niſi rex, cui divinitus ſceptra collata ſunt. *Harzheim* Concil. Germ. T. II. p. 596.

c) *Lambert. Schafnaburg.* a. a. 1075.

d) Adſenſum ordini eccleſiaſtico praebuimus, ut ſcilicet epiſcopi per electionem cleri & populi de propria dioeceſi — eligantur. Beym Georgiſch in Corpore Jur. Germ. antiqui p. 640.

denen mit anſehnlichen Gütern [a]), an welchen den Biſchöfen blos Eigenthumsrechte zuſtanden. Auch nicht der geringſte Gedanke von Hoheit über dieſelben konnte in ihnen aufſteigen, da die Herzoge und Grafen, eiferſüchtig auf den anwachſenden Reichthum der Geiſtlichkeit, dasjenige Recht an ihnen mit der größten Strenge ausübten, welches den Inbegrif aller Hoheit enthielt, — die peinliche Gerichtsbarkeit. So weit ſich dieſe erſtreckte, ſo weit gieng des Fürſten oder Grafen Amt, von denen die biſchöflichen Beſitzungen wahre Beſtandtheile waren [b]). Dieſe Verfaſſung erhielt ſich bis unter die ſächſiſchen Könige. Otto I. und ſeine Nachfolger vermehrten nicht nur die Kirchengüter, ſondern befreieten ſie auch von der Gerichtsbarkeit der Weltlichen, und nahmen ſie unter eigenen Schuz (Mundiburdium). Hierdurch gewannen ſie nur dieſes, daß ſie aus der ihnen ſo verhaßten Botmäßigkeit der Grafen herausgeſezt, und eigenen zur Ausübung der Hoheitsrechte beſtellten königlichen Vögten untergeben wurden [c]).

§. VI.

---

a) Ludovicus filius ejus (Caroli M.) ſucceſſit ei in regnum. Qui paternis per omnia votis concordans, eadem liberalitate qua pater ejus, erga cultum domus Dei & omnem clerum uſus eſt, ampliſſimas regni divitias ad decorem & gloriam eccleſiae intorquens, in tantum, ut Epiſcopos qui propter animarum regimen Principes ſunt coeli, ipſe eosdem nihilominus Principes efficeret regni. *Helmold* in Chron. Slavor. L. I. c. IV.

b) Lex Bajuvar. T. I. C. XI. L. II. *Vadian* a. a. O. p. 18.

c) Da ich weiter unten noch einer andern Art von Advocaten gedenken muß, und ſie überhaupt in die Stiftsverfaſſung

§. VI.

Die biſchöflichen Beſitzungen beſtanden nunmehr aus mehreren Grafſchaften und anderen Herrſchaften, die von den Königen und begüterten Familien theils in der Ab-

---

im Mittelalter ſo vielen Einfluß gehabt haben; will ich hier wenigſtens die verſchiedenen Eintheilungen derſelben bemerken. Bis auf die Carolinger ſind die Advocaten, deren in den Urkunden und Formularen häufig Erwähnung geſchieht, weiter nichts als Beamte, denen die Oekonomie des Stifts und der dazu gehörige Dienſtzwang überlaſſen waren. Vadian a. a. O. S. 15. Ob ſie außer dem die niedere Gerichtsbarkeit gehabt haben, iſt ein überflüſſiger Streit, da dieſe Art der Gerichtsbarkeit unter den Freien von ihres gleichen und unter Behörigen von dem Gutsherrn ausgeübt wurde. Nur in peinlichen Sachen wendete man ſich an den Graf und ſeine judices centenarios. Die mehrſten, welche die Kirchen beſchenkten, behielten ſich über ihr Geſchenk die Advocatie vor, und ſo entſtand die ungeheure Menge von Advocaten und Vicedominis, die theils erblich waren, theils von den Biſchöfen ſelbſt geſetzt wurden. In der Folge wurde dieſen Advocaten, um ſie der kleinen aber drückenden Gewalt der Grafen zu entziehen, die peinliche Gerichtsbarkeit von den Kaiſern verliehen. *Ludewig* Rel. Mſs. T. X. wo K. Friedrich I. ſagt: & quia ad Imperialem diſpoſitionem & jus & poteſtas advocatorum ſpectare dinoſcitur. Vergl. T. XII. p. 380. Dies befreiete aber die Biſchöfe noch nicht von der Gewalt der Herzoge, denen die Advocaten ſo gut untergeordnet blieben, als ehedem die Grafen. Durch die von ihnen bewirkte Zerſtückelung der großen Herzogthümer kamen ſie erſt von ihrer Landſäßigkeit los, und wählten ſich nach dem Beyſpiel der von jeher unmittelbaren rheiniſchen Stifter Generaladvocaten. *Brower* Annal. Trevir. T. II p. 7. Endlich ſahe man ein, daß die Advocaten insgeſammt mehr Schaden als Vortheil bräch-

Abſicht gegen die weltlichen Stände das Gleichgewicht zu erhalten, theils aus Frömmigkeit an die Stifter geſchenkt

wa-

---

brächten, und daß die Kirche ſelbſt in ihre Stelle treten könnte, ſie wurden daher theils ausgekauft, theils mit Gewalt vertrieben. Der Kürze wegen führe ich von jeder Sorte von Advocaten nur ein Beyſpiel an.

Im Jahr 1197 verkaufte Pfalzgraf Heinrich aus dem Hauſe Braunſchweig ſeine Generaladvocatie über das Erzſtift Trier. *Tolner* Hiſtor. Palat. C. XVI. p. 345. Die Generaladvocatie über Osnabrück verkaufte der Graf von Tecklenburg an den Biſchof 1237. Kreß vom Archidiaconalweſen Beyl. S. 162. Wie die kleinern Advocaten ausgegangen ſind ſ. *Ludwig* Rel. Mſſ. T. IV. p. 41. und 179. T. XII. p. 341. Im vierzehnten Jahrhundert waren alle Stifter der Advocaten los und ledig, und die Biſchöfe wurden mit dem Blutbann ſelbſt beliehen. Eine ſolche Belehnung klang, ſo wie ſolche Johann, Biſchof von Eichſtett, von K. Albrecht 1305 erhielt, folgender Geſtalt: Nos eidem juſto favore occurrere volentes & ſpecialiter jurisdictionum, ſeu jurisdictiones temporales, quae vulgariter *Hals-Gericht* dicuntur, ſive exercitium judicii & juſtitiae ac gladii proprietatem ad animadvertendum in facinoroſos & malos in omnibus & ſingulis civitatibus, communibus, & oppidis ſuis & eccleſiae ſuae per Romanum imperium ubilibet conſtitutis, in quibus haec hactenus habita ſunt & ſervata. — Et ut idem Princeps noſter dilectus hujusmodi exercitium judicii & juſtitiae & gladii proprietate, ut praemittitur, quam vulgaris elocutio *Bann* nominare conſuevit, vel judicibus ſuis ſecularibus omnium civitatum, munitionum & oppidorum ſuorum ac praediorum conferre ac committere debeat & valeat prout & quoties fuerit opportunum — in feudum damus, ipſumque inveſtimus authoritate regia tenore praeſentium de iisdem. *Falkenſtein* in Cod. Dipl. Nordgavienſi. p. 128.

waren a). Aus dieſen mußte ſich bey einer ſparſamen gemeinſchaftlichen Lebensart der Biſchöfe und ihrer Geiſtlichkeit ein beträchtlicher Ueberſchuß anhäufen, den man dazu anwendete, um ſich von der Gewalt der weltlichen Reichsſtände gänzlich loszumachen. In dieſer Abſicht kauften die mehrſten Stifter die angränzenden Grafen aus, und ſuchten wo nicht den ganzen herzoglichen Amtsſprengel an ſich zu bringen b), doch ſich den Grafen völlig gleich zu ſetzen c). Zu dieſer Abſicht trugen die Könige

a) *Hontheim* in Hiſtor. Dipl. Trevir. T. I. Diſſ. ad ſaec. VIII. p. 95.

b) **Albert** von Stade erzählt zum Jahr 1062: Albert von Bremen wäre willens geweſen, alle ſein Erzſtift begränzende Grafen nach dem Beyſpiel des würzburgiſchen Biſchofs auszukaufen. Statuit autem omnes comitatus ſuae parochiae, qui in ſua Dioeceſi aliquam jurisdictionem videbantur habere, in poteſtatem eccleſiae redigere, ad inſtar Virceburgenſis, qui in Epiſcopatu ſuo neminem dicitur conſortem habere. *Ipſe enim cum teneat omnes comitatus ſuae Parochiae, Ducatum etiam Provinciae gubernat.* Ein ſolches Beyſpiel mußte freylich die anderen Biſchöfe um ſo mehr reizen, da Friedrich I. dem Biſchof von Würzburg 1168 ſchon als Herzog erkannte, und ihm die von dieſer Würde abhängenden Rechte ertheilte; man ſehe die Urkunde beym *Schannat* in Vindemiis litterariis Col. II. p. 116. in derſelben heißt es: concedimus & praeſentis privilegii munimine confirmamus omnem jurisdictionem ſeu plenam poteſtatem faciendi juſtitiam per totum Epiſcopatum & Ducatum Wirceburgenſem, per omnes Comecias in eodem Epiſcopatu ſitas.

c) Das Erzſtift Trier wurde von K. Zwendebold von der Botmäßigkeit der Grafen befreit, *Hontheim* Hiſtor. dipl. Trev. T. I. p. 239. und der König behielt ſich nur ſechs Pferde vor, quia comitatum de eo factum eſſe dinoſcitur. *Hontheim* a. a. O. p. 237.

nige willig das ihrige bey. Man ertheilte den Biſchöſen Rechte, die bisher von den Königen allein ausgeübt worden waren d), und die erſt ſpäter an die weltlichen Stände überlaſſen wurden. Auf dieſe Weiſe erhielten die geiſtlichen Stände weit früher das Eigenthum dererjenigen Rechte, deren Inbegrif die Landeshoheit ausmacht: ihre Territorien wurden durch königliche Begnadigungen gegen die Eingriffe der Weltlichen geſchloſſen, und weil ſie zum Behuf des Stifts geſchenkt waren, weit früher Eigenthum als die Herzogthümer und Grafſchaften, die noch in dieſen Zeiten nicht vollkommen erblich waren.

§. VII.

Was die innere Verfaſſung dieſer Territorien anbetrift, ſo kömmt ſie in dem mehrſten mit der Verfaſſung der weltlichen Länder überein. Ihre Beſtandtheile ſind Allode des Stifts, Eigenthum der Geiſtlichkeit, des Adels und der Städte. Dasjenige, was bey der Stiftung der Kirche dem Biſchof und ſeiner zugeordneten Geiſtlichkeit angewieſen worden war, enthielt nichts weiter als Eigenbehörige, mit denen die Kirche thun konnte, was ſie wollte. Hierher gehört auch das, was in der Folge von Privateigenthümern an die Kirche geſchenkt wurde. Die-

d) Von mehreren Beyſpielen nur eins. Im Jahr 908 erlaubte K. Ludwig dem Biſchof zu Eichſtett, Städte zu errichten, Märkte und Zölle anzulegen, und Münze zu ſchlagen. Die Urkunde ſ. beym *Falkenſtein* in Cod. Dipl. Nordgav. p. 17., wo er in der Note F. von mehrern ſolchen Begnadigungen ein chronologiſches Verzeichnis giebt.

jenigen Landesſtriche aber, die ſonſt unmittelbar unter den Königen geſtanden hatten, enthielten Ritterſchaft und Städte, die dadurch, daß ſie an die Stifter kamen, ihre Gerechtſamen nicht verloren. Waren die Biſchöfe froh, wenn ſie das Ihrige in Sicherheit hatten, wie hätte es ihnen einfallen können den Adel in dem freien Genuſſe des Seinigen zu ſtören, deſſen Schutzes ſie ſo wohl gegen Auswärtige, als gegen ihre unruhigen Reſidenzſtädte, benöthigt waren. Was die Güter der eingeſeſſenen Geiſtlichkeit betrift, ſo hatten dieſe mehrentheils denſelbigen Urſprung, den die Stiftsgüter ſelbſt hatten. Die Könige und andere freie Güterbeſitzer hatten auch gegen ſie ihre milden Hände aufgethan; und wäre die Mutterkirche ſelbſt auch die Quelle derſelben geweſen, ſo wurden doch Glieder derſelben Beſitzer, die nach ihren eigenen Grundſätzen in Anſehung ihrer Perſonen ſo wohl, als auch ihres Eigenthums frei von allen Staatslaſten waren. Fanden ſich Städte in einem geiſtlichen Lande, ſo boten ſie, geſchützt durch ihr Vermögen und Mauren, der biſchöflichen Gewalt die Spitze, und folgten dem Beyſpiel derjenigen Stadt, in welcher der Biſchof ſeinen Sitz hatte. Ueberdies hatten auch die Biſchöfe kein Mittel in den Händen, mit dem ſie dieſe Landesglieder hätten unterjochen können; die Gerichtsbarkeit war in den Händen der Vögte, und ein anderes Zwangsmittel ließ ſich ohne Beyſtand des Adels nicht denken.

§. VIII.

So wie in den weltlichen Ländern die Reichsſtände in wichtigen Landesangelegenheiten nichts ohne Mitwiſſen

und

und Rath dieſer freien Staatsglieder vornehmen durften, eben ſo wenig konnten auch die Biſchöfe etwas die Stifts-lande betreffendes ohne ihr Wiſſen und Willen verhandeln. Aus dieſer Urſache findet man in den mehrſten Urkunden, die über Veräußerung der Stiftsgüter und dergleichen errichtet ſind, nebſt der Einwilligung der Geiſtlichkeit auch die Einwilligung der übrigen Stände, die mit dem Ausdruck Familia eccleſiae oder Miniſteriales & Vaſalli bezeichnet werden [a]). So hatte auch in den Fällen, in welchen die Kaiſer dem Stifte die freie Wahl ihres Biſchofs ließen, die Geiſtlichkeit nicht allein das Wahlrecht; ſondern nach dem Beyſpiel der Herzogswahlen mußten auch die Vaſallen und Miniſterialen, die im Gegenſatz zum Clerus unter dem Ausdruck Populus gemeint ſind, mit zur Wahl gezogen werden [b]). Vielen Stiftern war

 ſchon

a) In einer Vergleichsurkunde Biſchofs Philipps von Eichſtett mit der Stadt Eichſtett heißt es: Und darumb mit gueter Betrachtung und mit ganzem Rath unſers Capituls, unſerer Praelaten, unſerer Dienſtmann, unſerer Bürger zu Eychſtett, und aller der, die zue dieſen Taydungen gehörten, haben wir uns des veraint. *Falkenſtein* a. a. O. p. 140. S. meine Abhandlung: über das Einwilligungsrecht teutſcher Unterthanen in Landesveräußerungen. S. 80.

b) *Godefredi Monachi* Annal. a. a. 1203. Ipſo anno mortuus eſt Herimannus Monaſterienſis epiſcopus & facta eſt diſſenſio pro electione, nam *priores* & *Miniſteriales* legerant Ottonem — *comites* autem & liberi ipſis attinentes abbatem de Claolt elegerunt. Vnde continuo epiſcopatus diverſis calamitatibus & miſeriis peſſundatur. Beym *Freher* Script. Rer. Germ. T. I. p. 368. *Magnum Chron. Belgicum* beym Piſtor a. a. 1132. 1151. 1191. 1203. 1298.

ſchon unter den Carolingern auf dieſe Art, daß der Clerus und das Volk den Biſchof ernennen ſollten, das Wahlrecht ertheilt [c]); die nachfolgenden Kaiſer kehrten ſich aber wenig an dieſe Begnadigungen ihrer Vorfahren. Sie glaubten nicht unrecht, einen Grund mehr zum Ernennungsrechte der Biſchöfe zu haben, da die Stifter nunmehr einen beträchtlichen Theil Deutſchlands, nebſt einer großen Anzahl königlicher Gerechtſamen beſaßen [d]). Die vielen Mißbräuche aber, die bey der Ausübung dieſes Rechts theils von den Kaiſern ſelbſt, theils von ihren Höflingen [e]) begangen wurden, gaben den römiſchen Bi-

---

c) In dem Formular einer ſolchen Wahlbegnadigung hinter **Eccards** Commentare zu den Geſetzen der Franken N. VI. heißt es: Ideo ſi inter ipſos Canonicos Ingenuiſ & Nobiles homines divinae authoritatis eloquiis & ſynodalium Decretorum inſtructi & bonis moribus ornati fuerint inventi, per conſenſum ſacrorum ordinum & natu majorum nobilium Laicorum qui dignus ex eis electus eſt, ad noſtrae Serenitatis deducatur aſpectum. Das Wahlprivilegium des Hochſtifts Freiſingen von Carl dem Dicken beym *Hurd* Metropol. Salisb. T. I. p. 86. verordnet: ut ejusdem epiſcopatus plebs & familia habeant inter ſe eligendi pontificem.

d) **Walthram von Naumburg** urtheilt hierüber: Poſtquam autem per Chriſtianos reges dotatae, ditatae & exaltatae ſunt eccleſiae in fundis & aliis mobilibus, & jura civitatum in teloneis, monetis eis per reges delegata ſunt epiſcopis, congruum fuit & conſequens, ut rex qui unus eſt in populo, inveſtiat & intronizet epiſcopum, & contra irruptiones hoſtium ſciat, cui civitatem ſuam credat, cum jus ſuum in domum illarum transtulerit. Beym *Ludewig* T. XII. Rel. Mſs. p. 439.

e) *Chron. Laurishamenſe* beym *Freher* p. 124. Reginwaldo Spirenſis eccleſiae epiſcopo infulis decorato, Humbertus

Biſchöfen die beſte Gelegenheit den Kaiſern dieſes Recht aus den Händen zu winden.

§. IX.

Zwey gleich hitzige Männer K. Heinrich IV. und der eifrige Gregor VII. kamen darüber in Streit. Heinrich hatte vielen von ſeinen ihm ähnlichen Jugendfreunden Biſchofsſtäbe in die Hände gegeben, die den Stiftern ſo wenig als dem Pabſt gefällig waren [a]). Bey einer ähnlichen Beförderung eines Goslarſchen Canonicus, den er dem Erzſtifte Cölln aufzwang, wurde er von Hildebrands Geſandten nach Rom geladen, um daſelbſt von ſeinem Verfahren Rechenſchaft zu geben, mit der angehängten Drohung, daß, erſchiene er nicht, ſo gleich der Bann über ihn ergehen ſolle. Der Kaiſer dem dieſe Zumuthung verdroß, und der für ſein Recht beſorgt war, glaubte dem römiſchen Biſchof dadurch zuvorkommen zu müſſen, daß er zu Worms eine Kirchenverſammlung veranſtaltete, auf der er Gregoren abſetzen ließ [b]). Da beyde ſo weit gegen einander gegangen

 waren,

---

bertus violenter intruditur, nulla quidem *fratrum* & *militum* electione, ſed aulicorum (quorum favorem ſibi multa pecunia conciliaverat) ſtudiis & patrociniis fultus, nec per oſtium intrans, ſed aliunde aſcendens.

a) Eckhardus Spirenſis epiſcopus obiit, cui Henricus ſucceſſit Goslarienſis canonicus — & non tam electione *principum* ad hanc profectus, quam indulgentia regis, cui in puerili aetate fuerat familiariſſime aſſentatus. *Lambert. Schafnab.* a. a. 1067.

b) Die Geſchichte, wie ſie Lambert zum Jahr 1076 erzählt, verbreitet über die Biſchofswahlen in den damaligen Zeiten

waren, mußte nothwendig einer von ihnen unterliegen, und dies betraf wie gewöhnlich den Kaiſer, gegen den der Pabſt geiſtliche und weltliche Fürſten, ja gar ſeinen eigenen Sohn aufwiegelte. Heinrich ließ ſich dennoch ſo lange er an der Regierung war, ſein Recht nicht nehmen; und ſein Sohn Heinrich V. ſetzte noch in demſelben Jahre, in dem das Concordat zu Stande kam, ſo gar gegen Ottens I. Wahlprivilegium einen Biſchof nach Würzburg c). Die Art mit der die Könige den Biſchof beſtellten, war die, daß ſie ihn mit Feierlichkeit den

Stab

---

ten das meiſte Licht, ich ſetze deshalb ſeine eigenen Worte her: Colonienſis etiam Clerus & Populus ad eligendum ſibi antiſtitem frequens confluxerat, quibus Rex Hildolphum quendam Goslarienſem canonicum offerebat, atque ut eligerent dedita opera inſiſtebat, illi contra ſumma ope nitebantur, objicientes, quod homo ſtatura puſillus, vultu deſpicabilis, genere obſcurus, nec animi nec corporis virtutibus quicquam tanto ſacerdotio dignum praetenderet. — Cumque diu multumque conatus, nulla ratione ut eligeretur obtinere potuiſſet, Colonienſis infecto negotio in ſua remiſit, iterumque media quadrageſima rectius, ſi fieri poſſet, praeſto eſſe praecipit: conteſtatus quam ſancte, ſi vero aut nullum eos, aut hunc habituros eſſe pontificem. Lambert ſetzt hinzu: in hoc cardine totam verti ratus ſalutem ſuam & regni ſtabilitatem ſi is non eſſet epiſcopus, und endlich ſetzte er es wirklich durch. Cleri Colonienſis tres tantum, militum pauciſſimi aderant. Caeteros ne ad ſuffragia ferenda occurrerent, indignitas detinuit. Ipſos qui occurrerent vix contemtim & ſummis, ut dici ſolet, labiis ſuper electione conſuluit, riſui potius ac ludibrio habendos, ſi non protinus acclamaſſent.

c) Chron. Veſperg. a. a. 1122.

Stab und Ring überreichten d); gerade ſo wie das Fürſtenamt durch Ueberreichung der Fahne am Spies übertragen wurde. Beydes war eine bloße Kundthuung, daß jemand in einem gewiſſen Bezirk die Ausübung der Weltlichkeiten von dem Könige erhalte.

§. X.

Daß den Reichsſtänden aber dadurch das Fürſtenamt, oder das Bisthum wäre zu Lehn gegeben worden, ſtreitet mit dem Verhältnis, in dem die weltlichen Stände zu den Königen ſtanden. Ausgemacht iſt es, daß man in dieſen Zeiten die Reichsämter noch nicht für vollkommen erblich hielt a); wären ſie aber Lehn geweſen, ſo hätte man die Erblichkeit derſelben nicht im geringſten bezweifeln können, da in den feudis militaribus vollkommenes Erbrecht hergebracht war. Die Rechte der Stände waren auch viel zu wenig beſtimmt, als daß man ſie hätte zu einem Lehnsgegenſtande machen können. In den mehrſten Stücken hatten die Kaiſer, die ſich bald in dieſer, bald in jener Provinz aufhielten, ſo lange ſie ſich in einer befanden, ſelbſt die Ausübung der Hoheitsrechte; und die einzelnen nutzbaren Regalien wurden den Biſchöfen und Fürſten offenbar nicht als Lehn, ſondern als bloße Gnade verliehen; weil ſie ſo wenig als das Reichsland bey jedem Lehnserneuerungsfalle vom neuen geſucht

---

d) Die Einweihung Dithmars von Merſeburg erzählt das Chron. Episc. Merseb. beym *Ludewig* T. IV. Rel. Mss. p. 352.

a) Hrn. G. J. R. Pütters hiſtoriſche Entwickelung der heutigen Staatsverfaſſung 1 B. S. 163.

geſucht werden mußten [b]). Erſt dieſer Streit machte die Kaiſer auf die wahre Verbindung aufmerkſam, in der die Biſchöfe in Anſehung ihrer Territorien mit dem Reiche ſtänden, da es beynahe dahin kam, daß man ſie, ohne ſich weiter um die Kaiſer zu bekümmern, für volles Eigenthum der Kirche angeſehen hätte. Was noch zu retten war, ſuchte man dadurch in Verbindung mit dem Reiche zu erhalten, daß man das Scepter, welches die Biſchöfe nach dem 1122. geſchloſſenen Concordat

---

b) Die mehrſten, welche über die Fahnbelehnung geſchrieben haben, haben über einer Menge unbedeutender Kleinigkeiten gerade die wichtigſten Fragen unerörtert gelaſſen. War die Uebergabe dieſes Symbols eine wirkliche Belehnung? und in welchen Fällen mußte ſie geſucht werden? Daß es in dem Sinn, in dem wir es heut zu Tage nehmen, kein Lehnsauftrag geweſen ſey, ſcheint *Gundling* de feudis vexilli §. 14. und 15. einzuräumen, wo er ſagt: Haſta ſignifera regiminis ſymbolum eſt. Und weiter war es ſchlechterdings nichts. Keinen Gedanken von Lehnseigenthum ließ man ſich dieſes Zeichens willen aufſteigen. Warum hätte man auch nicht, da jede elende Schenkung ſchriftlich bezeugt wurde, da die Könige über die Ertheilung der Regalien an die Stifter Urkunden errichteten, Lehnsbriefe fertigen ſollen, wenn man die Reichslande als Lehn vergeben hätte? Solche Fahnbelehnungen waren überdies in dieſen Zeiten ſehr ſelten, da ſo wenig im Verändrungsfall des Gebers als des Empfahers allezeit eine neue geſucht werden mußte, welches doch abermals gewiß geſchehen ſeyn würde, wenn man die Stände für Eigenthümer der Regierungsrechte angeſehen hätte. Nur dann erſt, wenn eine neue Familie die Regimentsverwaltung erhielt, ein geächteter Herzog wieder eingeſetzt, oder deſſen Sohne das Amt gelaſſen wurde, war es gewöhnlich, daß der Kaiſer vom neuen die Fahnen ausgab.

cordat ſtatt des Stabs und Rings erhielten, zum Sinnbilde einer Uebertragung des nutznießlichen Eigenthums machte c); da ſonſt die Uebergabe der letztern die wirkliche Ernennung zum Biſchof bezeichnete.

Zweyter Abſchnitt.

Geſchichte der Domcapitel.

§. XI.

Ehe ich nun beſtimmen kann, auf wen ſeit dem Concordat Heinrichs V. mit Calixt II. das den Kaiſern entwundene Ernennungsrecht der Biſchöfe gefallen ſey, muß ich zuforderſt die Geſchichte der Domcapitel bis auf gegenwärtige Zeiten nachholen.

Bey der Entſtehung der Biſthümer dachte man an nichts weniger, als an die Errichtung geiſtlicher Körper, die man heut zu Tage Capitel nennt, und die, ihrer weit ſpätern Begründung ungeachtet, an den Stiftslanden ein Grundeigenthum zu haben vermeinen. In und nach den Zeiten der Carolinger entſtanden zwar die Stifter und ihre Capitel zugleich: da man aber den letztern bey ihrer Errichtung keine andere Rechte beygelegt findet als ſolche, die jene ältere genoſſen, ſo muß auch von ihnen

---

c) Electus autem regalia per ſceptrum a te recipiat, ſagt Calixt beym Abt von Urſperg a. a. 1122.

ihnen daſſelbige gelten, was von dieſen geſagt werden kann.

Diejenigen Geiſtlichen, die zur Stiftskirche gehörten, deren Namen in die Matrikel derſelben eingetragen waren, und von ihr unterhalten wurden, hießen Canonici [a]). Sie befanden ſich theils an der Hauptkirche und an den Stadtkirchen, theils auf dem Lande, und lebten folglich außer Gemeinſchaft. In der Folge ſuchten einige fromme Geiſtliche (Euſebius von Verzell und der h. Auguſtin [b]) der unter der Geiſtlichkeit eingeriſſenen Sittenverderbnis durch einen gemeinſchaftlichen Tiſch und Schlafgemach abzuhelfen, und wahrſcheinlich mögen dies diejenigen Punkte geweſen ſeyn, in denen am mehrſten geſündigt wurde; es war aber dieſe Diſciplin weder allgemein, noch von der anderen Geiſtlichkeit unterſcheidend. Erſt durch den Biſchof Chrodogang von Metz wurde ſie in den Auſtraſiſchen Bisthümern bekannt [c]). Seine zu dieſem Ende entworfene Regel [d]) enthält 34 Punkte, unter welchen die vorzüglichſten dieſe ſind, daß die um den Biſchof ſich befindende Geiſtlichkeit in einem Hauſe gemeinſchaftlich wohnen, an einem Tiſche ſpeiſen, in einem Zimmer ſchlafen, und zu beſtimmten Zeiten durch Singen und Leſen ſich erbauen ſolle.

§. XII.

---

a) *Boehmer* J. E. P. L. III. T. I. §. VIII.

b) *Brower* Annal. Trevir. L. VII. a. a. 764. p. 453.

c) *Brower* a. a. O.

d) Sie ſteht im *Harduin* T. IV. Concil. p. 1182. und in *le Cointe* Annal. Francic. Eccl. T. V. a. a. 557.

§. XII.

Das auffallende Neue dieſer Metziſchen Kirchenzucht machte, daß ſie ſich bald in mehrere Kirchen verbreitete a); ſo daß ſchon Carls des Großen Capitularien die Geiſtlichkeit entweder in Mönche, oder ſolche die nach der Canonicatregel leben, eintheilen b). Ein Jahr nach Karls Tode 813. wurde das Canonicatleben auf dem Concilio zu Mainz nochmals eingeſchärft und ihre Pflichten genauer beſtimmt c). Es ſcheint aber die Geiſtlichkeit habe ſich ſehr gegen dieſe Einrichtung geſperret, weil bald darauf Ludwig der Fromme 816 auf dem Aachner Reichstage eine neue Regel d) aus den heil. Vätern zu ent-

---

a) *Gerhard du Bois* in Hiſt. Eccl. Pariſ. L. XI. c. 8. §. 5.
b) Capitul. vom Jahr 789. c. 72. beym Georgiſch p. 569.
c) *Lunig* Spic. Eccl. T. I. p. 383.
d) Man findet ſie in Lünigs Spic. Eccl. T. I. p. 41. Sie iſt in zwey Theile getheilt, von welchen der erſte allgemeine aus den Kirchenvätern und den Concilien gezogene Regeln für die Geiſtlichkeit enthält. Der zweyte handelt von der Beſchaffenheit der eigentlichen Stiftsgeiſtlichkeit. In dem 1ten und 2ten Capitel bemüht ſich der Verfaſſer derſelben (Amalarius, Presbyter zu Metz), die Canonicos von den Mönchen zu unterſcheiden, indem den erſtern verſtattet wird, linnene Kleider zu tragen, Fleiſch zu eſſen, Geſchenke zu geben und zu nehmen, und Eigenthum zu beſitzen; welches den Gelübden der Mönche entgegen iſt. Im 4ten iſt geordnet, daß die Clauſtra der Canonicorum feſt verwahrt ſeyn ſollen, damit der unſichtbare Wolf nicht in den Schaafſtall des Herrn gerathe, und eins der Schaafe entwende. Nach dem 8ten iſt verordnet, daß Speiſe und Trank gleich vertheilt werden ſollen; und in dem 9ten iſt das Maaß derſelben beſtimmt, welches nach der Anzahl der Manſorum, und nach der Ergiebigkeit des Weinbaues weni-

ger

entwerfen befahl. Ihre Anzahl war in derſelben nicht beſtimmt, ſondern es hieng von jedem Biſchof ab, wie viel deren an einer Kirche ſeyn ſollten; ſie waren nur im 5ten Capitel dahin angewieſen, daß ſie ſich bey Annahme derſelben nach dem Ertrage der Kirchengüter richten ſollten.

§. XIII.

Unter Ludwigs Nachfolgern und den erſten ſächſiſchen Kaiſern lebte die Stiftsgeiſtlichkeit nach dieſer Regel; ſie enthielt aber in ſich ſelbſt den Stof der ſo bald erfolgten Trennung des gemeinſchaftlichen Lebens. Es war nach derſelben den Canonicis erlaubt, Eigenthum zu beſitzen, deſſen Genuß ſich mit dem gemeinſchaftlichen Tiſch und Wohnung nicht vereinbaren ließ. Jeder gieng alſo dem Seinigen nach, und ehe noch das zehnte Jahrhundert zu Ende war, war an den mehrſten Stiftskirchen das gemeinſame Leben außer Gewohnheit [a]). Hierzu kam noch

ger oder mehr iſt. Im 12ten wird ihnen verboten Kutten zu tragen; nachdem ihnen zuvor im 11ten anſtändige Kleidung anempfohlen iſt. Im 15ten und 17ten werden ihre Früh- und Abendandachten beſtimmt, und das 16te befiehlt ihnen die gewöhnlichen Nachtwachen, damit nicht auch über ſie, ſo wie über Egypten, der Würgengel kommen möchte. Das 22te enthält die Strafen für die Sündigenden und ihre Grade, als Carcer, Schläge, gänzliche Ausſtoßung. Im 23ten iſt vorgeſchrieben, wie ſie ſich in dem gemeinen Schlafſaal verhalten ſollen. Die übrigen beſchäftigen ſich mit den Pflichten der Prälaten, Präpoſiten, des Cellarii, des Vorſängers und deſſen, der die Thür des Münſters hüten ſoll.

a) Der Hauptbeweis iſt die bekannte Stelle der Hirſaugiſchen Chronik zum Jahr 977. vergl. *Hontheim* in Hiſtor. Diplom.

noch vorzüglich dies, daß die Biſchöfe, denen dieſe Lebensart am mehrſten zuwider war, ſich mit den Canonicis abtheilten, und ihnen ihren Theil zur willkührlichen Benutzung überließen. Auf einmal hätte ſich ſo etwas freylich, ohne allgemeines Aergerniß zu erregen, nicht wohl thun laſſen, man ließ daher ſtückweiſe von der alten Strenge nach; ſo daß man zuerſt die Wohnung ſonderte, ehe der gemeinſchaftliche Tiſch aufgehoben wurde b). Was daher an einem Stifte früh geſchahe, geſchahe an dem anderen ſpäter c): einige recht fromme Bi-

---

Diplom. Trevir. T. I. p. 39. und 726. Von ſpätern Zeiten redet der *Annaliſta Saxo* a. a. 1043. beym *Eckhart* Corp. Hiſtor. T. I. p. 478. Haec cenſura clauſtri usque ad Azelini XVII. tempora permanſit. Eo praeſidente irrepit ambitioſa curialitas, quae dum in victu lautior, in veſtitu mollior, in omni cultu accuratior, amari maluit, quam timeri, diſciplinae mollito rigore clauſtrali, clauſtra relaxavit. *Lehmann* in Chron. Spir. L. V. C. XII. bringt folgendes Zeugnis von der Speierſchen Kirche bey. Baldericus epiſcopus Ottonis III. Conſiliarius, — non ipſe ſolum politicos honores geſſit, ſed idem vitium in alios etiam ſuos canonicos infudit, ut abjecta monaſtica vita ſplendide inciperent vivere, & reditus eccleſiae partiri.

b) So geſchahe es in Uetrecht laut einer Urkunde von 1139. beym *Heda* Hiſt. Epiſc. ultrajectin. p. 162.

c) Aus der Erklärung Friedrichs I. an die Erz- und Biſchöfe wegen ſeines Verbotes die Wanderung nach Rom betreffend, ergiebt ſich, daß noch 1158 an vielen Kirchen das gemeinſame Leben im Gange geweſen ſeyn müſſe. *Lünig* Spic. Eccl. T. I. p. 158.

Biſchöfe führten ſo gar die ins Stecken gerathene Regel vom neuen ein [d]).

§. XIV.

Die Abſicht und der Inhalt der Ludwigſchen Regel ergeben ſchon von ſelbſt, daß das Capitel derjenige Theil wohl nicht ſeyn könne, auf den, in Ermangelung eines Biſchofs, das Grundeigenthum des Stifts verfällt ſeyn ſollte. Vielmehr ſiehet man daraus, daß die Thüren des Münſters ſo feſt verſchloſſen ſeyn mußten, ganz deutlich, daß ſich die Capitularen außer ihren geiſtlichen Beſchäftigungen um alles Weltliche unbekümmert laſſen ſollten. Aus dieſen Zeiten wird ſich alſo wohl ſchwerlich ein Grundeigenthum der Capitel an den Stiftslanden herleiten laſſen, das, wenn man dieſen Ausdruck in dem Sinne nimmt, den man ihm gewöhnlich beyzulegen pflegt, ſo viel heißen ſoll, als ein Eigenthum, das jemand gleich mit der Entſtehung einer Sache erhalten hat [a]). Wollte man aber ja dafür halten, daß derjenige

---

d) So ſtellte Biſchof Burkard von Worms unter K. Heinrich II das eingegangene gemeinſame Leben wiederum her. Chron. Wormat. beym *Ludewig* Rel. Mſs. T. II. p. 62. In Freiſingen Biſchof Otto ſ. ſeine Verordnung im *Lünig* Spic. Eccl. T. II. p. 233. Ein gleiches geſchahe in der Mindner Kirche im Jahr 1230. Statuta Mindenſia beym *Lünig* T. III. Spic. Eccl. Cont. 3. p. 57.

a) In der Speierſchen Parizionsanzeige ad Concl. vom 28 Aug. 1781 heißt es: Das Capitel vertritt in Vereinigung mit ſeinem Biſchof jenes Subject, bey welchem die an die Stifter urſprünglich abgegebenen Gerechtigkeiten, Vorzüge und Regalien ihren Sitz haben,

ge Gegenſtand, an dem während der Stuhlserledigung das Eigenthum des Stifts haftet, ein Geiſtlicher ſeyn müſſe; ſo hat die geſammte Geiſtlichkeit des Stifts, das Capitel eingeſchloſſen, der urſprünglichen Verfaſſung nach das gegründetſte Recht ſich für denſelben zu halten, da ſie bey dieſer ſinnlichen Vorſtellung ſchon dem Wortverſtande nach das iſt, was man unter der Kirche verſtehet. Außer Deutſchland, wo die Stiftskirchen nichts weiter als Privateigenthümer ſind, hat dieſes ſeine unbezweifelte Richtigkeit: ganz etwas anders aber iſt es mit den deutſchen Hochſtiftern, in welchen nach dem obigen eine ganz eigene Verfaſſung zum Grunde liegt.

§. XV.

Mit der Ausbreitung der chriſtlichen Religion in Deutſchland, verbreitete ſich zugleich die Hierarchie über daſſelbe. Den Pabſt betrachtete man als den Oberſtatthalter Chriſti, und die Biſchöfe als ſeine Untergeordneten, die folglich nach dem geltend zu machenden Grundſatz einer monarchiſchen Regierungsform, unabhängige Gewalt in kirchlichen Angelegenheiten haben ſollten. Um ſo natürlicher war es, daß man ſich das Verhältnis des römiſchen Biſchofs zu ſeiner untergeordneten Geiſtlichkeit

 zum

haben, jedoch dergeſtalten, daß die Thätigkeit oder Ausübung davon dem Biſchof allein zuſtehe, und ſelbe das Domcapitel nur nach deſſen Ableben, oder bey einer andern langwährigen Hinderniß auf eine zeitlang, und zwar von daher zu unternehmen habe, weil die Natur der Sache, nicht zwar weſentlich, jedoch gewöhnlicher maßen, den Gebrauch des Rechts mit dem Rechte ſelbſt, in eben jenem Subjecte verbindet, wo das Recht haftet.

zum Muſter nahm, und daß, ſo wie dieſe nach und nach die Weltlichen von der Pabſtwahl ausſchloß, auch in den Hochſtiftern die weltlichen Stände von ihrem Wahlrechte verdrängt wurden. Bis auf die Zeiten des Cardinalcollegii hatten die römiſchen Biſchöfe in wichtigen Kirchenangelegenheiten, nach der älteſten Kirchenſitte, nichts ohne Rath ihrer untergeordneten Geiſtlichkeit unternommen; nach ihrem Beyſpiel richteten ſich auch die Biſchöfe. Nach der Errichtung der Domcapitel wurde die übrige Geiſtlichkeit durch dieſen ängern Ausſchuß aus ihr, der ſich ſtets um den Biſchof befand, gleichfalls von aller Stiftsberathung ausgeſchloſſen. Auf dieſe Verfaſſung beziehen ſich diejenigen päbſtlichen Verordnungen, welche die capitelſchen Gerechtſamen ſo wohl bey beſeztem als unbeſeztem Biſchofsſtuhl betreffen. Sieht man die mehrſten derſelben ein, ſo findet ſich, daß ſie nicht die deutſchen Hochſtifter betreffen, ſondern wegen ſolcher ergangen ſind, die auf bloßes Privateigenthum gegründet waren, wo alſo nach dem obigen die Geiſtlichkeit ein wahres Grundeigenthum behaupten konnte. Hieraus ergiebt ſich nun, warum nach dem canoniſchen Rechte zur Veräußerung der Stiftsgüter die Einwilligung der Capitel allein erforderlich iſt [a]), und warum in demſelben dem Biſchof angerathen iſt, in allen wichtigen Stiftsangelegenheiten (cauſſis arduis) lieber das Capitel als Fremde um Rath zu fragen [b]).

Drit-

a) C. 1. 2. 3. 8. 9. 10. X. de his quae fiunt a praelato ſine capituli conſenſu.
b) C. 4. X. eod.

Dritter Abſchnitt.

Stiftsverwaltung während der Stuhls-erledigung.

§. XVI.

Nachdem aber unſere vaterländiſchen Biſchöfe Herren beträchtlicher Territorien wurden, die wie ſchon erinnert iſt, alle diejenigen Beſtandtheile enthalten, aus denen die übrigen Provinzen Deutſchlands zuſammengeſetzt ſind, mußte auch die ehemalige Kirchenregierung eine ganz andere Geſtalt gewinnen. Der deutſchen Verfaſſung gemäß, nahmen von nun an der Kaiſer ſo wohl als die Landsſtände an der Regierung Antheil.

So lange die Bisthümer lediglich auf Privateigenthum gegründet waren, bekümmerten ſich die Kaiſer wenig um die innere Verfaſſung derſelben, wenn nur der Biſchof ein Mann war, der ihrem Intereſſe zugethan blieb. Während der Zeit daß der Stuhl erledigt war, trug der Metropolitan einem Suffragan auf [a]), die geiſtlichen Verrichtungen in demſelben einſtweilen zu beſorgen, und zugleich darauf zu ſehen, daß die Oekonomen des Stifts ordentlich wirthſchafteten, und keine

a) Einen ſolchen Verweſer nannte man Viſitator. Würde die Wahl über ein Jahr verzögert, mußte ein neuer den alten ablöſen can. 22. c. 2. qu. 1.

Neuerungen ohne den Willen der Geiſtlichkeit und der Stiftsunterthanen unternehmen [b]). Mit dem Zuwachs an Beſitzungen wuchs auch die Anzahl der Oekonomen; und diejenigen, welche das Stift beſchenkten, behielten ſich und ihrer Familie gewöhnlich die Erhebung der Einkünfte aus ihrer Schenkung und deren Verwendung zum Beſten der Kirche vor. Aus dieſen Stiftsverwandten insgeſammt erwuchs die große Anzahl Advocaten, denen, nach dem obigen, von den Kaiſern die peinliche Gerichtsbarkeit beygelegt wurde.

Von nun an wurde es erſt der Mühe werth, daß die Kaiſer darauf dachten, die durch ihre Freigebigkeit reich gewordenen Kirchen, ſo viel möglich, zu benutzen. Da die Biſchofsernennung von ihrem Willen abhieng, fielen ſie darauf, während der Vacanz, die ſie nach Gutdünken verlängern konnten, die Stiftseinkünfte ſelbſt zu erhe-

---

b) Nach ihrer Beſtallungsformel in Spicil. Acheriano T. VIII, p. 154. Priſca modernaque Eccleſiarum moderamina theoloquelariis ſanxere canonibus, quo arripientibus viam univerſae terrae quarumlibet ſedium Praeſulibus per viciniorem epiſcopum, cui Archipraeſul injunxerit, extincti fratris tumulatorem ſine cujus conſcientia ſacri prohibent canones confiteri aut confici de ſubrogatione epiſcopi, perficiatur eccleſiaſticarum inventarium rerum. Tunc vero prioribus viduatae ſedis, diſpoſitis Oeconomis, commendetur. *Poſtmodum autem Cleri Plebisque ordinis deſideriorum conſenſus requiratur.* Noch unter Carl dem Kahlen wurde es ſo gehalten, ungeachtet ſchon Capitel exiſtirten. Capit. C VIII Si aliquis epiſcopus interim obierit, Metropolitanus ſedi viſitatorem ſecundum ſacros canones deputet, qui una cum Comite eccleſiam, ne depredetur, cuſtodiat.

erheben, und dadurch zugleich den Streitigkeiten abzuhelfen, die zwiſchen den raubſüchtigen Viſitatoren, der Geiſtlichkeit und den Advocaten zu entſtehen pflegten.

§. XVII.

Ob ſie dazu berechtigt waren, iſt eine andere Frage, die unter Königen, welche die Herzogthümer unbeſetzt, und ihren Gemahlinnen zum Nadelgelde überlaſſen konnten, nicht in Betracht kam. So viel iſt indeſſen gewiß, daß ſie niemanden in ſeinem Grundeigenthume beeinträchtigten, da weder Viſitator, noch Advocat und Geiſtlichkeit auf daſſelbe Anſpruch machten. Und in der That war das Reich wohl der unbezweifeltſte Grundeigenthümer. So wenig man mit der Vergebung der weltlichen Lande die Idee verband, daß der König das Eigenthum an denſelben ſo fahren laſſe, daß er es nicht während der Minderjährigkeit der Nachkommen des geweſenen Beſitzers benutzen, oder gar an einen anderen vergeben könne, eben ſo wenig dachte man bey der Uebergabe des Stabs und Rings an ein anderes Subject als den Biſchof, dem das Eigenthum der Weltlichkeiten zuſtehe; und ſelbſt das hierarchiſche Syſtem, das außer dem Biſchof keine wirkende Kirchengewalt erkennet, berechtigte zu dieſen Gedanken. Ohnſtreitig hatten aber die Kaiſer, nachdem die Hochſtifter ganze Grafſchaften an ſich gebracht hatten, und eine Menge königlicher Rechte ausübten, das gegründetſte Recht, ſolche nach wie zuvor in Ermangelung eines Beſitzers zu benutzen: und da nunmehr Reichsland und Stiftseigenthum in eins geſchmolzen war, verſchwindet aller Zweifel, der etwan

wegen der Rechtmäßigkeit dieſer königlichen Gerechtſame übrig ſeyn möchte.

Der Verluſt des Ernennungsrechts der Biſchöfe zog den Verluſt dieſer Gerechtſame nicht nach ſich; ſo wie überhaupt den Kaiſern durch das Concordat kein Abbruch an den Weltlichkeiten geſchahe. Vielmehr wurden durch den in demſelben verglichenen Lehnsnexus die kaiſerlichen Rechte erſt recht beſtimmt. Man erkannte dem Reiche das Grundeigenthum (dominium directum) an den Stiftslanden offenbar an, und vermöge deſſen übten ſie in den Scepterlehnen ſo gut wie in den Fahnlehnen das Benutzungsrecht während der Stuhlserledigung, oder der Minderjährigkeit der Reichsſtände[a]); obgleich in Anſehung der letztern in ſpätern Zeiten ein unbezweifeltes Subject (die Familie) vorhanden war, das auf

a) Dieſes königliche Recht dauerte lange nach der Lehnbarkeit der Reichslande fort. Noch im Jahr 1221 trat Friedrich II. ſein ihm an der Mark Brandenburg während der Minderjährigkeit der beyden Söhne Markgraf Albrechts zuſtehendes Angefälle oder Benutzungsrecht an den Erzbiſchof Albrecht von Magdeburg ab, der es der Wittwe und den Söhnen des Markgrafen vor 1900 Mark Silber wieder überließ. In der hierüber gefertigten Urkunde beym Oblenſchlager Urkundenbuch zur G. B. p. 73. Sereniſſimus Dn. noſter Imperator tutelam omnium feudorum, quae idem dominus & pater ab imperio tenuit, ex morte ipſius ſibi Dn. imperator vacare dicebat, *quae Anevelle vulgariter appellantur*, domino Alberto Magdeb. archiepiſcopo per ſententiam principum commiſiſſet. Nos — tutelam a domino archiepiſcopo duximus redimendam, ſpondentes in redemtionem ejus 1900 marcas argenti.

auf Grundeigenthum hätte Anſpruch machen können; wenn man das nutznießliche Eigenthum der Reichsſtände mit dem dominio utili bey Privatlehnen verglichen hätte. Nimmt man es aber, wie es geſchehen muß, für die Landeshoheit, oder den Inbegrif dererjenigen Rechte, die zur Regierung eines Landes erforderlich ſind, welche die Fürſten ehedem im Namen des Kaiſers, nunmehr als Lehn ausüben; ſo iſt es ganz begreiflich, daß dieſelben, bis ſie dem Nachfolger vom neuen verliehen wurden, dem Reiche einſtweilen anheim fielen, und daß nur der geſetzliche Nachfolger das Recht hatte, daß ihm, wenn er die erforderliche Lehnsbeſchaffenheit hatte, die Belehnung mit den Weltlichkeiten nicht durften verweigert werden.

§. XVIII.

Mit dieſem Rechte war noch ein anderes verbunden, welches darinn beſtand, daß die Kaiſer den Nachlaß der Biſchöfe, in ſo weit er in beweglichen Gütern beſtand, zu ſich nahmen (jus ſpolii). Aus der allgemeinen Regel, daß die Geiſtlichkeit über dasjenige, was ſie durch ihre Pfründe erworben hatte, nicht teſtiren durfte, ſondern es der Kirche laſſen mußte [a]), folgte von ſelbſt, daß, da die Kaiſer die Kirche während der Stuhlserledigung vertraten, auch der Nachlaß des verſtorbenen Biſchofs ihnen anheim fallen mußte. Dieſes Recht war für die Geiſtlichkeit um ſo drückender, da es durch

a) *Thomaſſin* de vetere & nova eccl. diſciplina P. III. L. II. C. XLIII.

Leute ausgeübt wurde, die mit dem größten Eigennutze und der unerbittlichſten Strenge dabey zu Werke giengen [b]). Man verſuchte daher alle Mittel, die Kaiſer dahin zu vermögen, daß ſie ſo wohl dieſem als auch dem Benutzungsrechte während der Stuhlserledigung entſagen möchten. Urban IV. bat Friedrich I. in einer perſönlichen Unterredung um dieſe Gefälligkeit, indem er ihm vorſtellte: quod epiſcoporum exuvias injuſte acciperet, quae dum ipſis mortuis, de eccleſia rapiantur, eccleſiae quaſi corraſae & exſpoliatae ab epiſcopis ſubintrantibus inveniantur; ita, ut ex neceſſitate quadam raptores injuſti inveniantur, dum ablatis ſtipendiis, quae confiſcata fuerant, de novo reſarcire cogantur [c]). Wie wenig Luſt aber der

---

b) *Meibom* de iure antiquo & antiquato Caeſarum in decedent. major. praelatorum relictas poſſeſſiones T. III. Rer. Germ. p. 185. Ein merkwürdiges Beyſpiel erzählt das Chron. Wormat. zum Jahr 1025. beym *Ludewig* T. II. Rel. Mſs. p. 70. Principes qui aderant, intrantes theſaurarium & cameram ubi putabant pecuniam abſconditam, diligenter angulos perſcrutati ſunt & tandem ſcrinia librorum voluminibus plena ſubvertentes, vano fortunae labore eluſi ſunt. Hier mögen wohl unter dem Ausdruck Principes die kaiſerlichen Abgeordneten, oder wenigſtens ſolche, die in des Kaiſers Namen handelten, zu verſtehen ſeyn. Nachdem die Kaiſer dieſem Rechte entſagt hatten, griffen die Stiftsminiſterialen zu; welches den Bremiſchen Dienſtmannen von Friedrich II. hart verwieſen wurde. *Leibnitz* Script. Rer. Brunſu. T. II. p. 274. S. *Ruder* de prava conſuetudine Rips Raps in Opuſc. p. 695.

c) *Arnold* Lubecenſ. in Chron. Slavor. C. XVI. L. III.

der Kaiſer hatte, dieſes ihm noch übrige Fünkchen von Kirchengewalt erlöſchen zu laſſen, ſieht man aus der Antwort, die er Erzbiſchof Philippen von Cölln gab, der ihn unter dieſer Bedingung mit dem Pabſt zu verſöhnen Hofnung machte [d]). Otto IV. der ſich bey ſeiner Wahl dem römiſchen Hofe empfehlen wollte, war der erſte, der auf dieſe noch übrigen kaiſerlichen Rechte Verzicht that [e]); und die Fürſten, welche dem Pabſt Ottens Wahl meldeten, fügten zu deſſen Empfehlung dieſes bey: daß er verſprochen habe, den Nachlaß der Biſchöfe und Aebte ferner-

d) *Arnold* a. a. O. C. XVII. Vnde etiam videtur domino apoſtolico, quod juſtam contra vos cauſam proponat, quod mortuis epiſcopis confiſcantur eccleſiae, ita ut ablatis omnibus mobilibus & ſtipendiis praeſentis anni, epiſcopus ſubintrans omnia exinanita & evacuata inveniat; ſi ergo juſtitiae obtentu & noſtri ſervitii intuitu per imperialem clementiam ſuper hoc nobis pepperceritis, mediatores juſtitiae inter vos & dominum papam humiliter erimus. — Ad haec imperator ita reſpondit: in veritate habemus compertum, quod praedeceſſores noſtri antiqui imperatores hoc juris habuerunt, ut defunctis epiſcopis inveſtituram pontificalem ſine alicujus praejudicio probatis perſonis liberrime locaverint. Sed quia hoc ipſorum voluntate mutatum invenimus, ratum habemus. Hanc vero minimam ſcintillam juris noſtri quam invenimus nequaquam mutari permittimus, ſufficiat vobis juſtitia veſtra quam inveniſtis.

e) In der Urkunde, die er bey ſeiner Thronerhebung Pabſt Innocenz III. wegen der freien Wahl ausſtellte. Beym *Lünig* Spic. Eccl. T. I. p. 167. heißt es: Illum quoque dimittimus ac refutamus abuſum, quem in occupandis bonis decedentium praelatorum aut etiam eccleſiarum vacantium noſtri adſueverunt anteceſſores admittere, pro motu propriae voluntatis.

nerhin auf ihre Nachfolger kommen zu laſſen [f]). Otto hielt ſeine Zuſage aber ſo wenig, daß Friedrich II. nochmals in denſelben Ausdrücken das Verſprechen ſeines Vorfahren beſtätigen mußte [g]). Durch dieſe den Kaiſern abgenöthigte Verſprechungen gieng außer dieſen noch jenes, in dem Concordate den Kaiſern zugeſicherte Recht, in zwieſpältigen Wahlen dem geſündern Theil mit Zuziehung der Geiſtlichkeit den Ausſchlag zu geben, verloren, durch das die Kaiſer ihren Einfluß in die Biſchofswahlen immer noch aufrecht erhalten hatten. Sie verſichern nicht nur vom neuen den Capiteln das ausſchließliche Wahlrecht, ſondern verſprechen auch, den in ſolchen Fällen ſchon gewöhnlichen Appellationen nach Rom freien Lauf zu laſſen, das hieß, ſich nicht mehr in die ganze Sache zu miſchen [h]).

§. XIX.

f) Pravam inſuper conſuetudinem quam imperatores anteceſſores ſui in occupandis rebus mobilibus — decedentium epiſcoporum vel abbatum principum hucusque ſervaverunt, penitus exſtirpans, nos eccleſiaſticos principes ex hac indebita vexatione regali benevolentia liberos dimiſit & decedentium bona ſuis ſucceſſoribus ſervanda liberaliter ſtatuit von Ohlenſchlagers Urkundenbuch zur 9. B. N. X.

g) *Lünig* a. a. O. p. 168.

h) Concedimus & ſancimus ut electiones praelatorum libere & canonice fiant, quatenus ille praeficiatur eccleſiae viduatae, *quem totum Capitulum vel major & ſanior pars ejus duxerit eligendum;* dummodo nihil ei obſtet de canonicis inſtitutis. *Appellationes autem in negotiis & cauſſis eccleſiaſticis ad Apoſtolicam ſedem libere fiant* eorumque proſecutionem ſive proceſſum nullus impedire praeſumat.

§. XIX.

Ich verlaſſe die Trümmern dieſes Schifbruchs der kaiſerlichen Kirchengewalt, um zurück auf die Geſchichte deren zu kommen, die ſie nach und nach aufgenommen haben.

Aller Mühe ungeachtet, die ſich K. Luther gab [a]), das durch das Concordat verlorne Beſetzungsrecht der Hochſtifter wieder zu erlangen, mußte er ſich doch und ſeine Nachfolger allein mit dem Belehnungs und Entſcheidungsrechte bey ſtreitigen Wahlen begnügen. Die Geiſtlichkeit und die Stände kamen von nun an in den alleinigen Beſitz eines Rechts, mit deſſen Schatten ſie bisher hatten zufrieden seyn müſſen. In einigen Hochſtiftern war durch kaiſerliche Begnadigungen den Capiteln ſchon vor dem Concordate das ausſchließliche Wahlrecht verliehen [b]); in einigen anderen hatte die Geiſtlichkeit überhaupt dieſes Vorrecht erhalten [c]); die mehrſten Gnadenverleihungen dieſer Art beſtätigen aber das gemeine Herkommen [d]), nach

---

a) *Lambert. Schafnaburg.* a. a. 1126.

b) Z. B. das Magdeburgiſche Wahlprivilegium von Otten II. beym *Lünig* Spic. Eccl. T. 1. Anhang p. 24. Praefati loci clero, diu nocteque ac S. Mauritio ibi militaturo hoc privilegium conceſſimus. Sonderbar aber iſt es, daß Conrad nach dem Concordat 1145. dem Uetrechter Capitel das Wahlrecht ertheilte. Die Urkunde ſ. beym *Heda* Hiſtor. epiſcop. Utrajectin. p. 163.

c) Die Paderborniſche von Carl dem Dicken 885. *Lünig* T. II. Spic. Eccl. p. 698. Die Halberſtädtiſche von Ludwig dem Kinde *Ludewig* Rel. Mſs. T. VII. p. 427. Die Würzburgiſche von Otto I. *Lünig* a. a. O. Cont. II. p. 1016.

d) §. VIII. n. e.

nach welchem die Geiſtlichkeit und die Stände zuſammen den Biſchof wählten.

So wie dieſe Hauptgerechtſame geiſtlichen und weltlichen Ständen gemeinſchaftlich zuſtand [e]), ſo waren ſie es auch zuſammen genommen, denen der Biſchof an den wichtigſten Landesangelegenheiten Theil nehmen laſſen mußte [f]). Den bekannten Satz; daß die Gerechtſamen der Landsſtände in gleichem Maße neben der Landeshoheit erwachſen ſeyen, findet man nirgends auffallender beſtätigt als in den Stiftslanden, von welchen zum Theil noch heut zu Tage das Sprichwort gilt; daß es ſich unter dem Krummſtab gut wohnen laſſe. Zwey Urſachen ſind es, die dem landsſtändiſchen Anſehen vorzüglich empor halfen. Die eine war der Haß der weltlichen Stände gegen die Geiſtlichen, der aus der durch einander kreuzenden geiſtlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit erwuchs, und die Biſchöfe unaufhörlichen Plackereyen ausſetzte. Um ſich gegen dieſelben in Nothwehr zu ſetzen, ſahen ſie ſich genothdrungen, beynahe das ganze Kirchengut als Lehn zu vergeben [g]), und was davon noch übrig blieb erſchöpfte der Kriegsdienſt, den ſie dem Reiche leiſten mußten. Aus dieſen allen läßt ſich leicht ermeſſen, daß dem Adel, der nur zu gut ſein Gewicht fühlte, der Muth mehr als in anderen Ländern möge gewachſen ſeyn.

Hier-

---

e) *Hontheim* a. a. O. Diſſ. ad Sec. XII. p. 465. Man ſehe die große Anzahl Salzburgiſcher Miniſterialen und Ritter in Juravia S. 566. 567.

f) §. VIII.

g) *Hontheim* a. a. O. Diſſ. ad Sec. XIII. p. 636.

Hierzu kam nun noch dies, daß aus ſeinem Mittel mehrentheils der Regent genommen wurde, der nicht Macht genug in den Händen hatte, ſich den Bedingungen zu widerſetzen, die man ihm bey der Wahl vorzulegen gewohnt war.

§. XX.

Daß den Neuerwählten von ihren Erwählern Verträge vorgelegt worden ſeyn mögen, glaube ich aus mehreren Gründen folgern zu können. Das allgemeine Herkommen beſtätigt es ſchon, daß es bey Wahlregierungen ſehr natürlich ſeyn müſſe, den Wahlcandidaten nur unter gewiſſen, den Vortheil der Erwähler betreffenden Bedingungen, die Regierung anzuvertrauen. Dies mußte in einem Staate, deſſen Kaiſer ſo wenig als die weltlichen Stände ungebundene Hände hatten, und in dem man ſo ſehr auf alte Sitte hielt, bey den geiſtlichen Landesherrn, die ſo oft abwechſeln, um ſo viel eher eintreten. So lange ſich unter den Landesſtänden keiner hervor that, der mit Hintanſetzung der übrigen einen Vorzug behauptete, ließ man es bey einer eidlichen Beſtätigung der alten Landesfreiheiten bewenden. Nachdem aber die Capitel die übrigen Stände von ihren Rechten zu verdrängen, und beſondere Verträge mit den Neuerwählten zu errichten anfiengen, wurden die übrigen Stände auf ihre Rechte aufmerkſam, und ſuchten ſie gleichfalls durch Brief und Siegel aufrecht zu erhalten [a]).

Die

a) In dem Vergleiche zwiſchen dem Capitel und den übrigen Ständen in Würzburg; wie es während der Regierung Bi-

Die Menge der Wählenden hatte natürlich eine Menge ſtreitiger Wahlen zur Folge, die den Kaiſern Gelegenheit gaben, vermöge ihres Entſcheidungsrechts den Streit durch die Ernennung eines dritten zu endigen b). Außer dem mengten ſich, Kraft tragenden Amts, die Advocaten mit in den Streit, und ſuchten dabey im Trüben zu fiſchen c). Hierdurch wurde wahrſcheinlich der Adel, mit deſſen Mitgliedern die Capitel beſetzt waren, bewogen, ſich in dergleichen Fällen an dieſe zu halten, um dadurch die Bürgerſchaft der Reſidenz unter ſich zu kriegen. Geſchahe dieſes einige mal, ſo glaubten die Capitel nach dem Beyſpiel derer, die das ausſchließliche Wahl-

Biſchofs Sigismund und nach deſſen Tode bis zu einem neuen Fürſten gehalten werden ſoll. Beym *Lünig* Spic. Eccl. T. II. p. 993. heißt es im 24. Art. Doch ſoll das Capitel keinen zur fürſtlichen Würde kommen laſſen, er habe dann vor gelobt und geſchworen, die Grafen, Herren, Ritter und Knechte im Stift bey ihrem alten Herkommen, und Rechten bleiben zu laſſen, und ihnen des offene und verſiegelte Briefe zu geben. S. §. 27.

b) Chron. Mag. Belgic. a. a. 1191. Imperator (Henr. VI.) vero noluit Leovanienſi regalia dare dicens: electionem deveniſſe ad manum ſuam, quia habuiſſent in electione diſcordiam, & cum ibi eſſet Comes de Horſtall, coram imperatore rogavit pro praepoſito Bonnenſi fratre ſuo, cui ſtatim imperator annuit, & domum conceſſit mediante pecunia trium millium marcharum.

c) Magnum Chron. Belgic. a. a. 1151. Ich halte dafür, daß durch die Erlöſchung der Advocaturen dem Wahlrechte der Weltlichen nicht wenig Abbruch geſchehen ſey.

Wahlrecht von den Kaiſern erhalten hatten, allein zu den Wahlen berechtigt zu ſeyn; und ſo kam der Bürgerſtand durch den Adel, und der Adel durch die Capitel um ſein Wahlrecht d). Zur Ausſchließung der übrigen Geiſtlichkeit mochte wohl das Beyſpiel der Pabſtwahlen, die in dieſen Zeiten allein in die Hände des Cardinalcollegii gekommen waren, am meiſten beygetragen haben e); für die Geiſtlichkeit mußte dieſes Muſter um ſo wirkſamer ſeyn, da es ſo gar auf die Kaiſerwahlen Einfluß gehabt hat. Aus dieſer Art, mit der die Capitel in den ausſchließlichen Beſitz des Wahlrechts gekommen ſind, ergiebt ſich von ſelbſt, daß man dieſer Ereigniß für die Hochſtifter insgeſammt keine gewiſſe Zeit anberaumen kann; in einem geſchahe es früher, in dem andern ſpäter f). So viel läßt ſich indeſſen aus der Urkunde Ot-

---

d) Hrn. G. J. R. Pütter hiſtoriſche Entwickelung der teutſchen Staatsverfaſſung 1. Th. S. 157.

e) *Vadian* a. a. O. p. 5. n. 5. Sero enim celeberrimo illo electionis jure eccleſiae Germaniae ſpoliatae ſunt, nec ante quod ſciam receptum eſt, ut a paucis & ſolis hodie canonicis epiſcopus legeretur, quam in urbe Cardinales epiſcopum ſummoto populo legerent, quod annis pluſculis poſt Gregorii VII pontificatum accidiſſe certum eſt. Aber auch dieſes geſchahe nicht auf einmal. So wurde erſt im Jahr 1256 der Abt zu St. Peter in Salzburg von der erzbiſchöflichen Wahl ausgeſchloſſen. S. Juvavia S. 530.

f) Unter Friedrich I. hatte noch in Uetrecht die ganze Landſchaft das Wahlrecht. Magn. Chron. Belg. p. 192. Und in Coſtnitz noch 1336. Chron. Conſtant. a. h. a. beym Piſtor p 678. Von ganz ſpätern ſ. §. XXVII.

Ottens IV. mit ziemlicher Gewißheit ſchließen, daß im Anfange des 13 Jahrhunderts beynahe durchgängig die Wahl in den Händen der Capitel geweſen ſeyn müſſe g).

§. XXI.

Als die Kaiſer ihrem Benutzungsrechte entſagten, waren die Capitel größtentheils ſchon in dem ausſchließlichen Beſitze des Wahlrechts, und ſtanden an der Spitze der Landſchaft. Die kaiſerliche Entſagung war ſo abgefaßt, daß gleich Anfangs die Frage hätte entſtehen müſſen, wem während der Vacanz die zum Beſten der Kirche verſtattete Stiftsverwaltung zukomme? wenn nur der geringſte Zweifel obgewaltet hätte, daß ſie nicht der ganzen Landſchaft zuſtehe. Uebten gleich die Capitel das Wahlrecht ausſchließlich, ſo hieng doch von dieſen nicht im geringſten die Landsadminiſtration ab, ſondern die geſammten Stände waren es, die, der erwähnten Ver-

g) Der Röm. König Heinrich, Friedrichs II. Sohn, hielt es für etwas unerhörtes, daß die Miniſterialen das Wahlrecht haben ſollten. In einem Auftrage, den er dem Herzog von Sachſen gab, die Hildesheimiſchen Miniſterialen über eine Wahl in Ruhe zu ſtellen, zu der ſie nicht waren gezogen worden, drückt er ſich ſo aus: quod enim epiſcopos ſuos eligere debere ſe aſſerunt, & ideo quia hoc factum non eſt, difficiles ei ſe reddunt & graves incongruum judicamus & omnibus Principibus, Nobilibus & Miniſterialibus inconveniens videtur & inauditum. *Schannat* Vindem. Coll. I. p. 139. Das Unerhörte lag aber wohl darinn, daß ſie ſich einem kaiſerlichen Günſtlinge widerſetzten.

Verfaſſung nach, den unbeſtrittenſten Anſpruch darauf machen mußten [a]). Hätte man damals von Seiten der Capitel an ein Grundeigenthum gedacht, dann freilich würde es wegen der davon abhängenden alleinigen Landesverwaltung Streit gegeben haben; ſo aber gieng alles ruhig den verfaſſungsmäßigen Gang, der durch das päbſtliche Recht eher befördert als verhindert wurde. Nach dieſem hatten die Capitel zwar das Recht, alles das zu

D 2 ver-

---

a) Juvavia §. 355. n. c. S. 545. beweiſet dies mit zweyen Urkunden. Die erſte von 1291. iſt eine Anerkennung einer Schuld des verſtorbenen Biſchofs, und fängt ſich ſo an: Wir **Heinrich** von Gottes Gnaden **Thumprobſt** und das **Capitel** zu Salzburg und wir **Engelbert, Abbt zu St. Peter** und der **Rath** (n. b.) von **Salzburg** erkennen, daz unſer Herr Biſchof Rudolph — dem Meiſter Wenher von Spanheim 111 Mark lötigen Silber ſchuldig worden. — Die zweyte iſt eine Verſchreibung Herzogs Otto von Baiern während der am päbſtlichen Hofe ſtreitigen Wahl ſeines Bruders Stephan von 1291. Do hab wir uns nach gemainlicher und williger Bete **Biſchof Chunraz** von **Ciemſee**, des **Thumprobſt Heinrichs und des Capitels von Salzburg und Abte Engelbrechts von Sand Peter und der Dienſtmann und der edlen Leute und der Burger und der Stade des Gotteshaus** angenommen, des Gotteshaus von Salczburg leute und Err und gut in unſern Lant zu waren, zu ſchermen — als es mit Satzen geſchriben ſtet an der Handveſte, die uns darüber **Biſchof Conrad, der Thumprobſt und das Capitel, der Abbt zu St. Peter, Dienſtmann und Städte und Burger** mit ir Inſiegeln gegeben habent." Außer dem ſchloſſen 1387. die geſammten Stände über die Regierung des Stifts während der Abweſenheit des Fürſten einen Vertrag, in dem verabredet wurde, alles mit gemeinem Rath und nach dem mehreren Theil zu beſorgen. S. 574. n. 6.

verhindern, was die Stiftslande und deren Verfaſſung ſchmälern konnte; alles übrige aber, was nach poſitiver Gewalt ſchmeckte, war ihnen ausdrücklich unterſagt, mithin allem dem vorgebauet, was den Gedanken an ein Miteigenthum hätte erwecken können. Alles dies paßte ſo ganz auf die deutſche Verfaſſung, nach welcher den Capiteln dieſelben Rechte vermöge ihrer Landsſtandſchaft zuſtanden. Während der Stuhlserledigung, die durch zwieſpältige Wahlen gewöhnlich verlängert wurden, war es, da man von engern Ausſchüſſen der Landſchaften noch nichts wußte [b]), eine unmögliche Sache, daß die geſammte Landſchaft auch nur die nothwendigſten Sachen hätte beſorgen können. Der natürlichſte Ausweg, den man nehmen konnte, war alſo wohl dieſer, daß man auch hierinn dem Capitel, als erſten Landsſtande, das aus dem Landesadel beſtand, ein gut eingerichtete collegialiſche Verfaſſung hatte, und mit den Regierungsgeſchäften bekannter war, den Auftrag gab, wenigſtens es nicht verwehrte [c]), wenn es denſelben für geſchehen annahm.

§. XXII.

---

b) Erſt im Jahr 1441. fiel man im Hochſtift Würzburg auf einen ſolchen Ausſchuß, der während der Regierung Biſchof Sigsmunds und nach deſſen Ableben bis zum beſetzten Stuhl das Stift verwalten ſollte. Dazu ſolle das Capitel zwey, die Ritterſchaft drey Mitglieder ernennen. In dem Vergleich beym *Lünig* Spic. Eccl. T. II. p. 995. heißt es: Dies Regiment ſoll währen und beſtehen als lang, als unſer Herr Biſchof Sigmund ein Biſchof zu Würzburg iſt, und nach ſeinem Abgang biß an einen zukünftigen Biſchof.

c) Oft war dies aber nicht der Fall, man ſehe die Beſchwerde der Salzburgiſchen Landsſtände in Juvavia a. a. O. n. d.

beti-

§. XXII.

Ehe ich die in dieſem Syſtem vorgegangenen weitern Veränderungen erzähle, will ich mich noch genauer

---

betitelt: vermerkt die Beſchwerung gemeiner Landſchaft: „Item die Herren von Kapitel haben ſich nach Abſterben Erzbiſchof Friedrichs von Stund an des Regiments und aller Handlung des Stifts unterſtanden, und anders dann vor Alter und mit Gewohnheit herkommen iſt, gebrawcht, dem Titel verkeert und wider alles Herkommen allain auf ſy gewenndt ganz frey nach iren aignen Fürnemen und Willen im Stift gehandelt, mit Verachtung und übriger Betrachtung, als ſy bezigen werden, etwo vil Perſonen angerüert, dadurch noch zu künftiger Zeit dem Stift, Lande und Leut in Irrung vallen möchten. Und wiewol vielleicht in andern Stiften, wo Layprieſter ſein, nach Abgang eines Biſchove die Verwaltung aufs Capitel wachſen, und ſy des gebrauchen möchten, ſo hat es doch hie im Stift ain Unterſchaid und ain ander Maynung, wann hie ſein die Chorherrn eingeben lewt die weltlicher Händel nicht ſullen noch mugen Uibung haben. Darumb es vormalen alſo Herkommen und gehalten; wann ein Herr von Salzburg mit Tode vergangen iſt, ſo haben die Herren des Kapitel ainen Ykonimus oder Stathalter fürgenommen, den zu Räten und Lanndlewten in den Rat geſetzt, mit wiſſen und beyweſen deſſelben ſeyn all Sachen und Handlungen des Stifts beſchloſſen und gehandlet, und die Brief von denſelben Ykonimus, Räten und Landlewten ausgangen und nit von Kapitel und iſt mit Urſach beſcheen, daß die Räte und Landlewte haben aller Handlung und Gelegenheit derſelben wiſſen, und ſein der täglich im Gebrauch das die Chorherren dem Chor mit ſingen und leſen auswarten ſullen, nit haben mögen. Alſo iſt der Landlewt zu dieſer Zeit durch die Chorherrn im Titl vergeſſen und ſein wider alts Herkommen veracht worden, und haben ſich etlich aus den Chorherrn, die new-

um den rechtmäßigen Grundeigenthümer der Stiftslande und deſſen Rechte bekümmern.

Wenn gleich die Kaiſer dem Benutzungsrechte, das ihnen wegen dem Grundeigenthume (dominio directo) der Stiftslande und der Regalien zuſtand, zum Beſten der Kirchen entſagt hatten, ſo blieben ſie doch als Lehnsherren dieſelben Grundeigenthümer, die ſie zuvor geweſen waren. Nur die einſtweilige Verwaltung des nutznießlichen Eigenthums, (dominii utilis) welche den Stiftern gegen die Regel, auch in Ermangelung eines Vaſallen, zugeſtanden war, war es, die von nun an an einen andern fallen mußte; und dies war, wie wir geſehen haben, die Landſchaft. Die Rechtmäßigkeit dieſer Verwaltungsübernehmung läßt ſich in keinem Betracht in Zweifel ziehen, man müßte ſich denn an das Wort Kirche ſtoßen, deſſen doch in der Urkunde Ottens IV. nicht gedacht wird. Will man nicht die Kirchenwäude für die Kirche nehmen; ſo muß unter ihr alles das verſtanden werden, was Stiftiſch war, über das ſich alle diejenigen Rechte verbreiten, die von dem Kaiſer dem jedesmaligen Beſitzer verliehen wurden; das iſt mit andern Worten, die Stiftslande ſelbſt ſind der Stamm, auf den die Weltlichkeiten gepfropft ſind.

Wem nun das Repräſentationsrecht eines ſolchen Landes zuſtehet, dem muß in Ermangelung eines Oberhaupts,

---

newlicher Zeit herkommen ſein, ausländer, und die der alten Gewohnheit herkommen, und der Rechten des Stifts genannts nichts oder wenig wiſſen haben, des Regiments unterſtanden und gehandlet daß ihnen die Recht als der Eingeeben nicht zu geben.

haupts, wenn niemand beſonders dazu berechtigt iſt, auch das Verwaltungsrecht zuſtehen. Als eine ausgemachte Sache kann ich es aber vorausſetzen, daß den Landsſtänden durch ganz Deutſchland von jeher dieſes Recht zugeſtanden habe, ſo, daß ſchon nach dem obigen die ehemaligem Stiftsökonomen nichts ohne Bewilligung der Geiſtlichkeit und des Volks unternehmen ſollten. Auf gleiche Weiſe verordnete K. Conrad II. im Jahr 1039 daß die Biſchöfe zu Bamberg nichts Wichtiges ohne Willen und Gutheißen der Stände unternehmen ſollten [a]); und wer das Recht hatte dem Lande ein Oberhaupt zu ernennen, dem müßte, dächte ich, wohl auch deſſen Repräſentationsrecht zuſtehen. Selbſt aus den kaiſerlichen Entſagungsurkunden läßt ſich dieſes ſtändiſche Recht nicht undeutlich beweiſen. Wären die Kaiſer willens geweſen, die Stiftsverwaltung den Capiteln allein zu überlaſſen, würde dies gewiß ſo deutlich verordnet worden ſeyn, als es deutlich in denſelben ausgedruckt iſt, daß das Wahlrecht den Capiteln ausſchließlich zuſtehen ſolle. Aber nicht einmal die geiſtlichen Angelegenheiten wurden ihnen überlaſſen, ſondern dem Pabſt und den Biſchöfen anheim geſtellt, da die Capitel ihrer urſprüng-

---

a) Omnes enim res mobiles & immobiles ejusdem Stae Dei eccleſiae, quas ipſe divus imperator larga manu contulit, ea ratione confirmamus, ut fidelis noſter Eberhardus ejusdem loci primus epiſcopus ejusque in perpetuum ſucceſſores ſecura eas tranquillitate poſſideant & liberam poteſtatem habeant & res & proprietates ejusdem eccleſiae *cum conſenſu cleri & populi ordinare, augmentare & componere.* *Schannat* in Vindem. literar. Col. II. p. 110.

ſprünglichen Verfaſſung nach weit eher auf dieſe, als auf die Weltlichkeiten Anſpruch machen konnten b).

§. XXIII.

Die Urſachen, derentwillen die Kaiſer dieſem Rechte entſagten, ſind aus der angeführten Klage Urban IV. erſichtlich. Die Neuerwählten fanden die Stifter durch königliche Bevollmächtigte ſo rein ausgeplündert, daß ſie ſich genöthigt ſahen, alles, was nur möglich war, um ſtandesmäßig leben zu können, zuſammen zu ſcharren. Dieſe doppelten Streiche, unter denen die armen Länder erlagen, bewogen die Kaiſer zu dieſer Entſagung, die allein dahin abzweckte, damit die Neuerwählten ſo viel vorräthig finden möchten, daß ſie nicht nöthig hätten zu landverderblichen Mitteln ihre Zuflucht zu nehmen. Sie konnten alſo unmöglich wollen, daß es jemanden einfallen ſolle, unter dem Vorwande, als ſtünde ihm nunmehr das Eigenthum an dem erledigten Stiftslande zu, an ſich zu nehmen, was ſie eben fahren ließen. Ihre Abſicht gieng vielmehr dahin, daß in dem Falle, in welchem bisher das nützliche Eigenthum mit dem Obereigenthume vereinigt worden war, beydes hinfüro in ſo fern getrennt bleiben ſollte, daß das erſte zum Beſten des künftigen Biſchofs verwaltet werden könnte. Sieht man nun der Sa-

b) Omnia vero ſpiritualia vobis & aliis Eccleſiarum Praelatis relinquimus libere diſponenda, ut, quae ſunt Caeſaris Caeſari, & quae ſunt Dei Deo diſtributione reddantur. Der gelehrte Verfaſſer von Juvavia irrt alſo ſehr, wenn er S. 544. meinet, die Kaiſer hätten den Capiteln das Verwaltungsrecht überlaſſen.

Sache auf den Grund, ſo tritt zwar mit dem Tode des Biſchofs der Conſolidationsfall ein, die Reichsrechte werden aber während der Stuhlserledigung zum Beſten des künftigen Biſchofs adminiſtrirt. Es beſteht mithin dieſes Verwaltungsrecht in weiter nichts als in der Sammlung dererjenigen Einkünfte, die von den Tafelgütern und der Landeshoheit fallen; und in der allernothdürftigſten Beſorgung deſſen, was ohne Nachtheil des Reichs und des Landes nicht aufgeſchoben werden darf. Geſetzt nun es wären in einem Hochſtift außer dem Capitel keine Stände vorhanden geweſen, oder das Capitel hätte ſich eigenmächtig der ausſchließlichen Stiftsverwaltung unterzogen, ſollte wohl hieraus auf ein Grundeigenthum an den Stiftslanden geſchloſſen werden können? Gewiß eben ſo wenig, als aus der Vormundſchaft der Landesſtände im Mittelalter, oder da, wo ſie noch ihr altes Recht beybehalten haben[a]), ein Grundeigenthum an den Reichslanden gefolgert werden kann.

a) Nach Herzog Georgs von Baiern Ableben war die Succeſſion unter ſeinen Vettern Albrecht und Wolfgang und ſeinem Tochtermann Pfalzgraf Rupprecht ſtreitig. Die Landsſtände adminiſtrirten indeſſen das Land, und waren von K. Maximilian I. angewieſen, ohne ſeine Bewilligung keinen beyder Theile für ihren Landesherren zu erkennen. Gerade der Fall, der es bey der Stuhlserledigung iſt, und dennoch glaube ich nicht, daß ſichs die Stände beygehen ließen, das Land in der Meinung eines ihnen zukommenden Grundeigenthums zu verwalten, und die Einkünfte deſſelben ſich zuzueignen. Mehrers ſ. in *Burder* de Concurſu ſtatuum provincialium Germaniae in Tutela & Cura Principum ſuorum in Obſervat. Jur. Publ. p. 156.

Zweyte Abtheilung.

Ueber die Wahlcapitulationen der deutſchen Domcapitel.

Erſter Abſchnitt.

Geſchichte der Wahlcapitulationen.

§. XXIV.

Auf die nämliche Art, wie die weltlichen Stände um ihr Wahlrecht gekommen waren, kamen ſie nun auch um den Antheil, den ſie an der Verwaltung des Stifts während der Stuhlserledigung hatten. Die Capitel vergaßen nicht allein den Auftrag, oder die ſtillſchweigende Ueberlaſſung dieſes Rechts von den übrigen Ständen, ſondern verkannten auch den Nexus, in dem ſie dieſer Verwaltung wegen mit dem Reiche ſtanden. Mit Hülfe der Dialectik brachte man heraus, daß, da das Eigenthum der Weltlichkeiten unmöglich an einem lebloſen Gegenſtande haften könnte, die Capitel dasjenige Subject ſeyn müßten, auf welche nebſt dem Biſchof das Eigenthum derſelben gleich bey der Errichtung der Hochſtiſter gegründet worden wäre. Hieraus folgte nun von ſelbſt, daß das Eigenthum der Weltlichkeiten zwiſchen dem

dem Biſchof und ſeinem Capitel getheilt seyn müſſe, und daß mit dem Tode des zeitigen Biſchofs, beyde Helften in dem Capitel vereiniget würden. Dieſe Philoſophie traute man ſich freilich nicht laut werden zu laſſen, ſie würde ſo wenig Beyfall bey den Kaiſern als bey den Mitſtänden gefunden haben. Indeſſen ſuchte man doch in der Stille ſo viel Nutzen aus ihr zu ziehen, als ſichs thun ließ. Statt daß ſonſt die Capitel und Stände zuſammen den Erwählten Verträge vorlegten, fiengen nunmehr die Capitel allein an, heimliche Verträge mit ihnen zu errichten, die eine Menge Begnadigungsurkunden zur Folge hatten [a]), welche man ſich unter der Geſtalt alten Herkommens von Biſchof zu Biſchof eidlich beſtätigen ließ. Ich kann dies Wort für Wort mit einer Urkunde Biſchofs Bechtold zu Paſſau von 1252 beweiſen [b]). Außer

---

a) Beyſpiele ſ. in *Schannat* Hiſtor. Wormat. prob. p. 99. p. 128. Iuvavia S. 532. 533. 537. Merkwürdig iſt die Stelle aus Gaſſari Annal. Augsburg. beym *Menken* T. I. Script. Rer. Germ. p. 1428. Hartwichus Baro Lierhaimenſis epiſcopus Auguſtanus 1:67. eſt conſtitutus, hic quanquam natura placidus eſſet, incidit tamen in intricatiſſimas turbas. Nam excepto eo, quod Capitulares fratres ſui, cornua ſumentes, diutinos illi propter annuos reditus, fructumque uſus rixas moverint, ingens etiam certamen cum proprii Advocatis habuit. In dieſer Stelle findet *Gallade* de Capitulatione epiſcopo Germaniae electo, a ſuis electoribus propoſita in Hrn. G. R. Schmidts Theſauro jur. eccl. T. II. n. 19. mit der größten Gewißheit eine Wahlcapitulation; offenbar waren es aber nur Zänkereyen über vorgebliche capitelſche Vorrechte.

b) Beyl. I.

ßer andern Gnadenverleihungen an das Capitel enthält ſie folgendes: Die Domherren ſollen den Rang über alle andere Stiftsprälaten haben; das Archidiaconat ſoll allezeit einem aus dem Capitel verliehen werden; dem Capitel ſollen nach des Biſchofs Tode alle feſte Orte übergeben werden; (und warum allein dem Capitel? cum laici neſciant, quid ſit cannonicum aut legitimum, & ſic detur eisdem occaſio malignandi.) Die dem Capitel gehörigen Häuſer und Plätze ſollen nach dem löblichen Herkommen, das er und ſeine Vorfahren nach der Wahl beſchworen haben, vollkommen frei und ihm gänzlich überlaſſen seyn.

§. XXV.

Der nächſte Schritt, den man thun konnte, war wohl dieſer, daß die Capitularen während der Stuhlserledigung dasjenige, was ſie von dem künftigen Biſchof beobachtet wiſſen wollten, unter gewiſſe Capitel brachten, zu deren Beobachtung er ſich eidlich verpflichten mußte. Man gieng damit ſo geheim zu Werke, daß die übrigen Stände lange nichts von dieſer Gewohnheit erfuhren, bis ſie durch ihre Wirkung, nicht ohne Erſtaunen, von ihrem Daſeyn überführt wurden. Wären dieſe Urkunden nicht noch in unſern Tagen Geheimniſſe, ſo würde ſich eine detaillirte Geſchichte der capitelſchen Gerechtſamen durch das 13te und 14te Jahrhundert liefern laſſen, deren ſchneller Anwachs ſich aus dem Gegenbeſtreben der übrigen Stände abnehmen läßt. Aus dem 13ten Jahrhundert habe ich nur ein einziges, aber gewiß merkwürdiges Beyſpiel dieſer Art, auffinden können. Es iſt dies eine Capitulation, welche die Domherren des Hochſtifts

ſtifts Eichſtett nach dem Tode Biſchof Heinrichs IV im Jahr 1259 beſchwuren, und die den Erwählten Kraft zuvor geleiſteten Eides verbinden ſollte a). Sie enthält ohne die Clauſel eilf Punkte, die nach der heutigen Art zu capituliren freilich billig ſind, aus denen aber doch, beſonders aus dem eilften, der die Wiedervergebung der Lehne betrift, jene Philoſophie der Capitel nicht undeutlich hervor leuchtet.

In einer Zeit, in der das Reich, ſo wie die Hochſtifter, von zwieſpältigen Wahlen zerrüttet wurden, war niemand, deſſen Aufmerkſamkeit dieſes Verfahren der Domcapitel auf ſich zog. Diejenigen, welche ſich die biſchöfliche Würde ſtreitig machten, ſuchten ſich wechſelſeitig durch Freigebigkeit an das Capitel den Vorzug abzugewinnen, und giengen willig jede Bedingung ein, unter der man ihnen zum wirklichen Beſitze Hofnung machte. Von dieſem allen erfuhren die Kaiſer, die in dieſen Streitigkeiten nichts mehr zu ſagen, und mit ſich ſelbſt genug zu thun hatten, nicht das Geringſte. Nur die Päbſte kamen bey der Unterſuchung ſolcher Wahlen durch die Beſchwerden b) des minder begünſtigten Theils hinter dieſe Wahlverſprechungen, und entdeckten zugleich die Quelle, aus der ſie entſprangen. Ihre oft wiederholten Verordnungen ſo wohl gegen die Wahleide c), als gegen das aus dem Gedanken von Grundeigenthume herrührende Betragen der Capitel während der Stuhlerle-

di-

a) Beyl. II.
b) *Meichelbeck* Hiſtor. Friſing. a. a. 1272. T. II. p. 272.
c) C. 27. X. de jure jur. c. 1. eod. in 6to.

digung d), haben aber bis auf die neueſten Zeiten die Capitel von ihrem Verfahren nicht abbringen können.

§. XXVI.

Im vierzehnten Jahrhundert näherten ſich die Capitulationen ſchon mehr ihrer heutigen Geſtalt. Den Capiteln war hauptſächlich daran gelegen, daß alles das, was ſie während der Stuhlserledigung verfügt hatten, ſo angeſehen werden ſollte, als wäre es nicht von Stiftsverweſern, ſondern von wirklichen Stiftsherren verordnet. Dies zu bewerkſtelligen, war kein anderer Weg möglich, als dem Neuerwählten aufzulegen, alles in dem Stande zu laſſen, wie er es beym Antritt ſeiner Regierung finden werde. Damit noch nicht zufrieden, behielt man ſich in den Capitulationen vor, daß der Biſchof in allen wichtigen

---

d) C. 40. de elect. in 6to: Quia ſaepe contingit quod cathedralibus — eccleſiis vacantibus, capitula, — bona a praelatis ipſarum dimiſſa, vel vacationis tempore obvenientia, quae in utilitatem dictarum eccleſiarum expendi vel futuris deberent ſucceſſoribus fideliter reſervari, occupant, inter ſe dividunt, ſurripiunt, dilapidant, diſſipant & conſumunt in earum grave diſpendium & jacturam. Nos ipſorum auſus reprimere, ac eccleſiarum indemnitatibus praecavere volentes: decernimus ut ii, qui praemiſſa de caetero praeſumpſerint eo ipſo ſint & maneant ab officio & beneficiis ſuſpenſi, donec plene reſtituerint quicquid de bonis perceperint ſupradictis. Nec obſtantibus quibuslibet privilegiis vel indulgentiis aut contrariis conſuetudinibus, conſtitutionibus, ſtatutis, *juramento*, confirmatione ſedis Apoſtolicae aut alia quacunque firmitate vallatis. (Bonifacius VIII.)

tigen Landesangelegenheiten nichts ohne Gutheißen ſeiner vermeintlichen Mitgenoſſen an dem Stiftseigenthume vornehmen ſolle. Alles dies findet ſich in der Capitulation Erzbiſchof Alberts zu Magdeburg von 1383 [a]). Die einzige, die mir aus dieſem Jahrhundert zu Händen gekommen iſt. Merkwürdig iſt noch, daß in derſelben der Erzbiſchof dem Capitel alle Gewohnheiten und Privilegien beſtätigt, deren Anzahl ſo groß war, daß ſie nicht einzeln aufgeführt werden konnten, ſondern dem Erzbiſchof durch die vier älteſten Domherren kund gethan werden ſollten: wie kläglich mußte es da nicht um die Landesverfaſſung ſtehen?

§. XXVII.

Bisher hatte man noch in den mehrſten Hochſtiftern die Gewohnheit gehabt, von den Neuerwählten die alte Landesverfaſſung beſchwören zu laſſen, und nur insgeheim eine für ſich vortheilhaftere zu bewirken geſucht. Seit dem Anfange des 16ten Jahrhunderts aber fiengen die mehrſten Capitel an, ohne Zuziehung der übrigen Stände, Neuerwählten einſeitige Capitulationen vorzulegen, unter denen die Würzburgiſche, welche 1411 Johann von Brünn beſchwur [a]), und die Bambergiſche, zu

a) Beyl. III.

a) *Lünig* Spic. Eccl. T. II. p. 969. Frieß Hiſtorie der Biſchöfe von Wirzburg in Ludwigs Script. Wirceburg. p. 694. wo er bemerkt: Es wollten die Herren von Domkapittel des gewöhnlichen biſchöflichen Eydes, den ihnen der neu erwehlte Herr thät, nicht geſättigt ſeyn; ſondern mußt er ihnen, welches hievor nicht mehr beſchehen, darneben auch eine Verſchreibung unter ſeinem Siegel geben.

zu der ſich Friedrich von Auſſees 1422 eidlich verpflichtete b), die erſten und vorzüglichſten ſind. Von nun an ſahen ſich die übrigen Stände auch in denjenigen Hochſtiftern, wo ſie bisher nicht allein an den Wahlverträgen, ſondern auch in manchen noch an der Wahl ſelbſt Theil gehabt hatten, von allen dieſen gänzlich ausgeſchloſſen. In den vorigen Zeiten ſchon hatten ſie durch Verträge mit den Capiteln ihre Gerechtſamen aufrecht zu erhalten geſucht c), itzt thaten ſie ſich zuſammen, um dem ihren Rechten nachtheiligen Capitulationsweſen Einhalt zu thun d); und bewirkten dadurch entweder beſtändige Capitu-

---

b) In der rechtsgegründeten Prüfung aller abſeiten des Bambergiſchen Domcapitels wider das Hochſtift herausgekommenen Schriften (1745.) P. II. §. 23.

c) Vereinigung der Osnabrückſchen Stände vom Jahr 1296 beym Kreß von Archidiaconalweſen Beyl. p. 61. Der Münſterſchen Stände im Jahr 1346 und 1466. im *Lünig* Spic. Eccl. T. II. p. 555. 557. Wo ein Herr und Biſchof tho Munſter in der Tydt iſt, dat de ſyne Löffte und Privilegia und allen und itlichen beſonderen, und dem Lande als gewönlik iſt, gegeven gentzlichen und alle van Puncten tho Puncten, und ein itlich beſonderen holden ſal. — Und darup ſynd wy vor deraverkommen und hebben geſchlotten, dat ſollen weſſen van dem Capittel twe und van Edelmanne achte dat ſie dem Lande tho Ehren und tho Willen umb dat gemeine beſte beryden und bearbeiten, als hiena geſchreven ſtehet. — Von Salzburg ſ. Juvavia S. 573.

d) 1456 vereinigten ſich die weltlichen Stände des Erzſtifts Trier: ſollen noch wollen wir keinen vor unſern Herrn uffnehmen, wir erſinn dan zuvor glaublich unterweiſſet, daß er ſich dem Domcapitel nicht vorder verbonden habe mit eyden, geloben oder einiger andern Verſicherung, dann

pitulationen, oder Grundgeſetze, denen die Capitel fernerhin keinen Abbruch thun ſollten [e]). Einige davon verbreiten über das, was bisher geſagt iſt, ſo viel Licht, daß

dann zu Nutze, Heil und Wohlfahren des Stifts und ſeiner Underſaſſen und als ſonſt von Recht geheiſcht. *Hontheim* T. II. N. 835. p. 425.

e) **Würzburgiſche beſtändige Capitulation** von 1435. beym **Frieß** p. 734. In derſelben iſt verglichen: Daß 5 Perſonen aus dem Capitel, 2 aus denen Prälaten, 3 von den Graven, 11 aus der Ritterſchaft verordnet werden, welche ſamt einem Biſchof zu Würzburg hinführo in Ewigkeit regieren, und das Land verwalten ſollen; und was dieſelben, oder der mehrer Theil aus ihnen handelt, daß ſolches ſtets ſeyn und bleiben ſolle. §. 39. Daß ein jeder Biſchof ſchweren ſoll dieſen Vertrag zu halten ohn alles Gefährde. Daß aber dieſer Vertrag nicht beobachtet worden ſey, erzählt **Frieß** S. 735. Hierher gehören noch die **Erblandesvereinigung** des Herzogthums Weſtphalen von 1463 in **Fabers** Staatscanzley T. VI. **Erblandesvereinigung** des Erzſtifts **Cölln** von 1550 in den Materialien zur geiſt und weltlichen Statiſtick des niederrheiniſchen und weſtphäliſchen Kreiſes. 1ten Jahrg. 2ter Band S. 67. Die **Münſterſche** gemeinſchaftlich auf dem Landtage 1570 entworfene **Wahlcapitulation** beym *Kreſs* D. praelimin. ad Thummermuth p. 49. deren Clauſel folgende iſt: Solche alle und jede obgeſchriebene Puncte ſämtlich und ſonderlich verſprechen wir Johan Biſchof zu Münſter für uns und unſere Nachkommen obgemeldet unſers Stifts Landsſtänden und Unterthanen nun hinführo zu ewigen Zeiten feſt und unverbrüchlich zu halten. Der **Osnabrückſche Vergleich** der geſammten Stände über die Biſchofswahl von 1424. **Kreß** Beyl. p. 64. und eine abermalige Verbindung derſelben 1532 ſ. Beyl. IV. Die **Vereinigung der Trierſchen** Stände beym *Brower* Annal. Trevir n. VIII. p. 318. Der **Fuldiſchen** *Brower* Antiq. Fuld. n. LV. p. 325.

daß ich ſie zu deſſen Beſtärkung anführen will. In dem Vergleiche, welcher 1597 zwiſchen dem Domcapitel und den übrigen Landesſtänden des Erzſtifts Bremen über das Wahlrecht, die Verwaltung während der Stuhlserledigung und die Wahlcapitulation zu Stande kam [f]), vereinigte man ſich über dieſe Puncte dahin: daß das Capitel zwar das Wahlrecht allein haben ſolle; es ſolle aber nicht befugt ſeyn, neue Capitulationen ohne Wiſſen und Willen der übrigen Stände zu machen, ſondern es bey der gemeinſchaftlichen Erzbiſchofs Chriſtoph bewenden laſſen. Wegen der Stiftsverwaltung kam man überein, daß man gemeinſchaftlich gewiſſe Perſonen zu Stiftsräthen ernennen wolle, die ſich ſo wohl während der erzbiſchöflichen Regierung als nach des Erzbiſchofs Tode der Güter und Sachen des Stifts angelegen ſeyn laſſen ſollen: ausdrücklich fügte man hinzu, daß der Fall der Stuhlserledigung nichts im ganzen Syſtem verändern ſolle. Die Ritterſchaft und Städte beklagten ſich in dieſem Vertrage: „daß die Herrn des Domcapitels die Stiftshäuſer allein zu occupiren, die Beamten und Diener auf dieſelben wie auch die Bürger in den Flecken und Vögte in den Dörfern und Landen in Eid und Huldigung zu nehmen, und ſich der Regierung anzumaßen, und die anderen Stände von ihrer Gerechtigkeit und deren Poſſeſſion vel quaſi zu verdrängen nicht befugt; ſondern dieſelben vermöge etlicher und vor Zeiten zwiſchen allen des Erzſtifts Ständen aufgerichteten Verträge und Receſſe mit dazu verſtatten, auch ſonſten wegen der geſchwin-

f) *Lünig* Spic, Eccl, T, I, Anhang S. 129.

ſchwinden Läufte und itzigen Zeiten daran zu ſeyn, daß die Electio und Poſtulatio mit nach Rath und Conſens der anderen Stiftsſtände, oder denſelben ihr jus approbandi electionem gelaſſen, wie nicht weniger die Capitulatio, ſo bisher ohne der Stände Wiſſen mit den Herren Electis aut Poſtulatis aufgerichtet, zum Vorſchein gebracht und dadurch den anderen Ständen kein Präjudiz oder Nachtheil zugezogen, ſondern ſolche Capitulationes den alten Receſſen gemäß formirt werden möchten, ſchuldig geweſen und noch ſeyn." Dieſes Vergleichs ungeachtet fuhren die Domherren fort neue Capitulationen zu entwerfen, in welchen der Stände nur beyläufig gedacht wurde g). In dem Hochſtift Osnabrück hatten die geſamten Stände bis ins 16te Jahrhundert an der Wahl, ſo wie an allen andern wichtigen Landesgeſchäften Theil. Aus mehreren Capitulationen, die hiervon Zeugen ſind, will ich die letzte in dieſer Art, welche Biſchof Franz, Graf von Waldeck, 1532 beſchworen hat h), anführen. Ihr Eingang iſt folgender. Wy Franciscus — confirmerder der Stifter und Kercken Munſter und Oſenbrügge und Adminiſtrator der Kercken tho Mindenn enkennen unnd don kundt in deſſen Breve vor als wem openbar betugende up dat de Kercke tho Oſenbrügk ſo wy dar tho erweltt gekaren — ſyndt, Capitel därſulveſt, de Ritterſchup des Landes, de Stade Oſenbrügge, alle Inwoner Stichtes und Stades Oſenbrügk in Vredenn und in erer Vrigheit Rechte Zeden und Gewohn-

g) S. die Wahlkapitulation Erzbiſchof Johann Friedrichs von 1597 im Lünig a. a. O. S. 134.

h) Kreß vom Archidiaconalweſen Beyl. S. 20.

wohnheiden bliven mogen, ſo hebben wy myt gudenn willenn unnd wohlbedachtenn ſynnen tho den hilligen Evangelien Gades Vormitz uns liflicken myt handen angerort, geſchwaren und ſchweren alle Puncte nhabeſchreven und ein gewelick erer nach unſen Vermogen ſtede vaſth tho holden." Am Ende derſelben heißt es: „und vi Domdeken und gemeine Capittel der Kercken tho Oſenbrugk erkennet und betuget apenbar in deſſen Breve dat alle deſſe verglichen Puncte und Artikeln und erer itlick biſunden, ſo de unſe genedige Herr gelavet und geſchwaren heft al mit unſen guden Willen und Vullborde geſcheyen ſeyn, und vy noch unſe Nachkomelinge tho ewigen Dagen alle de Puncte in deſſen Breve begrepen ſyn, idt en wer dat vi Capittel und Ritterſchup und Stadt Oſenbrugck ſementlicke in vorbetringe anders eins worden, unde dar ya dre Breve gelick deſſen Breve geſchreven und verſegelt worden, alſe einen Brev des Geſtichten-Mannen, einen dem Raide tho Oſenbrugk, und einen den Quakenburgſchen tho Behoef des Landes." Bey der nächſt folgenden Wahl fand es das Capitel für gut, die Stände ganz aus dem Spiel zu laſſen, und dem Biſchof Philipp Sigismund eine einſeitige Capitulation [i]) vorzulegen. Die Stände legten daher 1624 bey einer neuen Wahl eine feierliche Proteſtation ein [k]); der Streit ſelbſt wurde durch die im Weſtphäliſchen Frieden feſtgeſetzte beſtändige Wahlcapitulation [l]) geendigt.

§. XXVIII.

---

i) Man findet ſie beym Kreß vom Archidiaconalweſen Beyl. S. 28.

k) Beylage V.

l) *Reinhart* ad Chriſtinaeum Obſ. 14.

§. XXVIII.

Durch die Mißhälligkeiten zwiſchen den Capiteln und den Landsſtänden ermuntert, verſuchten es die Biſchöfe, die immer mehr den Umfang ihrer landesherrlichen Gerechtigkeiten kennen lernten, öfterer, ſich durch Beſchwerden beym römiſchen Hofe dieſer ihnen von den Capiteln aufgelegten Banden zu entledigen; und es konnte nicht fehlen, daß ihnen die Päbſte, in einer ihrem eigenen Intereſſe ſo gehäßigen Sache, durch Vernichtung der ihnen abgenommenen Eide zu Hülfe kamen. **Martins V.** allgemeiner deutſcher Kirchenreformator Cardinal **Branda** ſchrieb, mit Verwerfung der Capitulationen, den Eid vor, der künftighin von den Prälaten geleiſtet werden ſollte [a]); und **Julius II.** ließ eine beſtändige Capitulation für das Erzſtift Trier entwerfen [b]). Wie wenig

a) Im §. 8. dieſer Conſtitution beym *Ludewig* T. XI. Rel. Mſſ. p. 388. heißt es: Cum ſacris Canonibus inhibitum ſit in aſſumtione prelati pactiones aut conditiones intercedere, corruptelam illam in eccleſia Moguntina & nonnullis aliis eccleſiis aliquando ſervatam, quod dum ejusdem & aliarum eccleſiarum capitula ad electionem prelatorum procedunt, antequam eos eligant, aut poſtquam elegerunt, antequam eccleſiarum poſſeſſionem & adminiſtrationem adipiſcantur, ab eis juramenta & promiſſiones extorquent, inter que interdum nonnulla, quae ſpeciem honeſti habere videntur, premittunt, ut alia gravia & irrationabilia accumulent, preſenti conſtitutione caſſamus. Es folgt ſodann der Eid, den der Pabſt für billig und gerecht hält, der aber mit der deutſchen Landesverfaſſung nicht vereinbart werden kann.

b) Nachdem Julius II. dieſelbigen Klagen erhoben hat, verordnet er: Hac noſtra perpetue valitura conſtitutione ſtatui-

nig aber dadurch ausgerichtet worden ſey, lehrt einer der hundert Klagepuncte, welche die deutſchen Fürſten gegen den römiſchen Hof eingaben c). Eben ſo wenig Schutz fanden die Capitulationen bey der Basler Kirchenverſammlung d). Derſelbe Martin vernichtete im Jahr 1431 auf Erſuchen Kaiſer Sigismunds den Eid, den Friedrich Biſchof in Bamberg ſeinem Domcapitel hatte ſchwören müſſen e). Pabſt Sixtus IV. that im Jahr 1482 auf Verlangen Biſchof Philipps in Bamberg

ſtatuimus & ordinamus prefatum Jacobum archiepiſcopum Trevirenſem juramentum juxta formam inferius notatam prefato capitulo preſtare debere, & ad aliud juramentum cogi & compelli non poſſe, ac aliud preſtantes & exigentes, ſi ſingulares perſone fuerint, ſententias execrationis, a qua, preterquam in mortis articulo conſtituti a Romano pontifice canonice intrante dontaxat poſſunt abſolvi; & eccleſia ipſa Treviren, paſtore carens inhabilitatis ad eligendum & privationis omnium beneficiorum eccleſiaſticorum, in capitula vero interdicti eccleſiaſtici ſententias, poenas, quas contrafacientes incurrere volumus, eo ipſo decernimus. Electionem archiepiſcopi, quam pro tempore cum alterius juramenti ordinacione fieri contigerit nullius fore roboris & omnino viribus carere, etiam eo ipſo. *Hontheim* T. II. Hiſtor. Dipl. Trevir. p. 569. N. 804.

c) *Georgii* Gravamina adverſus ſedem Romanam totumque eccleſiaſticum ordinem p. 478.

d) *Decretum Synodi Baſileenſis* de bonis menſae Herpibol. d. XI. Id. Aug. anno 1433. *Lünig* Spic. eccl. Cont. II. p. 1024.

e) Prüfung ſämtlicher abſeiten des Bambergiſchen Domcapitels wider das Hochſtift und Biſchof daſelbſt zum Vorſchein gekommenen Schriften. Beyl. 145.

berg ein gleiches [f]). Unter den Mißbräuchen, die in der Kirche eingeriſſen waren, und wegen deren Abſtellung Clemenz VIII. durch den Cardinal Madrutius auf dem Reichstage zu Regenspurg 1549 eine Vorſtellung [g]) eingeben ließ, iſt auch dieſer: epiſcoporum jurisdictio per contrarias ſacris canonibus capitulationes & pacta conſtringitur. Ferner: cum epiſcopis non raro contentiones ſuſcipiuntur, idque non jurium eccleſiae conſervandorum, ſed enervandae epiſcopalis jurisdictionis ſtudio; es läßt ſich daraus abnehmen, wie allgemein damals die beſchwerlichen Wahlcapitulationen und die gegen dieſelben erhobenen Klagen müſſen geweſen ſeyn. Pabſt Paul V. entband 1618 den Biſchof von Würzburg und Bamberg ſeiner eidlich geleiſteten Verſprechungen [h]); und als Herzog Maximilian Heinrich von Baiern zum Coadjutor von Cölln gewählt wurde, ihm aber äußerſt beſchwerliche Puncte in der Wahlcapitulation auferlegt waren, vernichtete ſelbige Urban VIII. 1642. Derſelbe Pabſt hob auch in demſelben Jahre die Capitulation auf, die Biſchof Franz Wilhelm von Osnabrück als erwählter Biſchof von Regenspurg hatte eingehen müſſen [i]). Die

f) Ebendaſelbſt Beyl. 160.

g) *Lünig* a. a. O. Num. 27.

h) Bambergiſche Deduction 2ten Theils Beyl. 1. und in der Deduct. Factum & jus juramenti epiſcopalis im *Lünig* Select. Script. illuſtr. p. 563.;

i) *Lünig* Spic. eccl. Cont. II. p. 1222. und in der angezogenen Bambergiſchen Deduction 2 Th. Beyl. 4.

wichtigſte Streitigkeit aber fiel zwiſchen dem Biſchf Johann Gottfried von Guttenberg (erwählt den 16 October 1684) und dem Capitel vor. Er hielt die ihm vorgeſchriebenen Capitulationspuncte für unverbindlich, und klagte ſie als ſolche am päbſtlichen Hofe an, der auch die Sache zur Unterſuchung annahm. Während derſelben liefen eine Menge Bittſchriften für das Würzburgiſche Domcapitel von den Mainziſchen, Trieriſchen, Salzburgiſchen, Hildesheimiſchen und Conſtitziſchen Domcapiteln ein [k]); aller dieſer Vorſtellungen aber ungeachtet, erſchien die für die Wahlcapitulationen ſo äußerſt fatale Bulle Innocenz XII [l]), in welcher die über ähnliche Vorfälle ausgegangenen Verordnungen Nicolaus III. Pius V. Gregor XIII. erneuert werden. Mit dieſer päbſtlichen Bulle ſtimmt, was die Weltlichkeiten anlangt, K. Leopolds Reſolution an den päbſtlichen Nuntius [m]), und das an den Biſchof erlaſſene Reſcript genau überein [n]). Nicht weniger merkwürdig ſind die Streitigkeiten Erzbiſchof Johann Ernſts von Salzburg [o]), und Biſchof Friedrich Carls von Bamberg [p]) (Coadjutor 1708, Biſchof 1729) mit ihren Domcapiteln; imgleichen die in der Eichſtettiſchen [q]) und neuern Salzburgiſchen

k) Factum & jus juramenti epiſc. n. 15.
l) Daſſelbe n. 18. Fabers Staatscanzley T. II.
m) Factum & jus juram. n. 16.
n) *de Ickſtatt* Opuſcula T. II. p. 493. *Reinhart* ad Chriſtinaeum Obſ. 14.
o) Juvavia S. 549. n. d.
p) Die oft angezogene Bambergiſche Deduction.
q) in Moſers perſönlichem Staatsrechte 1. Th. S. 114.

ſchen und Speierſchen r) Streitigkeiten ergangenen R. Hofraths Verfügungen. Sollte noch ein geiſtlicher Fürſtenverein zu Stande kommen, dann würde von beyden Theilen mit vereinigten Kräften über dieſen wichtigen Gegenſtand gekämpft werden.

Zweyter Abſchnitt.

Ueber die Rechtsbeſtändigkeit der Wahlcapitulationen in Bezug auf die Landeshoheit im Weltlichen.

§. XXIX.

Je wichtiger die ſtreitenden Theile und der Gegenſtand ihres Streits ſind, um ſo mehr Vorſicht erfordert die Auseinanderſetzung und Beurtheilung deſſelben. In dem Vorausgeſchickten hoffe ich die Quellen dieſer Zwiſtigkeiten, aus denen zugleich ihre Entſcheidung fließen muß, hinlänglich entdeckt zu haben; nunmehr will ich die Streitigkeit näher beſtimmen, jeden Theils Gerechtſamen unterſuchen, und für jeden derſelben gewiſſe Grenzen zu ziehen bemüht ſeyn.

So unwiderſprechlich es aus der Geſchichte iſt, daß den Capiteln an den Stiftslanden keine Grundherrſchaft

r) Hrn. Hofr. Schlötzers Staatsanzeigen 3ter B. Heft 10. 6ter B. Heft 22.

ſchaft zuſtehen kann, ſo feſt ſind doch die Capitel von einer ſolchen überzeugt, und werden in dieſer ihrer Meinung von vielen Rechtsgelehrten noch mehr unterſtützt. Alles kömmt hiebey auf die Erörterung folgender Fragen an: welche Rechte haben die Capitel bey unbeſetztem (Sede vacante); und welche bey beſetztem Biſchofsſtuhl (Sede plena)? Ohne eine genaue Sonderung der verſchiedenen biſchöflichen Rechte läßt ſich keine derſelben beſtimmt beantworten.

Der deutſchen Verfaſſung nach repräſentirt der Biſchof zwey verſchiedene Perſonen; eine als geiſtliches Oberhaupt in einem ihm angewieſenen Sprengel; die andere als weltliches Oberhaupt eines unmittelbar unter dem Reiche ſtehenden Landes. Nach jeder ſind ſeine Rechte und Verbindlichkeiten verſchieden; in Anſehung der geiſtlichen iſt das Kirchenrecht; in Anſehung der weltlichen iſt das deutſche Staatsrecht die Richtſchnur. Gegenwärtige Unterſuchung hat bloß die weltliche Perſon des Biſchofs zum Gegenſtande, und berührt nur die geiſtliche dann, wenn ſie zur Verwechſelung der aus beyden herfließenden verſchiedenen Rechte Gelegenheit gab.

§. XXX.

Die Frage: ob den Capiteln während der Stuhlserledigung die Verwaltung deſſelben aus einem Grundeigenthume zuſtehe? iſt ſchon ſo wohl geſchichtsmäßig als auch geſetzlich verneint worden; und diejenigen Gründe, welche von einigen Rechtsgelehrten a) dagegen angeführt werden,

---

a) *Paurmeiſter* de Jurisdictione p. 80. *Boehmer* Jus Eccl. Pro..

werden, ſind theils zu hinfällig, als daß ich mich mit einer weitläuftigen Widerlegung derſelben befangen ſollte, theils ſchon von andern [b]) zum Ueberfluß vernichtet. Wundern muß man ſich aber, daß bey der ſicherſten Auskunft, welche die Geſchichte giebt, und bey den deutlichſten geiſtlichen und weltlichen Geſetzen, ältern und neuern oberſtrichterlichen Entſcheidungen, immer noch eine Meinung aufgewärmt werden kann, für die ſich nichts weiter als weit hergeholte Bilderſprache und eine in nichts beweiſenden Staatsſchriften [c]) vorkommende Grundherrſchaft aufbringen läßt. Ich will hievon nur ein Beyſpiel in der Behauptung des ſel. Hofr. Hommels anführen. Nachdem er ſeine Lehre für wahr annimmt, daß das canoniſche Recht aus dem Deutſchen erläutert werden müſſe, glaubt er aus dem 15 Kap. X. de Teſta-

---

Prot. T. II. L. III. T. IX. §. XXIII. *Zallwein* Princ. jur. eccl. T. IV. Qu. II. C. III. §. VIII.

b) *de Ickſtatt* Diſquiſ. canonico publica de Capitulorum Germaniae origine, progreſſu & juribus, regimine praeſertim territoriali interimiſtico ſede vacante ejusque uſu & abuſu in Opuſc. T. II. p. 370. Deduct. An Capitulum cathedralis eccleſiae Herbipolenſis ſede vacante Temporalia, Politica & Regalia exerceat de per ſe ſeu jure ordinario epiſcopali, vel an cum literis Imperatoris, vel quo jure denique? beym *Lünig* Select. Script. illuſtr. p. 569.

c) In von Meierns weſtphäliſchen Friedenshandlungen T. II. S. 649. T. VI. S. 404. 406. 437. 510. Warum aber in dieſen Stellen einige weltliche Stände den Capiteln eine Grundherrſchaft beylegen, wird jeder, der die Stellen ſelbſt einſieht, leicht ermeſſen. Rhapſ. Obſ. 532.

ſtamentis, wo es heißt; quoniam non eſt tanta communio inter epiſcopum & inter capellas & monaſteria, ſeu alia pia loca, quanta eſt inter epiſcopum & eccleſiam cathedralem, cui eſt ſpirituali conjugio copulatus, nach den Grundſätzen, die bey der Gemeinſchaft der Güter unter Ehegatten eintreten, den ſichern Schluß ziehen zu können; ut, quoties eccleſia eſt vidua, totum regimen in capitulum redeat & in eo conſolidetur. cap. unic. de major. & obed. in 6to. c. 14. X. de major. & obed. Außer dem aber, daß in dieſem Capitel ein ganz beſonderer Fall, die canoniſche Erbtheilung zwiſchen den in einem Teſtament zum Erben eingeſetzten Biſchof und Capitel zum Grunde liegt, iſt es ſchon an ſich widerſprechend, daß der Pabſt bey dieſer bildlichen Vorſtellung einen Grundſatz ſollte aufgeſtellet haben, dem ſich das ganze canoniſche Recht in den deutlichſten mit Execrationen und Excommunicationen angefüllten Verordnungen entgegenſetzt.

§. XXXI.

Wäre das canoniſche Recht aber auch weniger übereinſtimmend mit der deutſchen Verfaſſung, ſo würde dem ohngeachtet in dieſer die Weltlichkeiten angehenden Sache, das deutſche Staatsrecht den Vorzug haben müſſen, nach dem den Capiteln nichts weiter als das bloße Verwaltungsrecht zuſtehet, und zwar dann nur ausſchließlich, wenn die übrigen Stände ſich ihres Mitverwaltungsrechts begeben haben [a]). In denenjenigen Hoch-

a) Eine ſolche ausdrückliche Uebertragung findet ſich in der Cöllniſchen Erblandesvereinigung n. 22. Vergl. §. VIII.

Hochſtiftern aber, in welchen die übrigen Stände ihre Rechte ſtandhaft vertheidigten, wurde in dem weſtphäliſchen Frieden b) zu ihrem Beſten verordnet: iidem (Electi aut Poſtulati in Archiepiſcopos, Epiſcopos aut Praelatos) aut ſede vacante Capitula *& quibus adminiſtratio cum iis conjunctim competit* c), ad uni-

---

b) Art. V. §. 21. Gleichlautend iſt §. 17.

c) Die Veranlaſſung zu dieſer Faſſung des Artikels war die Feſtſetzung der Osnabrückiſchen Stiftsverfaſſung. Lange ſchon hatten die Stände ſo wohl wegen der Wahl als der Verwaltung des erledigten Stifts Klagen geführt. Nach dem Tode Biſchof Sigismunds 1623 beſchwerte ſich die Ritterſchaft und die Stadt gegen das Capitel: Sie hätten von alters hergebracht, daß in Landſachen nichts geſchloſſen worden, waß nicht mit ihnen allezeit concludirt, hingegen werde nun *in hac ſedis vacantia* eine und andere Neuerung vorgenommen, ja auch die Landräthe nitgend zugezogen, hingegen wollte man ſich bedinglich verwahren und begehren, daß es nach dem alten gehalten werden möge. Das Capitel gab dagegen: Die Regierung wäre jetzt beſtellt wie vor dieſem; ſo wären auch eine zeitlang nichts als ſchlechte Schuldſachen uffr Canzeley vorgeweſen, wann etwa wichtige Sachen vorlauffen, wollte man die Landräthe nicht vorbey gehen. Beym Kreß vom Archidiaconalweſen Beyl. S. 73. Bey Gelegenheit der zu entwerfenden perpetuirlichen Capitulation brachte die Stadt dieſe nämliche Klage in ihren Monitis zu der von dem Capitel entworfenen Capitulation ad n. 14. auf den Friedenscongreß Meiern weſtphäl. F. H. T. VI. S. 490. Daſſelbe geſchahe auch von der Ritterſchaft Meiern a. a. O. S. 500; und beyde Theile wurden in ihrem Geſuche durch das Haus Braunſchweig-Lüneburg unterſtützt. Meiern S. 503. Auf dem Friedens-Executions-Convent zu Nürnberg 1650. 18. Jul. bey Gelegenheit der perpetuirlichen

univerſales aeque ac particulares deputationum, reviſionum, aliosve conventus imperiales literis ſolitis evocentur & ſuffragii jure fruantur, prout quisque ſtatuum ante religionis diſſidia eorum jurium particeps fuit. Alſo nicht die Capitel allein ſind die geſetzlich anerkannten Stiftsverweſer während der Stuhlserledigung, ſondern auch die übrigen Landesſtände, wenn ſie die Capitel nicht haben in ihre Stelle treten laſſen. So wenig aber die geſammte Landſchaft ſich das Verwaltungsrecht aus einem Grundeigenthum an den Stiftslanden anmaßen kann, eben ſo wenig, ja noch weniger können ſich die Capitel, wenn ſie durch das ausſchließliche Verwaltungsrecht die Landſchaft vertreten, dieſes Recht aus einer Grundherrſchaft beylegen.

Dies Verwaltungsrecht d), es ſtehe nun den Capiteln ausſchließlich, oder in Gemeinſchaft mit den übrigen Ständen zu, beſtehet in nichts weiter, als in der Erhebung der aus den Tafelgütern und der Landeshoheit fallenden Einkünfte, die zum Behuf des künftigen Fürſten

lichen Wahlcapitulation wurde mündlich ad Protocollum gegeben: Weil die Stadt Osnabrück angeführet, daß ſie vor deſſen *Sede vacante* die Coadminiſtration gehabt; ſollte ſie, wann und wie fern es ſich befinden würde, in künftigen Fällen auch dabey gelaſſen werden. Beym Moſer perſönl. Staatsrecht 1. Th. S. 275.

d) Nicht unſchicklich vergleicht man es mit der Befugniß der Reichsvicarien. S. Hrn. Prof. Weſtphals Abh. von der angemaßten Grundherrſchaft der Capitel §. 10. in ſeinem Staatsrechte S. 518.

ſten aufgeſpart werden müſſen e); und in der nothdürftigen Verwaltung deſſen, was ohne Schaden des Landes und des Reichs keinen Aufſchub leidet f). Was unter

---

e) Reichshofraths-Concluſum (28. Aug. 1781.) zu Speier Hr. B. und F. contra das Domcap. daſelbſt, die anfechten wollende landesherrliche Gerechtſame betreffend. n. 3. lit. d. n. 7 Wollen k. Maj. den zeitlichen Statthaltern nicht nur alle mögliche Erſparniß, der nur administratorio nomine zu beſorgenden Einkünfte des Hochſtifts in allem und jedem anempfohlen, ſondern auch andurch zur künftigen unabweichbaren Richtſchnur vorgeſchrieben haben, daß nach geendigter Sedisvacanz dem neuerwählten Fürſten ſo bald als möglich, und längſtens innerhalb Jahr und Tag von deſſen Regierungsantritte zu rechnen, von der Statthalterſchaft ſo wohl über die geführte Interimsadminiſtration und ganze Verwaltung der pflichtſchuldigſte Bericht erſtattet, als auch über den ſämtlichen Aufwand behörige Rechnung abgelegt werden ſolle.

f) Daſſelbe n. 3. Gleich wie aber dem Capitel, ob daſſelbe ſchon bis zur Beſetzung des biſchöflichen Stuhls die innerlichen und äußerlichen Regierungsgeſchäfte allerdings zu beſorgen hat, dennoch keineswegs gebührt die demſelben von k. Maj. als oberſten Lehnsherrn belaſſene Poteſtatem vicariam & nude adminiſtratoriam weiter als auf ſolche Handlungen zu erſtrecken, aus deren Verſchub ſo viel die Interna Principatus betrift, dem Hochſtifte oder deſſen Unterthanen ein weſentlicher oder unerſetzlicher Schade zuwachſen — quoad Externa aber Reichs- und Kreisgeſchäfte — oder andere dergleichen Angelegenheiten ein Aufenthalt verurſacht werden könne; außer dem aber nicht ſolcher Geſtalt geartete Regierungsgeſchäfte lediglich dem zukünftigen Regenten zu überlaſſen ſind. Gleichlautend iſt das Reichshofr. Concl. (16 Jul. 1784) zu Salzburg Erzſtift, die bey letzter Sedisvacanz unternommene Eingriffe betreffend 1mo in Hrn. Hofr. Reuß Staatscanzley Th. VII, S. 295.

ter dem letzten verſtanden werden müſſe, ergiebt die angezogene Stelle des weſtphäliſchen Friedens: was aber unter demjenigen, das ohne Schaden des Landes keinen Verzug leidet, zu verſtehen ſey, iſt in vorkommenden Fällen äußerſt ſtreitig. Ich verſtehe darunter die Ausübung der nothwendigſten und weſentlichſten Hoheitsrechte, ohne welche weder die Ruhe noch das Wohl des Landes erhalten werden kann. Alles übrige aber, was mit dieſen beſtehen kann, und wodurch dieſelben nicht unmittelbar befördert werden, muß das Capitel in dem Stande laſſen, in dem es zuvor war, und darf ſich mit der Ausübung deſſelben ohne Ahndung des höchſten Oberhaupts nicht befangen [g]). Hieher gehört, daß es ſo wenig neue Verordnungen machen und neue Beamten ſetzen, als die alten Geſetze abſchaffen und die alten Beamten abdanken darf [h]); und

---

g) Manche Capitel waren ſo vorſichtig, daß ſie ſich kaiſerliche Erlaubniß zur Ausübung der Regalien ertheilen ließen. Ein Beweis hievon iſt die von K. Rudolf II dem Augspurger Domcapitel verſtattete Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit in **Moſers** perſönl. Staatsrechte 1. Th. S. 274.

h) Reichshofraths-Concl. in der Speierſchen Sache (1781.) n. 111. lit. A. wird dem Capitel verboten, aus dem in allem Betracht ungegründeten ſomit gänzlich verwerflichen Principio einer Erb- und Grundherrſchaft, und Kraft ſolcher ſich zur Ungebühr angemaßten plenitudine poteſtatis während der Sedisvacanz landesherrliche Verordnungen abzuändern, es ſey dann, Umſtände machten eine jählinge proviſoriſche Vorſehung bis zur Wahl eines neuen Regenten unumgänglich nothwendig. Daſſelbe lit. B. In Anſehung der bey Abſterben eines F. B. vorhandenen geſammten fürſtlichen Dienerſchaft unterſagen k. Maj. andurch Capitulo ernſtgemeſſen, unter den von

und daß ihm nicht erlaubt ſey das Münzrecht zu üben [i]), weil ohne dies die Ruhe des Stifts ſo wohl als deſſen Wohl

von einem zeitlichen Fürſten nachgelaſſenen Miniſtern, Räthen oder ſonſtigen Dienern, außer in caſibus imminentis damni irreparabilis, die mindeſte Aenderung zu treffen, denſelben an ihrer Beſoldung — zu mindern, oder zu mehren, oder ſolche gar abzuſchaffen, oder neue aufzunehmen.

i) Wir Leopold ꝛc. Entbiethen dem Ehrſamen — Capitul des Dom-Stifts Bamberg unſer Gnad, und fügen Euch zu wiſſen, wasgeſtalten Uns Unſer Reichs-Hof-Fiſcal in Unterthänigkeit klagend zu vernehmen gegeben, obwohlen in den Reichsſatzungen, abſonderlich in der kaiſ. Wahlcapitulation heilſam verſehen, daß niemand weß Standes er auch ſeye propria authoritate ſich des Münzregals, ohne abſonderlich dazu habende Freiheiten anmaßen, ſondern ſich gänzlich und bey Strafe, inſonderlich aber die mediat-Stände enthalten ſolle; — daß doch deſſen allen ohngeachtet Ihr auf Abſterben weyland Marquart Sebaſtian B. z. B. bey vorgeweſener Sedisvacanz, Euch neuerlich unterſtanden eine große Summam Species-Thaler und zwar auf einer Seite mit des Biſthums, auf der anderen mit Eurem Domcapitulariſchen Wappen und Namen münzen zu laſſen, welches ungebührliche Anmaßen Euch um ſo weniger zukomme, quod Capitulum Sede vacante ſuccedat Epiſcopo tantum in iis, quae ſunt jurisdictionis neceſſariae & absque praejudicio Eccleſiae & damno tertii intermitti non poſſint, ſed tempore Sedis vacantis vel ad advertendum praejudicium vel ad procurandam eccleſiae utilitatem, vel etiam ad requiſitionem tertii ex debito juſtitiae neceſſario expediri & exerceri debeant, welche keineswegs ad ea, quae ſunt exercitii voluntarii, & in quibus aut nullum periculum in mora, aut eccleſia tempore interregni nullum patitur detrimentum zu exerciren. — Heiſchen und laden demnach Euch — (de dato 23ten April 1694). Prüfung der Schriften des

Wohl ſehr gut erhalten werden kann. Uebrigens verſteht es ſich von ſelbſt, daß in denjenigen Stiftslanden, in welchen Stände vorhanden ſind, das Capitel in allen den Fällen mit ihnen Rath pflegen muß, in welchen der Fürſt ſelbſt ohne ihren Beyrath nichts würde haben unternehmen können.

§. XXXII.

Noch viel weniger laſſen ſich, ſo lange ein zeitlicher Regent lebt, Wirkungen einer Grundherrſchaft von Seiten der Capitel denken; und es iſt ſonderbar, dem Capitel eine ſolche beylegen zu wollen, wenn man deren Wirkungen verwerfen muß [a]); mir wenigſtens ſcheint der Schluß von Nichts auf Etwas äußerſt unlogiſch. — Die Hauptveranlaſſung, welche die Capitel auf die Idee von einer Grundherrſchaft führte, war unſtreitig eine verdrehte Anwendung des päbſtlichen Rechts, die noch unpaſſender wurde, da man ſie auf Biſchöfe anwendete, die außer ihrem geiſtlichen, noch den Character eines Reichs-

---

des Bambergiſchen Domcapitels Beyl. S. 335. Von Münſter ſ. Moſers perſönl. Staatsr. 1. Th. S. 276. Zur Prägung der gewöhnlichen Sterb- und Denkmünzen ſind dem Salzburgiſchen Domcapitel 2000 Fl. Reichshofr. Concl. (16 Jul. 1784) Ilmo. dem Speierſchen 1500 Fl. verwilligt. Reichshofr. Concl. (28 Aug. 1781).

a) Speierſche Paritionsanzeige ad Concl. vom 28 Aug. 1781: Grund- und Eigenthumsherrſchaft im geſetzwidrigen Verſtande iſt die, welche an der thätigen und den F. Biſchöfen allein eigenen Landeshoheit Theil nimmt; oder eine ſolche, die nicht lediglich den Veräußerungen und anderen gefährlichen Grundveränderungen des Landes vorbeugt, ſondern über dieſe Grenzen auf eine zügelloſe Art ausſchweift.

Reichsfürſten tragen. Da wo die Biſchöfe lediglich Verwalter des Privateigenthums der Kirche waren, wo niemand anders mit ihnen in Verbindung ſtand als ihre Capitel, läßt ſich ein aus einem Grundeigenthum entſpringendes alleiniges Einwilligungsrecht der Capitel in alle weſentliche Stiftsveränderungen denken, welches ihnen auch im päbſtlichen Rechte (wenn gleich nicht aus dieſem Grunde) zugetheilt iſt. Ganz anders muß es ſich aber mit unſeren vaterländiſchen Biſchöfen verhalten, die unter der Grundherrſchaft des Reichs anſehnliche Länder beſitzen, aber die ſie nichts weniger als Privateigenthümer, ſondern als Lehnseigenthümer der ihnen jedesmahl verliehenen Hoheitsrechte beſitzen; in welchen ſich Stände finden, die dem Landesherren ſo wenig als das höchſte Reichsoberhaupt eine uneingeſchränkte Ausübung derſelben verſtatten. In welcher elenden Geſtalt muß hier nicht eine aus einem fremden und zwar geiſtlichen Rechte geſuchte Grundherrſchaft erſcheinen! Zufällig traf es freilich, daß den Capiteln auch nach der deutſchen Verfaſſung dieſes Einwilligungsrecht zuſtehen konnte; dies war aber nichts weniger als eine Folge des päbſtlichen Willens, ſondern der Grund liegt darinn, daß die Landeshoheit jene Befugniß, das Land zu veräußern, oder zu verändern nicht enthält, und daß die Capitel als Landesſtände und Unterthanen das Recht haben, ihre Landesherren, die über ihre Befugniſſe hinausgehen, durch oberſtrichterliche Hülfe in den gehörigen Schranken zu erhalten.

§. XXXIII.

In Anſehung der Weltlichkeiten ſtehen alſo den Capiteln keine andere Rechte zu, als ſolche, die aus ihrer

rer Landsſtandſchaft entſpringen. Dieſe erſtrecken ſich der Regel nach nie auf eine Theilnehmung an der Landesregierung, ſondern ſchränken nur, nach der Verſchiedenheit des Herkommens, in einem Lande mehr, in dem anderen weniger, die Regierungsrechte ein. In allen deutſchen Staaten haben aber die Unterthanen, es mögen Stände vorhanden ſeyn, oder nicht, das Recht, die Landesherren, wenn ſie ihre Gerechtſamen mißbrauchen, oder überſchreiten, durch das oberſtrichterliche Anſehen zurecht weiſen zu laſſen. Nach dieſen Grundſätzen laſſen ſich die capitelſchen Gerechtſamen ziemlich genau beſtimmen. In einem Lande, welches außer dem Capitel Stände enthält, iſt das Capitel der erſte unter ihnen, und als ſolcher ſtehen ihm gewöhnlich gewiſſe Vorrechte zu, die von den übrigen Ständen nicht beſtritten werden, z. B. das Directorium des Lantags [a]), eine Prädeliberation von der Ausſchreibung deſſelben ſo wohl über die Zeit als den Ort, wenn und wo der Landtag Statt haben ſoll. Alle übrige Rechte aber hat das Capitel in dieſem Falle mit den übrigen Ständen gemein [b]), ohne daß es ſich einfallen laſſen darf, eine von den übrigen verſchiedene Stimme zu behaupten, oder der Sache durch die ſeinige den Ausſchlag geben zu wollen [c]).

Eh

a) Cöllniſche Erblandesvereinigung Art. 15.

b) Strubens Nebenſtunden 1. Th. 1. Abth. §. 10. *Ludewig* in Praeſat. ad T. VII. Rel. Mſſ. §. 17. Hr. Prof. Weſtphal a. a. O. S. 515.

c) S. das gelehrte Reſponſum der Helmſtädtiſchen Facultät in Strubens Nebenſt. 1. Th. S. 49.

Ehe ſich die Landſchaften zu ihrer heutigen Geſtalt bildeten, hatten die Capitel ſchon ihre collegialiſche Verfaſſung, und als geiſtliche Körper, die aus den vorzüglichſten adlichen Geſchlechtern des Stifts zuſammen geſetzt waren, das größte Anſehen im Lande; ſo daß die übrigen Stände größten Theils von ihnen abhiengen, oder durch ſie ihre Rechte ausüben ließen. Sie hatten alſo weniger Urſach ſich in ein Ganzes zu ſammlen, und in ſpätern Zeiten waren ſie zu ſchwach dies zu bewerkſtelligen. Daher kömmt es, daß in vielen Stiftern, ungeachtet ſie mit Adel angefüllt waren, dennoch keine Landesſtände zu finden ſind [d]), und daß die Capitel in denſelben meiſtentheils deren Stelle vertreten. Auffallend ſonderbar iſt es aber, daß in einem Lande wie Würzburg, welches eine ſo anſehnliche aus Grafen, Prälaten und Ritterſchaft bis ans Ende des 17ten Jahrhunderts beſtehende Landſchaft hatte [e]), dieſe es für gut fand dem Capitel ihre Rechte abzutreten [f]). Hätte aber auch ein Capitel dieſes Repräſentationsrechts wegen keine beſonderen landsſtändiſchen Rechte; ſo repräſentirt es doch die Unterthanen in ſo fern, daß es, als der vorzüglichſte Theil derſel-

 ben,

---

d) Im Erzſtift Mainz, Hochſtift Paſſau, Regenſpurg, Speier, Worms und Würzburg. Moſer von der teutſchen Reichsſtände Landen S. 370.

e) Moſer a. a. O. S. 371.

f) Ich erkläre mir dieſes Ereigniß ſo: daß, da die Ritterſchaft nach der Unmittelbarkeit ſtrebte, und ſich nach und nach der Landsſtandſchaft entzog, ihr das Capitel nichts dagegen in den Weg legte, und ſo eine Hand die andere wuſch.

ben, allen Mißbräuchen der Regierung vorbauen kann g).

§. XXXIV.

Aus der Landsſtandſchaft der Capitel folgt von ſelbſt, daß ſie keinen Staat im Staate ausmachen, ſondern daß ſie, wie alle übrige Landesſtände, landſäßig, und der Landeshoheit ihres Fürſten vollkommen unterwürfig ſind. Man darf nur auf ihre Entſtehung zurückgehen, um ſich von der ſträngſten Unterwürfigkeit, in der ſie gleich anfangs unter den Biſchöfen geſtanden haben, zu überzeugen. Von dieſer Verbindung kommen ſie nicht einmal während der Stuhlserledigung los, ſondern ſind nur, in ſo fern ſie das Reichsland repräſentiren, unmittelbar: in ihren Privatſachen hingegen bleiben ſie nach wie vor den landesherrlichen Collegien untergeordnet [a]). Ein Wunder iſt es freilich nicht, daß ſie ſich durch das eingebildete Grundeigenthum verleitet, da, wo ihnen vogteiliche oder Patrimonial- und Forſtgerichtsbarkeit, wie jedem andern Landſaſſen zuſtand, eigene Landeshoheit anmaßten, die ſie unter mancherley Benennungen, z. B. Erbherrlichkeit, Botmäßigkeit und wahre Unterſigkeit [b]) zu behaupten, und ihre Anerkennung durch Wahl-

g) Reichshofraths-Concl. Contra das Domcapitel zu Speier vom Jahr 1774. n. 6. 4to.

a) *Reinking* de Regimine ſec. & eccl. L. I. Claſſ. V. C. X. n. 19. *Meichſner* Dec. Camer. T. III. DLXXVII. n. 4. *Ickſtatt* a. a. O. §. 69.

b) In einem Schreiben des Domcapitels in Bamberg an den Biſchof de dato Bamberg ex Capitulo Camerae den 7 Dec.

Wahlcapitulationen zu erhalten ſuchten: daß ſie aber in unſern Tagen ſich dieſes Gedankens noch nicht entſchlagen können, nachdem ſie durch ſo viele ältere c) und neuere d),

F 4 geiſt-

7 Dec. 1738 heißt es: Wir haben mit unſerer äußerſten Befremdung in zuverläſſige Erfahrnüs gebracht, was geſtalt Nahmens Ewer Hochfürſtl. Gnaden ſo wohl ad valvas eccleſiae des Stifts, als auch an das Thor und in dem Bezirk unſerer Immunität ad St. Stephanum ein ausführliches Patent — angeheftet worden ſey, in welchem die unſrige Domcapitelſche Rechte und Gerechtſame unſerer Immunität nicht nur allein, ſondern auch unſere alte mit Päbſtlichen und Kaiſerlichen Privilegiis, Handveſten, — per Receſſus, — per Juramenta epiſcopalia toties, quoties, und von Ewr. Hochfürſtl. Gnaden ſelbſten mediante Juramento Epiſcopali und ſonſten Heilig-gethanenen Zuſag beſchworne und beſtätigte Vorrechten, Freyheiten, Vorzüglichkeiten und Muntäten, wie von Saeculis rechtlich hergebracht — auf das härteſte zu beeinträchtigen die uns in Gremio, als denen ihrigen alleinigen natürlichen Erbherren, und ihr von Gott vorgeſetzten Obrigkeit Erbgehuldigte und von unfürdenklichen Jahren her mit Botmäßigkeit einer wahren Unterwürfigkeit, Steuer, Muſterung, Reis und Folge eigentlich zugethanene wahre Unterthanen, Bürger, Innwohner und Innſaſſen unſerer Stephaniter Immunität durch Bedrohung ſchwerer Strafe abzuziehen. — Grundſame Facti ſpecies in vermeintlichen Streitſachen des Bamberg. Domcapitels contra Se. Hochfürſtl. Gnaden daſelbſt Beyl. LXVI.

c) Unter die älteſten gehören Pabſts Bonifazius und K. Sigismunds Verordnungen wegen der Immunitäten in Bamberg von 1431 bis 1433 in der oft angezogenen Deduct. Prüfung ꝛc. Beyl. 146. 148. 149. 150. 151.

d) Reichs-Kammergerichts-Sentenz vom 8 Nov. 1782. In Sachen des Domkapituls zu Hildesheim wider Fürſtl. Hil-

geiſtliche und weltliche richterliche Ausſprüche zurecht gewieſen ſind, iſt in der That auffallend.

§. XXXV.

Mit Recht iſt man daher auf jeden Titel, den ſie ſich beylegen, aufmerkſam, ob unter ihm nicht etwan die ſo ungern vermißte Grundherrſchaft verborgen liege. Ein ſolches Mißtrauen erregte in unſern Tagen das Prädicat gebohrner Senat (Senatus natus). Daß dieſer Ausdruck auf die Weltlichkeiten ganz und gar keinen Bezug haben, und kein Conſeil permanent bezeichnen dürfe, wird hoffentlich in dem Vorhergehenden ſattſam aufgeklärt seyn. Eine andere Frage iſt es aber; ob das canoniſche Recht die Capitel zu dem Gebrauch deſſelben berechtige, und was unter demſelben geſetzlich verſtanden werden müſſe? Nach der älteſten Kirchenverfaſſung hatte die geſammte Stiftsgeiſtlichkeit, deren Stelle in der Folge das Capitel einnahm, das Recht, daß der

---

Hildesheimiſche Regierung und das Amt Steuerwalt appellationis

Iſt erkannt, daß appellantiſche fürſtl. Regierung bey Durchziehung des Domkapituliſchen Amts Marienburg mit oder ohne Bedeckung auch ſonſtiger Ausübung blos landesherrlicher Befugniſſen, appellantiſches Domkapitul zu requiriren nicht ſchuldig; demnächſt Letzteres künftig zu mehrerem Reſpect für ſeinen Fürſten und Landesherrn anzuweiſen, jedoch aber bewandten Umſtänden nach mit der wegen vereitelten Execution der Neuſtadt Hildesheim, ihm von fürſtl. Regierung angeſetzten Strafe zu verſchonen ſey; als wir hiermit erkennen, reſpective anweiſen und verſchonen.

der Biſchof in allen wichtigen Kirchenangelegenheiten mit ihnen gemeinſchaftlich zu Werke gehen mußte. In der Folge hat das canoniſche Recht, wegen den hierüber häufig entſtandenen Streitigkeiten der Biſchöfe mit ihren Capiteln, die Fälle genauer beſtimmt, in welchen der Biſchof an die Einwilligung des Capitels gebunden ſeyn ſolle. Außer dieſen Fällen, wo die Einwilligung des Capitels zur Rechtsbeſtändigkeit einer Handlung nicht nothwendig iſt, hält es das päbſtliche Recht für billiger, daß der Biſchof eher das Capitel als Fremde zu Rathe ziehe. Dies iſt der wahre Sinn des ſo berühmten cap. 4. X. de his quae fiunt a Praelato ſine Capit. Conſenſu, aus dem man wegen der in demſelben enthaltenen bildlichen Vorſtellung von Haupt und Gliedern, eine Vorſtellung, die ſchon zu ſo manchen Streitigkeiten in der Kirche Veranlaſſung gegeben hat, ich weis nicht welche Folgen alle zum Beſten der Capitel hat herleiten wollen. In dieſem Verſtande, ſagt auch die trientiſche Kirchenverſammlung im 12ten Capitel der 24ten Seſſion von dem Capitel: ut eccleſiae Senatus dici poſſit. So lange alſo unter dieſen Senatsbefugniſſen keine andere als ſolche verſtanden werden, die ihnen in bloß kirchlichen Angelegenheiten in dem geiſtlichen Rechte zugebilligt ſind, halte ich die Capitel zu dieſer Benennung für berechtigt. Das Speierſche Domcapitel erklärte ſich in ſeiner Paritionsanzeige ad Concl. von 28ten Aug. 1781 S. 17 alſo:

Das Domcapitel wird die allerhöchſte Erklärung, der gebohrne Senat ſey ein ungegründetes Principium, zur unverbrüchlichen Masregel nehmen, bey alltäglichen und ſo weit unwichtigen Hochſtiftsſachen, daß weder

die gemeinen Geſetze, weder die beſondere Verfaſſung des fürſtlichen Hochſtifts Speier hiezu die domcapitulariſche Berathung und Einwilligung erfordert habe. Jedoch denkt es zugleich der allerhöchſten Willensmeinung Ew. Kayſerl. Maj. ganz gemäß zu handeln, wenn daſſelbe künftighin die ihm zuſtehenden Senatsbefugniſſe, nur für jene Fälle behaupten und wahren wird, wo entweder die canoniſchen Kirchengeſetze, oder ein beſonders Hochſtiftsherkommen und unangefochtene Kompactata, oder der offenkundig werdende, allenfalls auch nur höchſt wahrſcheinliche Fehlgang eines zeitlichen Biſchofs, des Domcapitels Beyrath, ſeine Einwilligung, oder erhebliche Erinnerungen nothwendig machen.

Wie wenig aber der Reichshofrath mit dieſer ſchwankenden Erklärung zufrieden geweſen ſeye, zeugt deſſen Concl. von 29ten Aug. 1786.

IIdo. Mit Verwerfung der abermaligen unzulänglichen Paritionsanzeige und des überflüſſign Declarationsgeſuchs, detur dem impetrantiſchen Domcapitel in Anſehung der von Kaiſerl. Maj. zur unabweichlichen Richtſchnur feſtgeſetzten Gränzen der Domcapitliſchen poteſtatis adminiſtratoriae ſede vacante, und des unterſagten gänzlichen Gebrauchs der Ausdrücke, gebohrner Senat auch Erb- und Grundherrſchaft, ex officio terminus duorum menſium, um innerhalb deſſelben kaiſerlicher Maj. beſtimmt anzuzeigen, wie Capitulum, dem wirklichen Inhalt der kaiſerl. Vorſchrift vom 28 Aug. 1781 durchaus nachzuleben bereit ſey: Unter der Verwarnung, daß anſonſten die angedrohte Sequeſtration der Präbendalreve-

revenüen wirklich erkannt ſeyn, und diesfalls Commiſſio Caeſarea auf den Hrn. F. Biſchofen expedirt werden ſolle [a]).

§. XXXVI.

Von einem ſo geſetzwidrigen Grunde, auf den die Wahlcapitulationen der Domcapitel gebaut ſind, läßt ſich auf die Gebäude ſelbſt kein vortheilhafter Schluß machen. Die Richtigkeit dieſer Folgerung bewähren auch die mehrſten, ich kann faſt ſagen alle Wahlcapitulationen. Ehe ich mich aber auf den Beweis dieſer Behauptung näher einlaſſe, will ich zuforderſt über das Capitulationsrecht ſelbſt die nothwendigſten Bemerkungen vorausſchicken. Sie betreffen die Fragen; ob den Domcapiteln das Recht, Wahlcapitulationen von den Neuerwählten beſchwören zu laſſen, zuſtehe? und wie in dieſem Falle die Wahlcapitulationen beſchaffen ſeyn müſſen? Die Beantwortung der erſtern hängt von der Sonderung der drey oben angegebenen Fälle ab, nach welchen das Capitel entweder Stände neben ſich hatte, oder keine: im letztern Falle vertrat es entweder die Stände dadurch, daß es gewiſſe hergebrachte landsſtändiſche Rechte ausübte, oder es wurde bloß als Unterthan betrachtet, der ſeine Mitunterthanen gegen die Mißbräuche der Regierung in Schutz nehmen konnte. Sind außer dem Capitel Stände vorhanden, dann entſtehen wiederum zwey Fragen; wie kann das Capitel mit, oder ohne dieſelben den lan=

---

a) In Hrn. Hofraths Schlözer Staatsanzeigen IX. 35. S. 320.

Landesherrn durch Verträge verbinden? In Verbindung mit den übrigen Ständen konnte das Capitel in jenen Zeiten, in welchen die Landeshoheit noch nicht zu ihrer Vollkommenheit gediehen war, freilich mehr bewirken als in unſern Tagen bey ſo beſtimmten und genau bewachten Gränzen derſelben. Sie und die ſtändiſchen Rechte hatten eine Quelle und wuchſen in fortdaurender Verbindung zu ihrer heutigen Geſtalt. Es läßt ſich daher ſo wenig ſagen, daß die Landeshoheit durch die Gerechtſamen der Stände Abbruch gelitten habe, ſo wenig man behaupten kann, daß zwey aus einer Quelle entſpringende Flüſſe einander Abbruch thun; jeder derſelben hat ſeinen Zufluß mit gleichem Rechte, und was der eine hat, kann der andere nicht haben. Dasjenige alſo, was die Stände aus dieſen Zeiten hergebracht haben, beſitzen ſie mit ſo gutem Rechte als die Landesherren ihre Hoheit; mithin müſſen ihnen jede erlaubte Mittel verſtattet ſeyn, vermöge welcher ſie ſich bey ihren Rechten zu erhalten ſuchen. Das natürlichſte iſt aber wohl dieſes, daß ſie ſich von demjenigen, der ihnen in Anſehung dieſer Gerechtſamen den mehrſten Eintrag thun kann, verſprechen laſſen, daß er ſie bey denſelben ungeſtöhrt verbleiben laſſen wolle. Hierauf gründet ſich das allgemeine Herkommen in Deutſchland, daß ſo wohl erbliche als Wahlfürſten bey dem Antritt ihrer Regierung den Ständen die Aufrechthaltung ihrer Rechte und Freiheiten zuſichern. In dieſer Hinſicht wird daher wohl niemand dem Capitel und Ständen vereint das Recht bezweifeln, daß ſie dem Neuerwählten unter dem Titel Wahlcapitulation, Erblandesverein ꝛc. ihrer hergebrachten Rechte wegen ein ſolches Verſprechen, auch eidlich, ablegen laſſen.

So

So lange von hergebrachten Rechten der Unterthanen die Rede iſt, hat dies ſeine unbezweifelte Richtigkeit; weit mehreren Schwierigkeiten iſt hingegen die Frage unterworfen; ob ſich die geſammten Stände noch nicht gehabte Rechte in dergleichen Wahlverträgen ausbedingen könnten? Deutſchlands Fürſten ſind keine Souveraine, denen die Nationen bey ihrer Einſetzung Bedingungen machen können, welche ſie wollen: in den deutſchen Staaten erhalten die Regenten ihre Regierungsrechte von einer höhern Macht, die ſich an denſelben das Obereigenthum und die aus demſelben entſpringenden Rechte vorbehält. So wenig aber jemand, dem das nutznießliche Eigenthum einer Sache zuſtehet, mit derſelben etwas zum Nachtheil des Obereigenthümers vornehmen darf, eben ſo wenig können die deutſchen Fürſten zum Nachtheil des Reichs ihre Regalien ſchmälern laſſen. Liefen nun die Rechte, welche ſich die Unterthanen bey der Wahl ausbedängen, auf eine wirkliche Schmälerung der Landeshoheit hinaus; ſo folgte von ſelbſt, daß dergleichen zum Nachtheil des Reichs eingegangene Wahlverträge ohne deſſen Beſtätigung von keiner Gültigkeit ſeyn müßten. Dies iſt des Hrn. v. Ickſtatts [a]) Lehre, mit der ich in ſo fern einſtimmig bin, daß wenn es anders noch Sitte in Deutſchland wäre, daß die geſammten Unterthanen ihren Fürſt-Biſchöfen Wahlverträge vorlegten [b]), es leicht dahin

a) Vindiciae territorialis Poteſtatis adverſus Capitulationum, Compactatorum & literarum reverſalium abuſus in J. G. Principatibus paſſim inoleſcentes. Monachii & Ingolſtadii 1759.

b) Hiervon iſt noch die eidliche Verſprechung der Aufrechthaltung

dahin kommen könnte, daß ſie ſich mit ihnen in die Landeshoheit zu theilen Luſt kriegten, und daß dies ſo wohl nach geiſtlichen als weltlichen Geſetzen unerlaubt ſeyn und dieſelbigen Vorkehrungen nöthig gemacht haben würde, die man in Anſehung der Capitel hat treffen müſſen. Wenn er aber dieſe Sätze auf Landesverträge und Reverſalien ausdehnt, ſo mag dies freilich nach dem Longobardiſchen Lehnrechte ſchulgerecht ſeyn; ich habe aber ſchon im Vorhergehenden erinnert, daß nichts fehlerhafter ſey, als das nutznießliche Eigenthum der Reichsſtände mit dem des Longobardiſchen Lehnrechts zu vergleichen, und die Entſcheidung der hiebey vorkommenden Fragen aus dieſer Quelle zu ſchöpfen, wenn das unbezweifeltſte Herkommen, die wichtigſte Quelle unſers Staatsrechts, entſcheidende Auskunft giebt. Nach demſelben iſt es von jeher keinem Zweifel unterworfen geweſen, daß nicht Verträge zwiſchen Herrn und Unterthanen und Reverſalien als Landesgründgeſetze gelten ſollten: und da des Reichs Oberlehnsherrlichkeit eher durch ſie gewinnt als verliehrt, haben die höchſten Reichsgerichte niemals Bedenken getragen, wenn ſie nicht offenbar reichsverfaſſungswidrig waren, ſie für ſolche anzuerkennen c).

Gewöhnlich pflegen aber die Capitel ihre Wahlcapitulationen ohne Zuziehung der übrigen Stände zu entwerfen: in ſo fern dieſe nichts, was den geiſtlichen und

---

tung der perpetuirlichen Wahlcapitulation und der Landesfreiheiten, die ein jedesmaliger Biſchof von Osnabrück thun muß, ein Ueberbleibſel.

c) Moſer von der deutſchen Reichsſtände Landen ꝛc. Cap. 7. 8. Deſſelben neueſte kleine Staatsſchriften S. 292. ſq.

und weltlichen Geſetzen entgegen iſt, enthalten, und Nebencapitulationen durch keine Grundgeſetze verboten ſind, ſind die Capitel durch Reichsgeſetze [d]), oberſtrichterliche Entſcheidungen [e]) und das offenkundigſte Herkommen durch alle Hochſtifter in dem Beſitze dieſer Befugniß.

§. XXXVII.

In denjenigen Hochſtiftern, in welchen ſich außer den Capiteln keine Landſchaft vorfindet, und in welchen, wie es der gewöhnlichſte Fall iſt, die Capitel beſondere Vorrechte auf eine gültige Weiſe hergebracht haben, iſt es ihnen gleichfalls vergönnt, ſich dieſelben in den Capitulationen beſtätigen zu laſſen. Eben ſo ungeſtöhrt müſſen ſie hingegen auch die biſchöflichen Rechte laſſen, zu deren Schmälerung ſie ſo wenig durch die geiſtlichen Geſetze, denen jede Simonie ſo verhaßt iſt, als durch die weltlichen berechtigt ſind. Sie vertreten nur die Stelle der Landſchaft in ſo weit ſie dieſes Repräſentationsrecht hergebracht haben: im übrigen hat ihr Körper keine

---

d) I. P. O. Art. V. §. 17.

e) Reichshofraths-Concl. contra das Domcapitel in Speier ad n. IV. In Betref der fürſtl. Wahlcapitulationen laſſen es kaiſerl. Maj. zwar ad art V. bey der von dem Hrn. Biſchof ertheilten und zugeſicherten Confirmation der bereits vorhandenen und etwa in Zukunft nützlich zu errichtenden capitulariſchen Statuten, jedoch anders nicht, als daß dieſelben ihrer K. M. zur Bewilligung und Beſtätigung vorgelegt werden ſollen, auch allerhöchſt Ihro und des Reichs Gerechtſame tam pro praeterito quam futuro in allen unnachtheilig, bewenden.

keine andere Rechte als jeder einzelne Unterthan, der ſich auf keine geſetzwidrige Weiſe und eigenmächtig Vorrechte vor den übrigen beylegen darf.

Daſſelbige gilt auch in dem Falle, wenn dem Capitel, außer den gewöhnlichen Rechten der Unterthanen, keine beſondere Vorrechte zuſtehen ſollten. Dadurch aber, daß in jedem Falle die Capitel die beſtändige Controlle der Landesregierung ſind, erhält ſich die krummſtäbiſche Regierung immer noch bey jenem Vorzuge, daß es ſich unter ihr gut wohnen laſſe.

Hier kann ich eine Frage, die das Repräſentationsrecht der Capitel noch mehr ins Licht ſetzt, nicht unberührt laſſen; ob in dem Falle, wenn das Capitel das Recht hergebracht hat, daß ohne ſeine Bewilligung keine Steuer aufgelegt werden darf, dieſes ſo viel heißen könne, daß der Biſchof mit deſſen Einwilligung ſo viel und ſo oft die Unterthanen beſteuren könne, als er wolle? Meines Erachtens ſind dies zwey ganz verſchiedene Rechte; das erſtere iſt eine ausdrückliche Ausbedingung deſſen, was dem Capitel ſchon an ſich als Unterthan zuſtehet; letzteres aber beruhet auf einer wirklichen Repräſentation der Landſchaft; kann dieſe nicht erwieſen werden, ſo kann der Wille eines Unterthanen den übrigen keine Laſt aufbürden.

§. XXXVIII.

Hieraus läßt ſich nun mit leichter Mühe die Regel abnehmen, wie eine Wahlcapitulation, wenn ſie rechtsbeſtändig ſeyn ſoll, beſchaffen ſeyn müſſe. Sie darf nichts enthalten, was den geiſtlichen und weltlichen Ge-

ſetzen

ſetzen und der Landesverfaſſung entgegen iſt [a]). Dieſe Regel, ſo alt ſie iſt, ſo wenig iſt ſie doch bisher beobachtet worden, indem ſich kein biſchöfliches Recht ſo wenig im Geiſtlichen als im Weltlichen auffinden läßt, welches nicht durch Wahlcapitulationen zum Vortheil der Capitel eingeſchränkt wäre. Ich will hier einen Mann reden laſſen, der jedem ſeiner Unpartheilichkeit wegen auch nach ſeinem Tode verehrungswürdig ſeyn muß. Moſer ſagt [b]): „Alle hierüber ergangene Verordnun„gen haben bishero noch ſchlechte Wirkung gehabt; ſo gar, „daß mich ein gewiſſer geiſtlicher Reichsfürſt verſicherte, „es ſeyen in ganz Deutſchland nur noch drey mir be„nahmste Erz- und Biſchöfe, welche noch einiger maßen „in

a) Hr. G. J. R. Pütter in der hiſtoriſchen Entwickelung der heutigen Staatsverfaſſung 2. Th. S. 173: Sofern eine biſchöfliche oder erzbiſchöfliche Wahlcapitulation nur ſolcher Verſprechungen, die blos dem wählenden Domcapitel zum Vortheil gereichen, ſich enthält, und nur auf ſolche Dinge, die der Verfaſſung unſerer teutſchen Länder und der catholiſchen Kirche ohnedem gemäß ſind, ſich einſchränkt; ſo iſt dabey nichts zu erinnern. Buoer in der Diſſ. de Capit Epiſcop. Germ. p. 60. iſt viel weitſchweifiger, er erfordert zur Gültigkeit einer Capitulation 1) ut ſit rationabilis cap. ult. in fin. X. de Conſuet. 2) nec legibus adverſa 3) ut ne ſit contra inſtituta canonica can. 2. diſt. XI can 3. diſt. XII. c. 4. X. de off. Archidiac. c. 4. X. de Reſcript. c. 3. X. de Conſuet. 4) ut ab eccleſia non improbata, nec tertio in jure quaeſito contraria ſit c. 6. X. de Conſuetud. 5) praecipue ut ne jura publica gravet principis C. 6. X. de Conſuetud. 6) ut non ſit interrupta ſed continua c. 7. X. de Conſuetud.

b) im perſönlichen Staatsrechte 1. Th. S. 124.

Bayerische Staatsbibliothek München

„in publicis &c. freye Hände hätten, die Andere alle „müßten thun, was ihre Capitul wollten: Dann will gleich „ein ſolcher Herr ſeine Capitulation anfechten, ſo koſtet es „ihn doch großes Geld, zu Rom einen Spruch zu erhal„ten, und er macht ſeine Familie ſo odios, daß er ſie „damit von allen Wahlen excludirt. Er comportirt ſich „alſo meiſtens lieber taliter qualiter mit dem Capitul, „und dieſes nimmt es auch nicht ſo genau, weil es weiß, „wann es zur Contradiction kommt, beſtehe doch das „ganze Werk nicht. Wie es ſich aber auf beiden Seiten „mit dem Gewiſſen und Jure, auch dem Gehorſam ge„gen den Pabſt reime? weiß ich nicht. Indeſſen hat „das Reich großen Schaden davon, daß die Erz- und „Biſchöfe von ihren Capituln ſo eingeſchränkt werden.“

Dies mußte nothwendig die höchſten Oberhäupter der Erz- und Biſchöfe auf ein Mittel bedacht machen, durch welches dieſem Uebel abzuhelfen wäre. Man fand ſolches in der Form, die man den Capitulationen vorſchrieb, daß ſie eher nicht die geringſte Verbindlichkeit haben ſollten, bis ſie dem Pabſt was die Geiſtlichkeiten anbetrift, und dem Kaiſer wegen der Weltlichkeiten zur Beſtätigung wären vorgelegt worden. In der berühmten Bulle Innocenz XII. heißt es: Quae vero, electione ſeu poſtulatione hujusmodi ſecuta, quomodolibet iniri, condi, ſeu fieri contigerit, ad nos, ſeu eundem Romanum pontificem, pro tempore exiſtentem, quam primum deferri atque ita noſtro & ſedis apoſtolicae judicio ſubjici, praecipimus, ſuſpenſa interim eorum omnium & ſingulorum executione, donec & quousque ab eadem Sede, ſine cujus autoritate nihil omnino

in

in ſimilibus paciſci fas eſt, Apoſtolicae confirmationis robur in totum vel in partem receperint. Eben dieſes enthält die kaiſerliche Reſolution an den päbſtlichen Nuntius vom 9ten Febr. 1695: ita etiam ſua ex parte iſtiusmodi Capitulationes eae caeſarea ſacri imperii jura & regalia, reditus menſales & provinciales imperii collectas, foederum legationumque jura vel alia temporalia reſpiciunt, haudquaquam pro validis & legitimis haberi debeant, niſi hiſce in paſſibus Romanorum Imperatori pariter transmiſſae atque pro rerum exigentia ratihabitae & confirmatae fuerint. Imgleichen das kaiſerl. Reſcript vom 11 September 1698 an den Biſchof in Würzburg: „Geſtalten wir alles das, „was dieſem Verbot entgegen, vor oder nach denen „Wahlen oder Poſtulationen geſchehen möchte, jetzt als „dann und dann als jetzt, für null, nichtig und kraftlos „erklären, auch mit gleichmäßiger abrogation, deren „in Eingangs gemeldten päbſtlicher Bulla enthaltenen „Gegenbehelfen, bey unſern und des Reichs höchſten und „andern Gerichten hierauf nicht erkennen, ſondern ſol„ches alles ohne Effect, Execution und Wirkung ſo lan„ge überlaſſen werden, bis ein erwählter oder poſtulirte „Biſchof zu Würzburg neben dem Capitulo dergleichen „Capitulationes, Concordata, Beding und Vergleich „zu unſer kaiſerlichen Erkenntniß eingeſchickt, und wir „dieſelben wirklich confirmirt haben." Vergl. mit dem Reichshofraths-Concl. contra das Domcapitel zu Speier c). Dieſes Erforderniß iſt in jedem Falle nöthig,

 die

c) S. §. XXXVI. n. e.

die Wahlcapitulation mag dem Inhalt nach auch noch ſo geſetzmäßig abgefaßt ſeyn, weil man alle Wege, die auf Mißbräuche führen konnten, abſchneiden wollte. Da es alſo lediglich auf das kaiſerliche Ermeſſen ankommt, in wie fern die biſchöfliche Gewalt nach Umſtänden eingeſchränkt werden kann, auch der Kaiſer in dem angezogenen Reſcript die Verſicherung giebt: „Daß wir in Examinirung dergleichen uns eingeſchickten Capitulationen, „uns dergeſtalt erklären werden, daß der Biſchof und das „Capitulum, unſer ihnen zutragende kaiſerliche Clemenz, „nach Geſtalt der Conjuncturen und Umſtände genugſam „zu verſpühren, folglich ſich zu beſchweren keine befugte „Urſache haben werden;“ ſo iſt leicht zu erachten, daß es häufige Ausnahmen von der obigen Regel, den Inhalt der Wahlcapitulation betreffend, geben könne.

Dritter Abſchnitt.

Anwendung dieſer Grundſätze auf einige in den meiſten Wahlcapitulationen eingeſchränkte Hoheitsrechte.

§. XXXIX.

Daß von allen mir zu Geſicht gekommenen Wahlcapitulationen keine einzige ganz genau mit dieſen zur Rechtsbeſtändigkeit derſelben erforderlichen Grundſätzen übereinſtimme, iſt im §. XXXVI. erinnert. Hier will ich dieſe

ſe Behauptung erweiſen, und zwar ſo, daß ich die in den merkwürdigſten Wahlcapitulationen enthaltenen Einſchränkungen der Hoheitsrechte angebe, und zugleich bemerke, in wie fern die Capitel nach den in dem XXXVI. und XXXVII. §. enthaltenen Fällen zu dergleichen Einſchränkungen berechtigt ſind, oder nicht. In ſo fern halte ich dieſe Bemühung nicht nur nicht für überflüſſig, ſondern ſo gar in Anſehung deren, die eine minder ausgebreitete Wahlcapitulations-Lectüre haben, zur Beurtheilung der obigen Sätze für unentbehrlich. Zwar haben **Ickſtatt** [a]) und **Struben** [b]) ſchon eine ähnliche Arbeit unternommen; beyde ſind aber in Anſehung ihrer Grundſätze ſo wohl als ihres Zwecks ganz von einander verſchieden; beyde haben einen von dem meinigen verſchiedenen Gang, und ſeit ihren Zeiten ſind viele oberſtrichterliche Entſcheidungen bekannt geworden, welche in ähnlichen Fällen zur Richtſchnur dienen. Aus den Wahlcapitulationen wähle ich mit Fleiß nur ältere, oder ſolche, deren Gebrechen durch richterlichen Ausſpruch ſchon geheilt ſind; und in Rückſicht der Hoheitsrechte wird mir hoffentlich keine ſyſtematiſche Ordnung zugemuthet werden.

§. XL.

In allen Wahlcapitulationen [a]) findet man, was die Regierungsrechte anbetrift, entweder im Eingange

---

a) Vindiciae territorialis poteſtatis &c. §. 32. ſqq.

b) Von der teutſchen Domcapitul Erb- und Grundherrſchaft im 1ſten Th. der Nebenſtunden 1. Abh. §. 12. u. f.

a) Würzburgiſche Art. 12. *Lünig* Select. Script. illuſtr. p. 474. Hildesheimiſche v. J. 1688. *Lünig* T. II.

oder am Ende einen Generalartikel, der ſie ſammt und ſonders der capitelſchen Concurrenz unterwirft. Nach der Bambergiſchen b) lautet er alſo: Art. 47 „Alle nego„tia ardua ſollen mit Einwilligung des Domkapitels ver„handelt werden, worunter ſo wohl die Politica, Mili„taria als Oeconomica, mithin koſtbare Luſtgebäude, „Livreen, Landreyßen, Verſchickung der Reichs- und „Kreisgeſandten, wozu ein Domcapitular jederzeit ſolle „gebraucht werden, wie auch die Ziehung des Landaus„ſchuſſes und anderer Völker außer Land verſtanden seyn „ſoll." Die Würzburgiſche W. C. giebt den Begrif, was unter dem Capitulations-Kunſtwort res arduae zu verſtehen ſey. Arduae ſunt & intelliguntur negotia ea resque omnes quovis nomine excogitandae, quae juxta ſui proprietatem & naturam Epiſcopatui prodeſſe, obeſſe, praejudicio & periculo eſſe, vel Capitulo cathedrali praejudicare poſſunt. So wäre denn nichts auszudenken, woran nicht der Biſchof das Capitel Theil nehmen laſſen müßte? Daß eine ſolche allgemeine Einſchränkung aber nicht Statt haben könne, fällt durch das Vorausgeſchickte von ſelbſt in die Augen. Wie und wann bey den einzeln Rechten eine Einſchränkung von Seiten der Capitel Platz greifen könne,

---

Spic. eccl. p. 1117. Die W. C. Erzb. Max. Heinrich von Cölln verglichen mit denen der Erzbiſchöfe Joſ. Clem. und Clem. Aug. Art. 9. in den Materialien zur geiſtl. und weltl. Statiſtick des niederrheiniſchen und weſtphäliſchen Kreiſes 1. Jahrgang (1781.) S. 276. Die Joſ. Clementiniſche findet man auch in der Literatur und Völkerkunde 1784. IIter B. S. 119.

b) Bamberg. Deduct. Prüfung ꝛc. S. 655.

könne, will ich durch die Zergliederung dieſer Artikel zeigen.

Unter die Politica gehört wohl hauptſächlich die Geſetzgebung. Die Bamb. W. C. erwähnt derſelben Art. 39; „Es ſollen auch keine landesherrliche Verord„nungen ohne Verwilligung des Domcapituls verkündigt „werden.“ Da dieſes Recht ein unmittelbarer Ausfluß jenes weſentlichſten Hoheitsrechts, der höchſten Einſicht, iſt; ſo folgt von ſelbſt, daß diejenigen, welche eine Theilnehmung an demſelben oder deſſen Einſchränkung behaupten, dieſes Vorgeben erweiſen müſſen c). Iſt das Capitel Mitſtand oder alleiniger Landsſtand, ſo kann es ſeyn, daß es als ſolcher dieſe Befugniß auf eine gültige Weiſe hergebracht hat, und dann kann es ſich dieſelbe in der Capitulation beſtätigen laſſen. Sollte dies aber der Fall nicht ſeyn, ſo ſind die Wahlcapitulationen der Weg nicht, wie es zu derſelben gelangen kann. Aus dieſen Gründen reſcribirte der Reichshofrath zum 22ten Art. der Eichſtettiſchen W. C. „habe der Hr. Biſchof ſo wohl als „das Capitel näher zu erläutern, warum bey der vorhin „errichteten Policeyordnung ein Bedenken obwalte, ſo, „daß deren Abänderung nöthig ſeyn wolle? Dann aus „was Urſachen das Domcapitul vermeine, daß zu der Er„richtung einer ſolchen landesherrlichen Vorſehung deſ„ſen Wiſſen und Bewilligung zu erforderen ſeyn wolle?“ Würden durch landesherrliche Verordnungen die Rechte

 der

c) Hr. G. R. von Selchow in der juriſt. Bibliothek 3. B. S. 238. Struben Obſervat. IV. §. 15. Cramers wetzlarſche Nebenſt. Th. 104. n. 127.

der Unterthanen gekränkt, dann hat das Capitel als Unterthan das Recht, ſich über den Mißbrauch der geſetzgebenden Gewalt zu beſchweren.

§. XLI.

Das nämliche gilt auch von dem landesherrlichen Rechte die Landesbedienten zu ernennen, und ihnen ihren Wirkungskreis anzuweiſen (jus munerum). Nur in wenigen Fällen pflegen die Landsſtände in manchen Ländern ein Präſentations- oder Ernennungsrecht zu haben; hieher rechne ich die Präſentation einiger Beyſitzer zu den höhern Juſtitzcollegien und die Ernennung der Steuerbedienten. Die Beſetzung aller übrigen civil und militair Stellen kömmt dem Landesherrn allein zu, ohne daß ſich die Capitel in den Wahlcapitulationen einen Theil an derſelben beylegen dürfen. Nun urtheile man über folgende Stellen ſelbſt. Würzburg. W. C. Art. 13 Aulae Praefectus, Marſchallus, venatorum Magiſter, ſtabuli Praefectus, ſuperior Vogtetus, Gubernatores, caeterique officiales majores quocunque nomine appellentur, ſuſcipientur cum conſenſu & ſcitu capituli eique juramento, tenore in fine conjecto, ſe obſtringant. Art. 14. Pariter alii miniſtri & conſiliarii nobiles & juris Doctores, utpote Cancellarius, Vicecancellarius, ſupremus Praetor civitatis, camerae ſeu aerarii Praefectus & Director cum aliis ibidem ſupremis Miniſtris, cum conſilio capituli recipientur, cui pariter ſicut & nobis curabimus juramentum praeſtari. Zu einer ähnlichen Ausbedingung in der Eichſtettiſchen Wahlc. reſcribirte der Reichshofrath: „Nicht

„min-

„minder habe ein zeitlicher Regent ſeinen Canzler, Mi„niſters, Räthe, Oberbeamte, Pfleger und übrige Be„diente nach ſeinem Gutfinden an- und aufzunehmen.“ Noch viel weniger ſollten ſich die Capitel die oberſten und einträglichſten Aemter vorbehalten, weil eine ſolche Bedingung der Anſchuldigung einer Simonie gar nicht entgehen kann. Bamb. W. C. Art. 56. „Sollen die Prä„ſidenten auf den Dicaſteriis aus dem Domcapitul iſchen „Gremio genommen und ſonderlich auf das Vicariat ein „Domcapitular als Präſes geſetzt werden.“ Vergl. die Cöllniſche W. C. Art. 25 und 27. Gewöhnlich pflegen ſie ſich auch einen Antheil an dem Geſandtſchaftsrechte in den Capitulationen verſprechen zu laſſen, Cöllniſche W. C. Art. 12: quod nunquam ibimus vel mittemus ad comitia Imperialia vel aliorum Principum ſeu alium quemcumque Conventum, ubi quid agi poſſet, quod redundaret in praejudicium & diſpendium Eccleſiae & Capituli, niſi prius tempeſtive a Capitulo petamus aliquos ex Capitulo pro ipſius arbitrio, citra deſignationem perſonarum per Nos faciendam, deputari & Nobis adjungi. Bey einem dieſem und dem vorgehenden gleichen Eichſtettiſchen Capitulationspuncte reſolvirte der Reichshofrath. „Wen aber der Regent in Geſandtſchaften „und andern Verſchickungen gebrauchen? ingleichen ob „er die Präſidia deren Stellen (Collegien) Domcapitu„laren, oder andern Perſonen anvertrauen, und welchen „Gehalt er ſolchen beylegen wolle? Dieſes hange von „dem Gutfinden eines zeitlichen Regenten lediglich ab, und „werde dieſer auf ſeine Capitularen, wann dieſelbe zu „derley Dienſtverrichtungen die erforderliche Fähigkeit

„haben, die vorzügliche Rückſicht allſchon von ſelbſten „zu nehmen, die Vicepräſidenten aber, wann deren An„ſetzung nöthig ſeyn ſollte, nach ſeinem Gutbefinden zu „beſtellen wiſſen.“ Ueberdies behält man ſich noch in den mehrſten Capitulationen die Verpflichtung aller Landesbedienten vor, von welchem Vorbehalte Struben [a]) weitläuftig gehandelt hat. Wenn dieſe Verpflichtung lediglich auf den Fall der Stuhlserledigung abzweckt, iſt gegen ſie nichts zu erinnern; ſo bald ſie aber Wirkung von Grundherrſchaft ſeyn ſoll, iſt ſie geſetzwidrig. S. den 13 Art. der Speierſchen W. C. und das Reichshofr. Concl. zu dieſem Artikel: „Nachdem der Natur der Sache „und dem ſich hierauf gründenden von kaiſ. Maj. begnehmigten Vertrage d. a. 1760 ad grav. XIII. nach, „die Gegenwart eines domcapitelſchen Deputati bey der „Verpflichtung der fürſtlichen Miniſter, Räthen und „Beamten, in der alleinigen Rückſicht einer Sedisva„canz, außer welcher kein fürſtlicher Diener dem Dom„capitel verpflichtet iſt, von kaiſ. Maj. bewilligt worden „iſt: Als können zwar allerhöchſt Ihro die in dieſem Ar„tikel feſtgeſetzte Inſerirung der domcapitelſchen Pflichten „in die jeweiligen Beſtellungsbriefe geſchehen laſſen, doch „iſt ſolches namentlich nur auf die in ſolum caſum ſedis„vacantiae den fürſtlichen Dienern aufliegenden Pflich„ten gegen das Domcapitel auszudrücken [b]).“ Noch füge

a) a. a. O. §. 13.

b) Gleichlautend ſind die Reichshofr. Concl. in der Salzburgiſchen Sache (vom 16 Jul. 1784.) 9no und in der Eichſtettiſchen n. 5.

füge ich zu mehrerer Beſtärkung dieſes und des vorhergehenden §. folgendes merkwürdige Reichshofr. Concl. von 1698 16 Sept. bey: „Würzburg contra Würzburg, fiat Sententia: Daß das Domcapitel zu Würzburg alles Einwendens, inſonderheit des vermeintlich affectirten Condominii ohnerachtet, ſich der Independenz und deren in dem Land und Reſidenzſtadt „Würzburg wie auch dem Oberrath, dem Herrn Biſchofen immediate competirenden hohen Landes jurium „und Gerechtſamen zur Ungebühr ſich anmaße, und „dahero ſich deren zu enthalten; mithin an der pro convenientia & exigentia boni publici vorhabender Reformation dieſes Gerichts, mit Abſchaffung der eingeriſſenen Mißbräuche und Unordnungen und in Einführung und Stabulirung beſſerer Policey dienlicher Anordnungen, Satzungen und Statuten (jedoch ohne Verringerung der Anzahl und Qualität der Aſſeſſorum auch „deren Nomination dem Capitul und andern, wie „Herkommens, nicht benommen) nicht hinderlich zu „ſeyn, ſchuldig ſey [c]."

§. XLII.

Faſt alle Wahlcapitulationen [a]) beſchränken das landesherrliche Recht Privilegien zu ertheilen. Die Würzburgiſche [b]) enthält hierüber folgendes: Art. 9. Vrbi

---

c) Bamberg. Deduct. Prüfung ſämmtlicher von dem Capitul herausgekommenen Schriften Beyl. S. 322.

a) Bamberg. Art. 38. Bremiſche Art. 38. *Lünig* Spic. Eccl. T. I. im Anh. S. 134.

b) Factum & jus juramenti epiſcop. p. 170.

bi Herbipolenſi vel aliis civibus & incolis dioeceſis noſtrae vel communitatibus aut perſonis cujuscunque ſunt ſtatus ſive conditionis, nulla privilegia, exemtiones aut immunitates concedemus, *niſi de Conſenſu capituli*. Das Recht Privilegien zu ertheilen iſt als Theil der Geſetzgebung ein unbezweifeltes Hoheitsrecht, und ſtehet jedem Reichsſtande unumſchränkt zu, in ſo fern es zweckmäßig ausgeübt und kein Dritter an ſeinen Rechten gekränkt wird. Hieraus ergiebt ſich von ſelbſt, daß kein Domcapitel befugt ſeyn könne, den Landesherrn, bey Ausübung deſſelben, an ſeine Einwilligung zu binden. Freilich kann es oft geſchehen, daß ein Landesherr durch widerrechtliche Befreiungs-Privilegien von öffentlichen Abgaben, zu häufige Moratorien, Markrecht und Monopolien Ertheilungen, ſein ihm zuſtehendes Recht mißbraucht; dann aber haben die Capitel, wenn ihre in der Capitulation anempfohlene zweckmäßigere Ausübung deſſelben nichts fruchten ſollte, wie die übrigen Unterthanen, Dank ſey es unſrer Staatsverfaſſung, Zuflucht zu den höchſten Reichsgerichten. Dieſes Mittel ergriffen mit dem beſten Erfolg die Meklenburgiſche Ritter- und Landſchaft 1722, in dem ſie ſich beym Reichshofrath wegen der vielen von dem Herzog und ſeinem Miniſterio bishero verſtatteten Moratoriorum ſpecialium, und des daraus dem Lande in Anſehung des Credits und der Handlung zuwachſenden Schadens beſchwerten, worauf der Kaiſer reſcribirte: „Nachdem nicht zu befinden, wie die angegebene „moratoria ſpecialia, bey denen vorkommenden beſon„dern Umſtänden und bevorab ohne Zernichtung des Cre„dits und Commercii in den Meklenburgiſchen Landen im

„Stan-

„Stande Rechtens ſuſtinirt werden könnten; als habe der „Hr. Herzog denen hierüber erwachſenen Beſchwerden „hinwieder abhelfliche Maaße zu geben, oder da er etwas „erhebliches darwieder anzuführen, ſolches geziemend zu „berichten [c])."

Hier ſey es mir erlaubt, von einer Art Privilegien zu handeln, die beynahe in jeder, in den Wahlcapitulationen enthaltenen Ausbedingung, zerſtreut liegen. So bald ſich jemand außer den Rechten, welche ihm ſonſt ſchon auf eine geſetzliche Art zukommen, etwas von dem Landesherrn ausbedingt, ſo iſt dies ohne Zweifel ein Privilegium; und wenn es von denenjenigen geſchieht, die ſich ein geiſtliches Oberhaupt erwählen, und dies bey der Wahl zur Bedingung machen, eiue offenbare Simonie. Da dieſe der Kirchenverfaſſung ſo wohl als der Staatsverfaſſung entgegen iſt, ſo folgt unſtreitig, daß der in den Wahlcapitulationen allgemein feſtgeſetzte Satz: der Fürſt ſolle zum Nachtheil des Landes keine Privilegien ertheilen, gegen die Capitel ſelbſt ſeine Anwendung haben müſſe.

§. XLIII.

Hierher gehört die im §. XXXVI. berührte Ausziehung der domcapitelſchen Beſitzungen (Muntäten) aus der biſchöflichen Hoheit, und der aus dieſer fließenden Gerichts- [a]) und Steuerbarkeit. In der Bambergiſchen W. C.

---

c) Moſer von der Landeshoheit in Gnadenſachen Cap. II. §. 13.

a) Bamberg. W. C. Art. 32: Sollen die domcapitelſchen Bürger Bauern und Unterthanen vor keinem fürſtlichen

W. C. welche Biſchof Marquart Sebaſtian 1683 beſchwören mußte b), und die bey den folgenden c) zum Grunde liegt, heißt es: „Ferner und obwohlen in mehr „gemeldten Immunitäten bis anhero die Steuren, Con„tributiones, Accis, und andere Anlagen, zu dem „Steueramt aufs Rathhaus geliefert, hingegen dieſe durch „fürſtliche angeordnete Perſonen geſchehene Steuercol„lectur nicht nur bey dem vorigen Hrn. Biſchof geahndet, „ſondern auch dahin verglichen worden ſeyn ſolle, daß „ſelbige in denen Immunitäten und dem Städtlein Staf„felſtein, fürterhin dem Domcapitel wieder zuzueignen „und von demſelben alle Anlagen zu collectiren. „Als ſollen obbeſagtem Domcapitel die auf der Steuer„ſtube und fürſtl. Einnahme befindliche und bemeldte „Muntäten betreffende Steuerbelegungen und Rechnun„gen gegen des Domcapitels Erbieten ausgehändigt wer„den, daß es ihrer Unterthanen Beytrag nach Be„finden der Sache auf vorheriges Anſuchen um die „domcapitelſche Bewilligung, jedoch ohne weitere „Extenſion, pro viribus concurriren laſſen wolle." Um ſich von der Billigkeit oder Unbilligkeit einer ſolchen Ausbedingung zu überzeugen, wird es nöthig ſeyn, einen Blick überhaupt auf die Steuerbarkeit der Geiſtlichkeit zu werfen. Das Steuerſyſtem iſt aber in den deutſchen

---

lichen Beamten oder Gericht zu erſcheinen ſchuldig ſeyn; ausgenommen in Centfällen, doch weiter nicht denn es vor Alters Herkommen.

b) In der Deduct. Prüfung ꝛc. S. 595.

c) W. C. Franciſci Lotharii vom J. 1693. Art. 8. Lit. E. F. ebend. S. 621.

ſchen Staaten ſo verſchieden, daß es eine unbillige Forderung ſeyn würde, wenn man in dieſen zuſammen gedrängten Sätzen eine detaillirte Geſchichte deſſelben verlangen wollte; alſo nur ſo viel davon, als ich zu meiner Abſicht unentbehrlich glaube. Gewöhnlich geht man bey Unterſuchung dieſer Frage bis zu den Capitularien der Carolinger zurück, um aus dieſen Gründe für die Steuerbarkeit der Geiſtlichkeit zu ſuchen; meines Erachtens iſt dies eine vergebliche Mühe, da unſer Steuerweſen aus dem 14ten und folgenden Jahrhunderten abſtammt. Bis dahin war eine Landsſteuer was ſeltenes, und die Landesherren ſuchten ſie nicht Kraft ihrer Landeshoheit, ſondern bittweiſe. Diejenigen, welche ihnen dieſe Bitte gewährten, die Geiſtlichkeit und der Adel, ſchloſſen ſich, wie ſich leicht denken läßt, von einem Beytrage gänzlich aus, und erlaubten nur, ihre Unterthanen unter die Collecte zu ziehen; erwarben ſie aber Güter, auf welchen ein Zins oder andere dingliche Abgabe haftete, ſo blieb dieſe nach wie vor auf dem Gute ſitzen. Kam in einem Lande eine ſolche Steuer öfterer, dann gebrauchte man die Vorſicht, ſich von dem Landesherrn dieſe Freiheit ausdrücklich beſtätigen zu laſſen. Unter mehreren dies bewährenden Urkunden führe ich nur eine, die vorzüglich hierher paßt, an. Erzbiſchof Werner von Mainz ertheilte ſeinem Domcapitel im Jahr 1268 einen Gnadenbrief [a]), in dem er ſich ſo ausdrückt: Hinc eſt quod preter alia in quibus per Dei gratiam intendimus vobis benefacere, omnia Bona veſtra, ſita in ſuperiori

&

a) *Guden* Cod. Dipl. T. I. n. CCCXXVI. p. 725.

& inferiori *Olmene*, ſive in aliis villis *Gowie*: & nihilominus illa, que dilectus in Xſto Scholaſticus veſter, Eccleſie nuperrime comparavit poſt mortem ſuam habenda; dimittimus jam ad preſens in perpetuum, teſtimonio preſentium, abſoluta & libera *a petitionibus, Collectis, Precariis, Exactionibus & a quolibet genere ſerviendi, quibuscunque vocabulis exprimatur*; que Nobis alia bona Terre ſub noſtra ditione poſita conſueverunt preſtare. *Sed & ſolvetis nobis de ipſis bonis veſtris Cenſus antiquos & debitos annuatim.*

Vermehrte landesherrliche Bedürfniſſe machten endlich das Steuerrecht zu einem Hoheitsrechte, und dies hatte wiederum die Vereinigung der Geiſtlichkeit und des Adels in Landſchaften zur Folge. Die Capitel, welche in den geiſtlichen Ländern den Haupttheil derſelben ausmachen, traten bey drückenden Bedürfniſſen nebſt der übrigen Geiſtlichkeit und dem Adel den andern collectabeln Unterthanen bey, doch ſo, daß ſie nach Verhältniß ihrer Güter eine weit geringere Summe zu dem Bewilligten züſchoſſen. In einigen Ländern hat die geſammte Geiſtlichkeit oder der größte Theil derſelben keinen Theil an der Landſchaft genommen, will alſo auch nicht zahlen, was ſie nicht bewilligt hat; in dieſem Falle nun pflegt ſie ſich mit dem Landesherrn über ein Gewiſſes zu vergleichen, das man Subſidium charitativum nennt [b]).

Von

b) Man ſehe die Cöllniſchen Landtagsacta in dem Verſuche einer Geſchichte des Steuerweſens im Erzſtifte Cölln, in den Materialien zur geiſt- und weltlichen Statiſtick des niederrheiniſchen und weſtphäliſchen Kreiſes 1ſter Jahrg. 2tes St. S. 242.

Von dieſen weltlichen Abgaben iſt jene geiſtliche Synodaticum oder Cathedraticum zwar verſchieden, ſie mag aber doch mit Veranlaſſung geweſen ſeyn, daß in manchen Ländern die Geiſtlichkeit einen ſehr beträchtlichen Beytrag zu der gemeinen Steuer liefern muß c). Wo alſo dem Landesherrn von der geſammten Landſchaft Steuern bewilligt ſind, muß das Domcapitel wegen ſeinen eigenen Gütern die hergebrachte Summe liefern, und in Anſehung ſeiner Unterthanen iſt es der übrigen Geiſtlichkeit, Ritterſchaft und Städten in der Regel gleich d), ohne

c) Moſer von der Landeshoheit in Steuerſachen Cap. 2. §. 4: Daß die Geiſtlichkeit im Trieriſchen in gleichen Anſchlag und Schatzungslaſt wie die Weltlichen gerathen iſt, dazu haben unter andern Gelegenheit gegeben die auch in geiſtlichen Rechten denen Biſchöfen zugeſtandene jura Synodatici cathedratici —.

d) Von Mainz ſ. Moſer a. a. O. Cap. 2. §. 3. Von Trier die W. C. Churfürſt Philipp Chriſtophs vom J. 1623. Art. 49: Curabimus ut de exactis & ſublevatis, tam imperialibus quam provincialibus ſubſidiis & contributionibus per proxime defunctum noſtrum praedeceſſorem impoſitis, coram ipſo capitulo vel deputatis ejusdem reddatur ratio & computatio, antequam ipſum Capitulum in aliquam aliam futuram diaetam provincialem conſentiat aut conſentire teneatur; quod idem etiam in futuris contributionibus fieri & obſervari volumus & declaramus. Vergl. der geſammten Trieriſchen Landſtände Bericht S. 14. Moſer a. a. O. Von Hildesheim die Union des Domcapitels, der ſieben Stifter und neun Feldklöſter in *Lünig* Spic. Eccl. T. II. S. 1111. Von des Caminſchen Domcapitels ehemaliger Steuerbarkeit erzählt Micrälius beym Moſer a. a. O. Cap. 2. §. 17: „Sonſt iſt ein jeglicher Prälat und Thumherr ſchuldig dem Fürſten, davon er nominirt, zu dienen und

ohne daß es ſich einfallen laſſen darf, ſie nach eigenem Belieben beſteuern zu laſſen, oder ſie gar ſelbſt zu beſteuren. Was die Hebung der Steuren betrift, ſo hat es entweder das Jus ſubcollectandi hergebracht, oder nicht. Im leztern Falle darf es ſich daſſelbe durch Wahlcapitulationen nicht beyzulegen trachten [e]). Nach dieſen Grundſätzen läßt ſich mit leichter Mühe auf die Rechtsbeſtändigkeit der oben angezogenen Bambergiſchen [f]), und anderer Wahlcapitulationen ſchließen, die theils die capitelſchen Güter, theils die Unterthanen derſelben von der Steuerbarkeit zu entledigen ſuchen [g]).

§. XLIV.

---

und zum Bekenntniß ſeiner Verwandtniß und Unterthänigkeit gegen den Fürſten auch Steuern und Abſchoß zu geben, doch alſo, daß die Bauren und Unterſaßen nur den halben Theil vom gemeinen bewilligten Landſchoß reichen."

e) Reichshofraths-Concl. wegen der Eichſtettiſchen W. C. ad Art. 9.

f) Selbſt Bonifacius IX. mißbilligte in einer Bulle dieſe ſich angemaßte Steuerfreiheit des Capitels: Quod ex nunc in antea perpetuis temporibus omnes & ſinguli dictorum locorum immunitatem nuncupatorum habitatores, una cum aliis habitatoribus dicti loci, judicium civitatis nuncupati, tam praedicta quam omnia & ſingula alia, realia, perſonalia & mixta, nec non ordinaria qualiacunque onera, ſervitia, contributiones & expenſas ſeu alias, quacunque occaſione incumbentia communiter & aequaliter ſecundum exigentiam facultatum & perſonarum conditiones ſubire & ſupportare teneantur & ſubeant.

g) Würzburgiſche Art. 28: Quotam pro beneficiis in commenda ſeu inveſtitura dandis, capitulo noſtro cathedrali ejus perſonis & beneficiis nullam collectam, ſteuram, quotam funeralem — aut alias ſportulas non

§. XLIV.

Die geſetzwidrige Ausbedingung der Steuerfreiheit leitet mich zur Unterſuchung derjenigen Gerechtſamen, welche ſich die Capitel in Steuerſachen beylegen können. In den meiſten Wahlcapitulationen [a]), unter anderen auch in der Speierſchen iſt Art. 10 ausbedungen; daß ohne vorher erhaltene Einwilligung des Capitels keine Steuern weder ausgeſchrieben, noch erhöhet werden ſollen. Was die Reichs- [b]) und Kreisſteuern [c]) betrift, ſo ſind dieſe in Reichsgeſetzen verwilligt, mithin hierinn die Rechte des Biſchofs nach dem obigen widerrechtlich eingeſchränkt, und die erforderte Einwilligung des Capitels iſt unnöthig. In Anſehung ihrer Erhebung aber hat das Capitel, wenn ihm landsſtändiſche Rechte zuſtehen, die

 reichs-

non imponemus, & ſi contigeret contra Turcas, vel aliter exigente neceſſitate collectas imponere, tunc Canonici cathedrales una ſuis bonis immunes ſunto. Vergl. Art. 19. der Speierſchen W. C. Dieſer Würzburgiſche Wahlvertrag war um ſo ungerechter, da die Reichsgeſetze R. A. von 1594. §. 12. 1566. §. 41 und 42. 1543. §. 26. die Capitel ausdrücklich der Türkenſteuer unterwarfen. Mit dieſen Reichsgeſetzen pflegt man gewöhnlich von Seiten der Biſchöfe die Steuerbarkeit der Capitel erweiſen zu wollen; wären aber keine andere Gründe dafür, ſo würde ſich durch dieſe Ausnahme eher das Gegentheil darthun laſſen. S. Hrn. G. H. R. Pütters Rechtsfälle 3. Th. 2. B. S. 337. 378.

a) W. C. Gottfried des IV von Würzburg Art. 18. beym *Lünig* Spic. eccl. T. II. S. 1004. Bremiſche W. C. Art. 28. *Lünig* T. I. im Anhange. S. 134.

b) R. A. vom J. 1543. §. 24. 26. 1555. §. 82. Reſol. Caeſarea in Schmaus S. 1076.

c) R. A. vom J. 1654. §. 180.

reichsverfaſſungsmäßige Forderung, daß dieſelbe mit ſei- ner Einwilligung angeordnet werden muß [d]); und als bloßer Unterthan beugt es allen Unbilligkeiten vor, die ſo wohl wegen des zu erhebenden Quanti als auch wegen der Art der Eintreibung vorfallen können.

Iſt aber von Auflagen die Rede, die in keinem Reichsgeſetze verſtattet ſind, die alſo lediglich von der frei- willigen Uebernahme der Unterthanen abhängen [e]), ſo kann das Capitel den Unterthanen nicht eher eine ſolche Bürde auflegen, als wenn es das Repräſentationsrecht derſelben hergebracht hat. (§. XXXVII.) In dieſer Hinſicht reſcribirte der Reichshofrath nach Eichſtett ad art. 9; „habe es ſo viel die Reichs- und Crays-Präſtan- „da und die zu deren Beſtreitung auszuſchreibenden „Steuern betrift, als in einer durch Reichs- und Crays- „Schluß allſchon ausgetragenen Sache des domcapitu- „liſchen Conſenſes nicht nöthig, wo des Hochſtifts Eich- „ſtett gemäß ſeyn, daß die für die übrige Landeserfor- „derniſſe nöthige Steuerabgaben nicht anderſt, als mit „Conſens des Domcapitels angeſetzet würden.“ Sind aber auf eine verfaſſungsmäßige Art Steuern zu einem gewiſſen Zweck oder bis auf eine beſtimmte Zeit verwil- ligt, dann hat das Capitel als Contribuent das Recht dar-

---

d) Struben Nebenſtunden Th. 4. S. 458.

e) Reichshofraths-Concl. (22 Jul. 1782) zu Salzburg Domcapitel contra den Hrn. Erzbiſchof daſelbſt den neuen Steuerfuß betreffend in des Hrn. Hofr. Reuß Staats- kanzley Th. 6. S. 214. und das am 7ten Febr. 1783 in derſelben Sache ergangene Reſcript ebendaſelbſt S. 221.

darauf zu ſehen, daß ſie zweckmäßig angewendet, und nicht über die bewilligte Zeit ausgedehnt werden [f]), verlangt daher mit Recht Einſicht in die darüber geführten Rechnungen [g]). Reichshofraths-Concl. (28 Aug. 1781) in der Speierſchen Sache n. IV. lit. d.; „hingegen finden es kaiſ. Maj. in alle Wege billig und räthlich, daß „dem Domcapitel nach vorgenommener Rechnungsabhöre, ſo wohl von ein als anderer Art Rechnung ein „Exemplar zur Einſicht und beſtändiger Verwahrung eingehändiget werde." In Falle der Unzulänglichkeit einer beſtimmten Steuer darf das Capitel die fürſtl. Kammer nicht mit der Uebernahme des Mangelnden belaſten. Reichshofr. Concl. (29 Aug. 1786) ad Art. 10 der Speierſchen W. C.

§. XLV.

Eine nicht minder wichtige und mit der vorhergehenden verwandte Frage iſt es; was in Anſehung des Rechts Krieg und Frieden zu ſchließen, in den Wahlcapitulationen rechtsbeſtändig ausbedungen werden könne? In der Bambergiſchen iſt im 37 Art. folgendes feſtgeſetzt: „Es ſolle ein zeitlicher Regent ohne ſpecial Einwilligung

f) Reichshofraths-Concl. (21 Mai 1784) zu Salzburg Erzſt. das von der fürſtl. Kammer von der Acciſe beziehende Drittel, und die über die Accisgefälle den Landſtänden ertheilte Auskunft betr. Staatskanzley Th. 9. S. 202.

g) Auf gleiche Weiſe ſteht aber auch dem Biſchof die Einſicht in die Verwaltung der Domcapitelſchen Renten frei. Reichshofr. Concl. in der Speierſchen Sache (30 Apr. 1784) n. 6. 3tio.

„des Domcapitels keine Bündniſſe ſchließen oder ſich in „einen Krieg einlaſſen, Werbungen vornehmen oder „Compagnien aufrichten, allenfalls aber ſollen die Ge„nerals und Officiers in domcapitelſche Pflichten genom„men werden; wie denn auch kein Ausſchuß aufgebo„ten noch weniger ohne deſſen ſpecial Bewilligung, gar „außer Land geſchickt werden ſoll [a]).“

Das Vorzüglichſte was dabey zu erinnern wäre, iſt ſchon im vorhergehenden §. bemerkt worden, in welchem von den Mitteln, durch welche dieſes gegenwärtige Recht in Wirkung geſetzt wird, gehandelt worden iſt. Es bleibt alſo nur noch mit wenigen von dem Rechte ſelbſt zu reden übrig. Daß den deutſchen Fürſten vermöge der Landeshoheit das Recht zuſtehe, unter ſich und mit anderen ihrer Sicherheit halber Bündniſſe einzugehen, lehret mit dürren Worten der Weſtphäliſche Friede im 8ten Art. §. 2. und die aus demſelben genommene kaiſerl. Wahlcapitulation Art. 6. §. 4 und 5.; in welchen Stellen zugleich die Grenzen dieſes wichtigen Rechts feſtgeſetzt ſind [b]). So ausgemacht nun dieſe Befugniß in Anſehung der Landesherren iſt, ſo eröfnen ſich doch andere Ausſichten, wenn man auf die Rechte der Unterthanen in Rückſicht deſſen ſein Augenmerk richtet. In jenen Fällen, in welchen das Reich oder der Kreis Truppen aufzubringen beſchließt, dürfen ſich die Unterthanen nicht weigern,

---

a) Vergl. die Hildesheimiſche Art. 46. *Lünig* Spic. eccl. T. II. S. 1112, Würzburgiſche Art. 10.

b) Hr. G. J. R. **Boehmer** in der Diſſ. Princeps jus ſuum vi atque armis tuens.

gern, zu deren Aufbringung und Erhaltung, ſo lange es bey Kreistruppen die Noth erfordert, Beytrag zu thun. Wenn alſo der Biſchof der Reichsexecutions-Ordnung c) und dem jüngſten R. A. d) gemäß einen Beytrag liefern muß, können dies die Capitel durch ihren Einſpruch nicht verhindern, ſondern müſſen ſchlechterdings ihren Antheil zum Ganzen liefern. Wollte aber ein geiſtlicher Fürſt, außer der auf Reichs- oder Kreistägen bewilligten Mannſchaft, Haustruppen auf Koſten der Unterthanen halten, ſo kann ſich das Capitel, entweder als Mitſtand, oder als Vertreter der Landſchaft, dagegen ſetzen, und oberſtrichterliche Hülfe ſuchen; auch iſt es hier der Fall, daß es ſich in der Wahlcapitulation ein ſolches Unternehmen verbitten darf. Ueberdies giebt es faſt in jedem deutſchen Staate den ſo genannten Ausſchuß, oder Landmiliz, welche an die Stelle der Landesfolge getreten iſt e). So wie nun dieſe den Landesherren aus der ihnen obliegenden Pflicht, ihren Landen die gehörige Sicherheit zu verſchaffen, anzuordnen zukam; eben ſo wenig dürfen die Capitel, oder wer es ſonſt immer ſeyn mag, ihren Fürſten Hinderniſſe in zweckmäßiger Einrichtung des Landausſchuſſes in den Weg legen. In Sachen der Naſſau-Siegenſchen Unterthanen reformirten Theils contra Naſſau-Siegen erkannte das Kammergericht 1727: „fünftens verbleibt zwar dem Hrn. Beklagten die „Einrichtung des Ausſchuſſes, es iſt aber derſelbe, un-

c) von 1555. §. Dieweil nun 81.
d) §. 180. 181. Wahlc. Art. 15. §. 3. Art. 19. §. 6.
e) Strubens rechtl. Bedenken 2. Th. S. 51.

„ter vorwendender Vermehrung des Ausſchuſſes, die „übrigen Unterthanen zu collectiren, nicht befugt [f]).“ Aus dem was von der Folge der Bündniſſe geſagt iſt, kann man nun leicht auf die Befugniß der Capitel ſchließen, ihren Fürſten bey Eingehung derſelben Verbindlichkeiten aufzulegen. Das Recht ſelbſt dürfen ſie, in ſo fern es nicht ſchon auf eine gültige Weiſe an den Conſens der Stände [g]), oder da, wo ſie deren Stelle vertreten, an den ihrigen gebunden iſt, nicht einzuſchränken ſuchen; dann aber ſind ſie zu klagen berechtigt, wenn die Landesherren die geſetzlichen Schranken deſſelben überſchreiten.

§. XLVI.

Ich komme nunmehr auf diejenigen Capitulationspuncte, welche die landesherrliche Kammer- und Oeconomieverwaltung einſchränken. Wenn es bey irgend einer Staatsverfaſſung erlaubt iſt, den Unterthanen in Rückſicht dieſer landesherrlichen Gerechtſamen einigen Einfluß beyzulegen, ſo muß es gewiß in der Stiftiſchen geſchehen, wo in Anſehung des Regenten jene große Triebfeder mangelt, ſo Haus zu halten, daß der Nutze davon auf Leibeserben und Verwandte fortgepflanzet werde, ſondern nur ein zeitlicher Regent das davon trägt, was er

f) Moſer von der Landeshoheit in Militairſachen Cap. 5. §. 7.

g) Bremiſche W. C. Art. 21. Wir ſollen auch mit keinem Herrn, Fürſten, Edelleuten, Städten oder Land Verbündniſſe eingehen, ohne Rath, Vollbohrt des Capitels und gemeiner Stände.

er ſeine Lebenszeit über aus den Stiftsgütern erheben kann. Die Einkünfte eines geiſtlichen Fürſten ſind entweder ordentliche und beſtändige, zu welchen der Ertrag der Tafelgüter, Regalien und zu keinem beſtimmten Zweck in die Kammer fließende beſtändige Steuern, imgleichen die zufälligen aus der Landeshoheit fließenden Vortheile gehören; oder es ſind außerordentliche, welche die Unterthanen zu gewiſſen benamten Bedürfniſſen und Zwecken aufbringen müſſen. Ueber die letztern hat der Landesherr kein weiteres Recht, als daß er durch ſie den Zweck zu erreichen bemüht ſeyn muß, zu dem ſie beſtimmt ſind; und die Unterthanen ſind befugt, Rechenſchaft von dieſer zweckmäßigen Verwendung derſelben zu fordern. Es iſt daher höchſt unbillig von Seiten des Fürſten, wenn er ihre Erhebung ſeinem Kammercollegio überträgt, und dadurch dasjenige, was nicht ſein iſt, mit dem Seinigen vermengt; auch alsdann ſo wohl dem Capitel als den übrigen Ständen erlaubt, ſich über dieſes Unweſen zu beſchweren, oder daſſelbe durch Wahlcapitulationen abzuſtellen zu ſuchen. In der Würzburgiſchen iſt im 29ten Art. deshalb verſehen. Nec permittemus amplius, ut reditibus camerae noſtrae ſeu menſae epiſcopalis cum contributionibus & eccleſiaſticorum & laicorum ſubditorum collectis menſtruis in ratiocinia Quaeſtoris noſtri, ſed ſeparatim per ſpeciales officiales, juxta antiquam etiam Bambergae, tum aliis locis uſurpatam praxin obſerventur, & tam recepta quam expoſita in quodam privato libro rationum notentur, *ut collectae ad uſum publicum & non privatum uſum* cum menſae reditibus confuſi, diſpenſentur.

tur. Leider ſind aber ſolche, zum allgemeinen Beſten gereichende Bedingungen ſehr ſelten, und nur dann anzutreffen, wenn neben dem Capitel Stände waren, oder ſind, die etwas zu ſagen haben; ganz anders verhält es ſich in denjenigen Stiftern, die ſtändelos ſind und in welchen die Capitel vermöge des Grundeigenthums Vortheile aus einer ſolchen Verwirrung zu ziehen hoffen. Reichshofr. Concl. zum 10ten Art. der Speierſchen W. C. „Können kaiſ. Maj. der Eigenſchaft der Sache entgegen „die hierinne bedungene Vereinbarung den Landſchaft und „Kammerkaſſe keineswegs geſtatten, ſondern befehlen „andurch, daß ſolche für die Zukunft, ſo wie es in Anſe„hung der zu führenden Rechnungen bedungen iſt, gänzlich „von einander ſeparirt werden ſollen." Was die beſtändigen Einkünfte des Landesherrn anlangt, entſpringen ſie größten Theils bey den weltlichen Reichsſtänden aus ihren Stammgütern, deren Stelle bey den geiſtlichen Fürſten die zum Stift gehörigen Tafelgüter vertreten; über dieſe und die übrigen zu dieſer Claſſe gehörigen Einkünfte, ſteht dem Landesherrn, wie jedem privat Eigenthümer über das Seinige, freie Diſpoſition zu, und das Domcapitel nebſt den übrigen Ständen haben keine Befugniß, ihrem Biſchof vorzuſchreiben, wie er mit der Verwendung derſelben verfahren ſolle, ſondern es iſt ihm vollkommen überlaſſen, ſie nach ſeinem eigenen Gutbefinden anzulegen [a]). Hievon urtheile man auf die Verbindlichkeit des 66. Art. der Bambergiſchen W. C. „Solle

a) Moſer von der Landeshoheit in Cameralſachen Cap. 2. §. 16.

„Solle ein zeitlicher Regent ohne Einwilligung des „Domcapitels nicht über 1000 Fl. Schulden machen, „keine koſtbaren Baue führen, auch niemanden über 200 Fl. „Rheiniſch leihen.“ Das Capitel hat auch ſolche Vorkehrungen um ſo weniger nöthig, da kein Biſchof Macht hat, ohne ſeine Einwilligung die Tafelgüter zu veräußeren oder zu verpfänden. Beſchädigte und verminderte aber ein Biſchof dieſe Güter auf andere Weiſe, ſo iſt dies eine hinlängliche Urſache, bey dem Grundherrn, dem Kaiſer, deshalb Vorſtellung zu thun, der, bey gegründetem Klagewerk, die ſchleunigſte Hülfe nie verweigert [b]). Dieſen §. erläutert ein Reichshofraths Concluſum am beſten, welches ich daher beyfüge: In Sachen Baſel, Stifts, einige Landſtände und Unterthanen contra den Hrn. Biſchof allda (10. Jun. 1736) ad grav. 6 das ſchlecht eingerichtete Kammerweſen betreffend. „Gleich wie dem „Hrn. Biſchof als Landesfürſten frey geſtanden, ein neu„es Kammer-Collegium und Anordnung einzuführen, „auch disfalls Kammerräthe und andere dergleichen Be„diente nach Belieben aufzunehmen, alſo hätte hingegen „denen klagenden Landſtänden und Unterthanen ſolches, „zumal auf eine ſo verächtliche Art, wegen der ſo genann„ten ſchlechten Kammerweſens Einrichtung (welche ihnen „hiemit verwieſen wird), anzufechten um ſo weniger ge„bührt, als ſich aus der Sache ſelbſt zeiget, daß der „Hr. Biſchof dadurch nichts anders geſucht, als die Juſtiz „und Kameralſachen von einander zu ſepariren, und al„les in beſſere Ordnung zu bringen. ad grav. 7. hat „das

b) Moſer a. a. O. §. 10.

„das Begehren des Domcapitels wegen Zuziehung zur „Abhörung der fürſtlichen Kammerrechnungen und Ein„richtung der fürſtlichen Wirthſchaft, als eine dem alten „Herkommen zuwiderlaufende Neuerung, nicht ſtatt, „ſondern es werden Kläger damit ein für allemal abge„wieſen, und dem Fürſten die Beſorgung ſeiner Kame„raleinkünfte, der bisherigen Obſervanz gemäß, allein „überlaſſen [c]).“ Vergl. das Reichshofraths Concl. in der Eichſtettiſchen Sache ad Art. 4. 5. 17.

§. XLVII.

So wenig die Landeshoheit der geiſtlichen Fürſten nach Gutbefinden der Capitel geſchmälert werden darf, eben ſo wenig kann aus den nämlichen Gründen die Lehnsherrlichkeit derſelben durch Wahlcapitulationen Abbruch leiden. Die Lehnsherrlichkeit der geiſtlichen Fürſten weicht aber ihrer Natur nach in einigen Stücken von der Lehnsherrlichkeit der weltlichen Fürſten ab, ſo, daß es nöthig ſeyn wird, erſt die geſetzlichen Schranken derſelben kennen zu lernen, ehe man von dem Werthe deren urtheilen kann, welche die Capitel hinzuzuthun pflegen. Die lehnsherrlichen Rechte eines zeitlichen Biſchofs hören mit deſſen Tode auf, mithin äußern ſich die Wirkungen deſſelben der Regel nach nie nach ſeinem Tode. Hieraus folgt, daß der Nachfolger weder die eventuellen Belehnungen noch Expectanzen ſeines Vorfahrens anzuerkennen nöthig

c) Moſer von der Landeshoheit in Cameralſachen 2 Cap. §. 6.

nöthig hat. Dies iſt die Lehre des Longobardiſchen Lehnrechts [a]), die, weil ſie der Natur der geiſtlichen Regierungen gemäß iſt, auch auf unſere vaterländiſchen Biſchöfe anwendbar iſt, in ſo fern ſie ſich lediglich in den Schranken der eigentlichen Lehnsherrlichkeit verhält. Bey einem deutſchen Biſchof iſt aber die Lehnsherrlichkeit bloß die Folge der Landesherrlichkeit, und beyde ſind ſo genau mit einander vereinbart, daß ſie in vielen Fällen von einander untrennbar ſind. In einem ſolchen Falle iſt der Nachfolger als Regent unſtreitig zugleich mit an dasjenige gebunden, was ſein Vorfahre als Regent und Lehnsherr zugleich gethan hat [b]), z. B. wenn die eventuelle Belehnung oder Expectanz eine Belohnung dem Lande nützlich geleiſteter Dienſte war. Die Capitel ſuchen noch eine andere Einſchränkung der angegebenen Regel zu machen, welche dieſe ſeyn ſoll; daß der Nachfolger an die bloß lehnsherrlichen Handlungen ſeines Vorfahren gebunden ſeyn ſolle, wenn das Capitel in dieſelben gewilligt hätte. Die Veranlaſſung zu dieſer Behauptung, wird niemand leicht verkennen, wer ſich aus dem obigen erinnert, daß das Capitel bey Lebenszeit des Fürſten die Grund-

herr-

---

a) II. F. 26. §. 2. quae inveſtitura tunc demum capiet effectum, cum feudum domino *aut heredi ſuo* fuerit apertum. Secus eſt in perſonis eccleſiaſticis: nam ſi eccleſiaſtica perſona talem faciat inveſtituram, non aliter valebit, niſi ſibi, non etiam ſucceſſori ſuo feudum aperiatur. II. F. 35. Man hält dies gewöhnlich für eine Ausnahme; es iſt aber die Regel und die Ausnahme beym herede ſuo.

b) Hr. G. J. R. Böhmer in Princ. Jur. Feud. §. 171. Strubens Nebenſtunden 1. Th. S. 133. 137.

herrſchaft zur Helfte, und nach deſſen Tode gänzlich zu haben vermeint, mithin der Neuerwählte alles das zu halten verbunden ſey, was diejenigen, die ihm die eine Helfte wieder überlaſſen, in Anſehung des Ganzen verwilligt haben. Ich glaube daher einer weitläuftigen Beurtheilung dieſer Einſchränkung überhoben zu ſeyn. Bey ſeinem Leben hat ein zeitlicher Regent über das, was ſchon Lehn war, volle Ausübung der Lehnsherrlichkeit, ohne daß ihm das Capitel dieſelbe durch Wahlverträge einſchränken darf: ein anders iſt es, wenn die geſammte Landſchaft, in deren Namen er Prodominus iſt, ſich in Anſehung der Ausübung derſelben etwas ausbedingt, z. B. daß die anheimgefallenen Lehne zum Tafelgut geſchlagen werden ſollen. Er kann alſo 1) die ihm anheim gefallenen Lehne vom neuen vergeben, und das Capitel muß ſich in Rückſicht dieſer Befugniß aller Einſchränkung enthalten [e]). 2) Alle aus der Lehnsherrlichkeit fließende Vortheile ſind allein ſein, ohne daß ſich das Capitel eine Theilnehmung an denſelben ausbedingen darf, wie z. B. das Bambergiſche W. C. Art. 49: „Was „aber für Vergeltung von verwürkten oder heimgefallenen „Lehen fället, davon ſolle das Capitel die Helfte partici„piren und in Lehen-Sachen überhaupt die domcapituli„ſche

---

e) Reichshofraths-Concl. contra des Domcapitel in Speier ad art. 20. Wird auch dieſer Artikel, in ſo fern er die Einziehung der Hochſtiftiſchen feudorum infeudari ſolitorum betrift, hiemit aufgehoben, und des Hrn. Biſchofen landes- und lehnsherrlicher Willkühr lediglich überlaſſen, derlei Lehen wieder zu verleihen. Vergl. das Reichshofr. Concl. wegen Eichſtett ad art. 5.

„ſche Einwilligung unumgänglich nöthig ſeyn.“ Imgleichen Art. 50. lit. C. 3) Sein Conſens in Lehnsſchulden verbindet auch den Nachfolger, weil dieſer alles als gültig anerkennen muß, was ſein Vorfahre als Landes- und Lehnsherr während ſeiner Regierung gethan hat d). Von den Tafelgütern aber darf er ohne Einwilligung des Capitels e) und der Landsſtände, wenn ſolche vorhanden ſind, nichts zu Lehn geben, weil das Veräußerungsrecht, unter dem auch die Vergebung zu Lehn begriffen iſt, außer den Grenzen der Landshoheit und des deutſchen Prodominats liegt, und den Unterthanen die Erhaltung des Biſchofs ſonſt zur Laſt fallen würde. Nach dem Eide, welchen die Biſchöfe dem Pabſt leiſten, iſt überdies noch die päbſtliche Einwilligung erforderlich f). —

§. XLVIII.

Schließlich will ich noch einige Bemerkungen über die gewöhnlichen Clauſeln der Wahlcapitulationen hinzufügen. Die erſte betrift die Mittel, durch welche die Domcapitel ihre Fürſten zur Haltung ihrer beſchwornen Verſprechungen anzuhalten geſonnen ſind. Die Wahlcapitulation Biſchof

---

d) Struben a. a. O. S. 115.

e) Conſtit. Conrad. II. beym *Senckberg* in Corp. Jur. feud. Germ. p. 530. & Frider. I. p 521.

f) Poſſeſſiones ad menſam pertinentes, non vendam, nec donabo, non inpignorabo, *nec de novo infeudabo* vel aliquo modo alienabo etiam cum conſenſu eccleſiae meae inconſulto Romano pontifice. Hierauf bezieht ſich C. 2. X. de Feudis.

ſchof Gottfrieds IV. zu Würzburg enthält darüber folgendes: „Und wäre es, da Gott vor ſey, daß ich ſolchen „vorgeſchriebenen Eyd mit ſeinen Puncten und Artikeln „in einen oder mehr überführe, oder verbräche, und den„ſelben Eyd gänzlich feſtiglich nicht hielte, alsdann wenn „zween oder mehr Thumherrn des Capitels zu Würzburg „vermeinten, daß ich alſo übertreten, daraus gegangen oder „verbrochen hätte, ſo ſollen und mögen dieſelben zween oder „mehr Thumherrn dieſelbe Uebertretung bringen für den „Dechan und älteſten Thumherrn, die ſollen in den näch„ſten 12 Tagen ein Peremtorium ſetzen und in demſel„ben Capitel alsdann umfragen die Herrn des Capitels, „die ſollen auch alsbald ein jeglicher auf ihre Eyde das „annehmen und erkennen, ohne alle Weigerung und „Verzug, ob ich alſo nach Fürbringung der genannten „zween Thumherrn oder mehr, mein obbeſchrieben verpönt „Jurament in einem oder mehr verbrochen habe, oder „nicht; und würde dann erkannt, daß ich einen oder „mehr Artikel überfahren oder verbrochen hätte, ſo ſoll „dann der Dechan, oder der älteſte obgemelt, und die „Herrn des Capitels von Stund an mich mahnen, daß „ich von mir ſelbſt zu Stund an wiederum bringe und „abthue, was ich in mein verpönt Jurament überfahren „hätte, und thät ich das nicht in den nächſten 15 Ta„gen [a]), ſo ſoll dann der älteſte oder Dechan und die „Herrn des Capitels in obgerührter Maas, mit ihrem „offenen verſiegelten Brief von Stund an mahnen die Bür„ger

a) Warum gerade 15 Tage? nahm man es vielleicht für ein Spolium?

„ger zu Würzburg und andere des Stifts Städte, Amtleu„te und Unterthanen, (warum nicht ausdrücklich auch die „Ritterſchaft?) die uf ſolch verpoent Jurament mir und „meinem Capitel Huldigung gethan haben, daß ſie „den Herrn des Capitels fürter mit allen Sachen „allein gewarten, nach Inhalt derſelben Huldigung, „Gelübd und Eyde, die auch hernach geſchrieben ſtehen, „und ſo das geſchähe, oder Noth thäte, ſo ſoll ich die „Mahner gütig aufnehmen und keinem deshalb ungnädig „ſeyn.“ Ferner heißt es, wenn der Biſchof fürgäbe, er habe alles wieder im vorigen Stand geſetzt, dann ſoll der Dechan und das Capitel urtheilen, ob es an dem ſey. „Wird dann erkannt von den Herrn des Capitels oder „den mehrern Theil deſſelben, daß ich alſo wiederbracht „und gethan habe, ſo ſoll der Dechan oder älteſte Thum„herr die Bürger zu Würzburg und andere des Stifts „Unterthanen wieder heißen, daß ſie mir und den Herrn „des Capitels gewarten nach Inhalt obgemeldet Hul„dung und als dik ich mein obgemeldet Jurament, da „Gott vor ſey, verbräch in einen oder mehr Artikeln, „als dik und viel, ſo ſoll es allewege von beyden Thei„len mit der Mahnung gehalten werden in obgemelter „Maaſſe, ohne alles Gefährde b).“ Vergl. die Bambergiſche Art. 130. Weit billiger iſt auch hierinn, ſo wie in allen andern Puncten, der dem Erzherzoge Leopold als Coadjutor vorgelegte Paſſauer Wahlvertrag Art. 27: Denique aſſolet occulto hominum & ſaeculi vitio

b) *Lünig* Spic. eccl. T. II. S. 1007.

tio ſenſim primus fervor ſuccedente languore deſueſcere: quam ne aleam ſubeat horum concordatorum vigor, recurrente quolibet anno revideantur, exinde ſi unus & alter articulus effectu ſuo carere animadverſum fuerit, ſucceſſor id ſibi in memoriam debita reverentia revocari patiatur. Quod ſi dubietas aliqua circa unius vel alterius articuli intellectum ſuboriatur, ille non aliter quam mutuo epiſcopi & capituli conſenſu & explicatione erit declarandus [e]). Jedermann wird ſich von ſelbſt von der Unbilligkeit jenes Würzburgiſchen Wahlvertrags überzeugen, da in dieſem Falle, wenn keine oberſtrichterliche Hülfe zu haben wäre, entweder ein unpartheiiſcher Dritter, oder der in der Paſſauer W. C. beliebte gütliche Vergleich den Streit beylegen müßte. Die deutſche Verfaſſung aber bietet zur Auseinanderſetzung beyder ſtreitender Theile ein ganz anderes Mittel in der oberſtrichterlichen Gewalt des Kaiſers dar; und keinem von beyden Theilen iſt es erlaubt, auf Mittel zu denken, dem andern dieſen geſetzlichen Weg abzuſchneiden, da ſchon der Verſuch dieſes ins Werk zu richten, deutlich zu erkennen giebt, daß derjenige, der ſich ſo etwas ausbedingt, von der Geſetzwidrigkeit ſeines Vertrags, über den der Streit entſtehen könnte, völlig überzeugt ſeyn müſſe. In der angeführten Würzburgiſchen heißt es: „Und über dieſem meinen Eyd, oder ei„nigen Puncten oder Artikeln, mit den Pönen darinne „begriffen, oder auch wider denſelben Eydpunct oder „Pön

e) *Hanſitz* German. ſacra T. I. p. 708.

„Von keinerley Diſpenſation oder Gnaden, Entledigung, „Auflöſung, Wiederrufung, Vernichtung oder Leuterung, „von dem Stuhle zu Rom, oder einem jeglichen heiligen „gemeinen Concilio (zu Baſel), oder von keinem an„dern einen oberſten Schutz, oder Schirm impetriren „oder erwerben, durch mich oder jemand anders heimlich „oder öffentlich; und ob das geſchähe, daß von jemand „wird impetrirt, oder auch ſonſt von eigener Befugniß, „oder oberſten Würde verliehen, wie ſie das möchten, „ſo will ich doch alles dies nicht aufnehmen und „ſolche Diſpenſation nicht gebrauchen.“ Vergl. die Bamberg. W. C. Art. 130. welche zu dieſem Artikel lit. G. dieſe beſondere und ganz unkräftige Vorſicht braucht: „Zu deſſen mehrerer Verſicherung ſolle dem „Domcapitel eines zeitlichen Regentens Haab und Gut, „liegend und ſtehend, ſo er bereits hat, und noch über„kommt, loco hypothecae & pignoris in vim inſtru„menti guarentigiali verſchrieben und verpfändet ſeyn.“ Mit dieſen ſtimmt auch die neueſte Speierſche W. C. Art. 25 überein. Wie ſehr übel aber eine ſolche ariſtocratiſche und dem kaiſerlichen Anſehen zuwider laufende Vorſicht am höchſten Orte aufgenommen werde, beweiſet das Reichshofraths Concl. zu dieſem Artikel der Speierſchen W. C. „Endlich wird, ſo viel den Schluß der „Wahlcapitulation belangt, die der landesfürſtlichen Ge„walt äußerſt präjudicirliche, ſo mit allenthalben nichtige „Klauſel, wodurch Capitulum ſich unterſtanden hat, den „Hrn. F. Biſchofen zur unumſchränkten Begnemigung al„ler tempore interregni geführten Protokolle, und ſonſt „von dem Capitel durante Sedisvacantia unternomme„ne Handlungen, zu verbinden, anmit gänzlich caſſirt,

„und annullirt, und nicht nur Capitulo dergleichen wi„derrechtliche Zudringlichkeit für die Zukunft auf das ſchärf„ſte unterſagt, ſondern auch dem Hrn. F. Biſchofe das „allergerechteſte kaiſerl. Mißfallen und billige Befremdung „darüber zu erkennen gegeben, daß derſelbe, anſtatt die „in dieſem Schluß enthaltene, ob zwar ſchon an ſich gänz„lich unverbindliche und mit den Pflichten eines gewiſſen„haften Regenten keinesweges zuvereinbarende eydliche Zu„ſicherung von ſich zu geben, ſeiner reichsſtändiſchen Ob„liegenheit nach Kaiſ. Maj. ſo fort von dieſer Zudring„lichkeit, und in ſo vieler Ausſicht anſtößigen Capitula„tion, die Anzeige zu machen, unterlaſſen hat.“

Bey-

Beylagen.

I.

Perchtoldi Epiſcopi Patavienſis Diploma pro ſuis Canonicis de Anno 1252.

(*extat in Hanſitzii Germania ſacra T. I. p. 391.*)

Perchtoldus Dei gratia Sanctae Pataviensis Eccleſiae Epiſcopus, Venerabilibus in Chriſto ſuis fratribus, Decano & Capitulo Pataviensi & eorum ſucceſſoribus in perpetuum. Cum veſtram quietem & laudabilem libertatem, per inſufficientiam & incuriam Rudigeri Epiſcopi ſuis culpis exigentibus per ſedem Apoſtolicam depoſiti, invenimus penitus deformatam, & nos tam circa Eccleſiam, quam etiam veſtras venerabiles perſonas diverſis compaſſionibus inflammati ſentiamus omnimodam diligentiam adhibere, ut deformata in ſtatum debitum reformentur, & eis, quae contra veſtram libertatem & ſacros Canones ſunt temere attempta, revocatis in irritum, quietis & ſalutis omnis & emunitatis, Deo propitio, vobis inſtaurare velimus fir-

firmiſſimam libertem; inprimis equidem aream veſtram, in qua veſtrae domus diverſae ſitae conſiſtunt, ab Oeno, ſive ab Auſtro, verſus Aquilonem, hoc eſt Danubium; ac ab Oriente, id eſt porta Palatii Conſulis ante cuius Conſulis palatium Lapis Sanguinis iacet, verſus Occidentem, usque urbis murum, qui die Wehr vulgariter appellatur, ſicut in privilegio feliciſſimi Chunradi Epiſcopi, Anteceſſoris noſtri, idipſum verbis aliis eſt expreſſum; ſancimus praeſenti privilegio gaudere omnimoda libertate, firmiter ſtatuentes, ut infra eundem ambitum, nullus quicquam tractare habeat, vel etiam ordinare, niſi quod veſtro Capitulo videatur placere, cum veſtram antiquam libertatem iuxta conſuetudinem in eadem Eccleſia praedeceſſorum noſtrorum poſt Canonicam electionem a nobis factam, iuravimus inviolabiliter obſervare. Item cum dignitas Archi-Diaconalis non conſueverit in Cathedralibus Eccleſiis extra corpus ſui capituli evagari, ſed quotquot fuerint dignitates huiusmodi in Eccleſia, debeant eisdem dignitatibus Cathedrales Canonici honorari, niſi ſunt in Cathedra pro Canonicis Monachi, vel etiam regulares, cum ſit abſurdum & res peſtifera, ut maior debeat

debeat ſubeſſe minori, vel minor debeat ſuum iudicare Praelatum, cum Canonici Cathedrales ſint ſupra Praelatos ſuae Dioeceſis univerſos, ſicuti Cardinales ſedis Apoſtolicae cum ſummo Pontifice ſuper Eccleſiam Catholicam univerſam: ſtatuimus & ſancimus praeſenti Decreto, ut nulla dignitas Archi-Diaconalis noſtrae Dioeceſis tranſeat in perſonam alterius, niſi tantum ad gremium Capituli & eius ex Canonicis aliquam certam perſonam. Item cum Praeſides caſtrorum & cuſtodes turrium pro tempore ordinentur, & iurent munitiones eiusmodi conſervare, nec aſſignare alicui, niſi ei, qui Canonice fuerit conſtitutus, cum Laici neſciant, quid ſit Canonicum aut legitimum, & ſic detur eisdem occaſio malignandi, donec eisdem pecunia magna vel maxima tribuatur; ſtatuimus, ut poſtquam huiusmodi Praeſides mortem intellexerint ſui Epiſcopi, iuramento teneantur Capitulo, ſi concors fuerit, munitiones huiusmodi ex integro ſine difficultate qualibet aſſignare; alioquin caſtra diligentius conſervabunt, donec Capitulum concordetur. Item cum Canonici Eccleſiae in ſuis domibus & areis multa libertate & emunitate ſint privilegiati prae aliis ab anti-

quo, ſicut antiqui Clerici & Cives plene noverunt, & nobis Capitulum ſupplicavit, ut ipſis huiusmodi libertates iubeamus per iudicem Civitatis & Cives univerſos ex integro inviolabiliter obſervari, facientes hoc in publicis placitis, quae placita Ehaff-täding vulgariter appellantur, publicari ſolemniter, ac etiam proclamari per ipſum iudicem civitatis, ſtatuimus & ſancimus, ut ad hoc quilibet iudex Civitatis firmiſſime teneatur: in contemptores nihilominus & rebelles bonorum publicationem & perſonarum infidationem ſententia percellentes. Supplicarunt etiam nobis iidem venerabiles Fratres noſtri, ut cum ipſos pro noſtris vel ipſorum negotiis nobiſcum facere moram contingat, vel in Dioeceſi alibi eſſe nobiſcum, eisdem, non in menſa noſtra, propter advenientes, ſed ex oppoſito in menſa decenti ſeſſionem exhiberi laudabilem faciamus; quod utique ſtatuentes, per Officiales noſtros de caetero volumus obſervari. Et ut noſtri memoria, & parentum, ac proavorum noſtrorum, in eadem Eccleſia habeatur perpetua & ſolemnis, ad ſuſtentationem & augmentum praebendarum Canonicorum ipſius Eccleſiae, Eccleſiam parochialem Holabrunne nobis vacantem, cum omni Jure Epi-

ſcopi

ſcopi & ordinariae poteſtatis, ſeu Archi-Diaconi aut Decani, quibus quaelibet Eccleſia parochialis in iuribus obligatur, largimur, in perpetuum conferimus & donamus, ſicut per aliud privilegium ſuper hoc conficiendum, faciemus omnia melius declarari. In horum omnium praemiſſorum teſtimonium praeſens privilegium ſigilli noſtri munimine in nomine Domini roboramus. Acta ſunt haec Pataviae Nono Kal. Junii, Indict. decima. Anno Dom. MCCLII. Pontificatus noſtri anno ſecundo.

II.

Articuli aliquot, tempore Interregni a Capitulo Eyſtettenſi poſt mortem Heinrici IV. Epiſcopi confecti, quibus futurum Epiſcopum teneri vult. de Anno 1259.

(*ex Falkenſteinii Cod. Dipl. Nordgavienſi. p. 49.*)

Nos Albertus praepoſitus, Albertus Decanus totumque CAPITULUM ECCLESIAE EYSTETTENSIS omnibus praeſentes literas inſpecturis ſalutem.

Cum

Cum gloria patris ſit filius ſapiens, illud non ſolum in filios, ſed in Patrem credimus commendandum, ut correlativum utique ſic ſe habeat, quod filiorum devota ſubiectio paternam inducat ſollicitudinem ac eorum continuum incrementum. Hac ſimiliter ratione ad modernorum & futurorum notitiam pervenire cupimus, & protendi, quod vaçante ſede Eccleſiae Eyſtettenſis in hoc vota noſtra communiter convenirent, quod tactis ſanctorum reliquiis a ſingulis noſtrûm corporale fuerit praeſtitum iuramentum, ut is, qui canonice fuerit electus in Dominum & Paſtorem ſub religione iam praeſtiti iuramenti, ſubſcriptos articulos cuſtodiat & obſervet. *Primo* ſiquidem de debitis Romae contractis ſi impetatur capitulum, indemnem reddat, & abſolvat Eccleſiam Eyſtettenſem. *Secundo*, ut contra perſonas Capituli, Caſtrales Vilanas, ſive angulares non fulminet ſententiam, ſed coram Capitulo, vel ſenioribus Capituli, mediante iuſtitia, puniat delinquentes. *Tertio*, ut ſacra tecta reparentur Monaſterii ſupra dicti. *Quarto*, ut cathedratico, ſive collecta ſimplici ſit contentus, & ut exactiones, aut procurationes indebitas per Dioeceſin a Canonicis non requirat. *Quinto*, ut omnia

iura

iura & privilegia, immunitates & libertates, teſtamenta, ſive legata, & conſuetudines approbatas & bonas obſervet Capitulo Eccleſiae Eyſtettenſis & Herredienſis, & eadem Capitula in his eidem cooperentur. *Sexto*, quod ea, quae invenit praeter conſenſum Capituli diſtracta, illicite & allienata, ad ius & proprietatem Eccleſiae ſtudeat pro viribus revocare, & Capitulum eidem in hoc pro poſſe & noſſe cooperetur ſub debito praeſtiti iuramenti. *Septimo*, quod iurisdictionem Praelatorum ſui Capituli, ſive dioeceſis, non enervet. *Octavo*, quod collectionem de mediis praebendis in Eccleſiam Herredienſem factam perſonis adhuc integratione carentibus integrare, cum ſe primo facultas obtulerit, non obmittat, & de caetero in eadem eccleſia Statutum Turonenſis Concilii obſervet. *Nono*, quod decimas novales non conferat deinceps Laico alicui, & ſi poſt easdem collatas ab eisdem abſolvat, & permittat apud Eccleſias Parochiales manſus excolatur, tunc duae partes Epiſcopo cedant, & tertia Parochiae. *Decimo*, quod eleemoſinae, quae colliguntur Monaſterio quatuor temporibus anni, in Coena Domini, in Pentecoſte, in Feſto S. Willibaldi, & in dedicatione Eccleſiae, ſecun-

ſecundum antiquam conſuetudinem permittat, ut ad uſus Eccleſiae, & ad utilitatem Eccleſiae convertantur. *Undecimo*, quod feuda principalia quorum excedunt reditus XX. marcharum in ſuis retineat manibus, & quicquid ſine conſenſu Capituli fecerit, de eisdem ſit irritum & innane. Idem quoque teneatur Epiſcopus facere, & de Pactoribus feudorum circa perſonas extraneas, quod tamen in monaſterialibus Eccleſiae noſtrae locum obtinere. Si vero is, qui electus in Epiſcopum fuerit, tranſgreſſor iurisiurandi, quod Deus avertat, extiterit, quicunque de Capitulo voluerit, ipſum impedire poterit de periurio, & actori totum Capitulum debet unanimiter cooperari, auctoritate noſtri praeſtiti iuramenti. Et ut haec maius firmitatis robur obtineant, praeſentes volumus Sigillorum, tam Epiſcopi, qui electus fuerit, quam Praepoſiti, Decani, & Capituli munimine roborari. Acta ſunt haec in Choro Eyſtettenſi, anno Domini milleſimo ducenteſimo quinquageſimo nono, idus Maii.

III.

III.

Capitulatio Alberti Archiepiſcopi Magdeburgenſis in forma Privilegii exhibita de Anno 1383.

(*ex Ludewigii T. XII. Rel. MSS. p. 471.*)

NOS ALBERTUS de QUERNFURD dei & Apoſtolice ſedis gratia, ſancte Magdeburgenſis eccleſie archiepiſcopus, Germanie primas, volentes, vt tenemur, iura & conſuetudines Magdeburgenſis eccleſie noſtre illibata conſervare ac veſtigiis, in nonnullis infra ſcriptis, predeceſſorum noſtrorum archiepiſcoporum Magdeburgenſium, inherere, dignum duximus, aliqua iura & conſuetudines eiuſdem eccleſie noſtre Magdeburgenſis, ut in his omnis ambiguitatis tollatur materia, per noue conſtitutionis noſtre declarationem, ad notitiam omnium, quorum intereſt, deducere & ſcripti noſtri patrocinio communire. Ea propter de venerabilium virorum, dominorum praepoſiti, decani, canonicorum & capituli eiuſdem eccleſie noſtre Magdeburgenſis placito, voluntate & conſenſu, ordinamus, diſponimus & diffinimus, non obſtan-

obſtante, quod aliqua ex ipſis a noſtris predeceſſoribus ſunt obmiſſa: in primis, quod nos & ſucceſſores noſtri, in emunitate & beneficiis, extra capitulum eccleſie noſtre Magdeburgenſis ante dicte non conferendis, tenebimus formam inferius annotatam. In curiis canonicalibus dicte Magdeburgenſis eccleſie & aliarum eccleſiarum ciuitatis Magdeburgenſis, que plena gaudere debent emunitatis libertate, nos & noſtri ſucceſſores & quilibet alius, noſtri nomine, preter voluntatem eorum, quorum ſunt curie, in illis ordinandi ſeu diſponendi, nullam habemus vel habeant poteſtatem. Beneficia, perſonatus officia, que non niſi canonicis Magdeburgenſis eccleſie integratis & emancipatis in maioribus prebendis, ſi fuerint & acceptare voluerint, alioquin domicellis, in minoribus prebendis conſtitutis, conferri conſueuerunt, extra predictum capitulum, nos & noſtri ſucceſſores non conferamus, videlicet hec propter curas: in Angaria, in Beuera & in ciuitate noua Magdeburgenſi propter curam capelle beate Marie, aule noſtre archiepiſcopalis theſaurariam, archidiaconatus, ſcholaſticam, cuſtodiam, cantoriam, cameram, vicediaconatum cum iure ſuo. Item eccleſias in Bigere in Borne, Byderitz, Schartow, Alsleuen; Capellam in Calue, Conre, Loburg, Tuchen & Clynde; Cameram, que

que ſupradicta eſt, conferre debemus cum iudicio iudeorum, tam in Magdeburg, quam in Hallis. Priuilegia vero, que data ſunt ab archiepiſcopis predeceſſoribus noſtris & a quibusdam aliis dicto capitulo, nos & noſtri ſucceſſores ſeruabimus & ſeruari faciemus, contradictione qualibet non obſtante. Et quia non omnia iura & conſuetudines ſpecificari in preſenti carta poterant: que huiuſmodi conſuetudines & iura Magdeburgenſi eccleſie reſpiciunt, illa nihilominus nos & noſtri ſucceſſores ſeruabimus & ſeruare debemus, de quibus, a quatuor ſenioribus dominis eccleſie predicte canonicis, fuerimus informati. Preterea nos & noſtri officiales archidiaconos eccleſie noſtre, in iurisdictionibus ſuis non impediemus nec impediri faciemus, ſed eos, iuxta tenorem priuilegiorum eccleſie Magdeburgenſis, in predictis iurisdictionibus manutenebimus & confouemus. Item res, ad ornatum eccleſie pertinentes, non alienabimus nec obligabimus quoquo modo. Item nos & noſtri ſucceſſores nullam executam ſeu precariam extraordinariam faciemus in bonis eccleſiaſticis temporalibus & mundanis, in dominio eccleſie Magdeburgenſis, nec eam imponemus, niſi de voluntate & conſenſu noſtri capituli eccleſie Magdeburgenſis. Et preterea, quia dominus Gerhardus

de HEIDEBRAKE, olim canonicus Magdeburgenſis dum viueret, Heinricus & Anno de HEIMBORG, fratres, tercentas marcas argenti, in parata pecunia, pro certis annuis redditibus comparandis, ad memoriam ipſorum, in eccleſia Magdeburgenſi perpetue peragendam, tradiderunt, quas quidem trecentas marcas venerabilis pater, dominus OTTO, olim archiepiſcopus Magdeburgenſis, bone memorie noſter predeceſſor & additis per eum ſeptingentis marcis, nobili militi, domino Johanni de WANTZLEBen, ad tradendum & obligandum ſibi vnam de maioribus curtibus caſtri Wantzleben, mutuavit. In quartum ſcilicet trecentarum marcarum recompenſam dictus dominus OTTO, ad predictorum memoriam, annis ſingulis, in prefata eccleſia peragendam, allodium in Bardeleuen, cum omnibus iuribus & pertinentibus ſuis, capitulo Magdeburgenſi tradidit libere & donavit, in quo allodio, cum rebus ibidem exiſtentibus, nos & noſtri ſucceſſores Magdeburgenſe capitulum non impediemus antedictum. Ceterum nos & noſtri ſucceſſores non impediemus capitulum noſtrum Magdeburgenſe in perceptione decem marcarum, cenſus annui, de ſilua Byderitz, datas in recompenſam decem marcarum de ſilua Schilde, pro feſto Adelheidis & in anniuerſario ROPERTI archi-

archiepiſcopi miniſtrandis, per archiepiſcopum eccleſie ſupra dicte aut foreſtarium ſeu officiarium dicte ſilue Byderitz, pro tempore deputatum & exiſtentem. Reſtituere etiam debemus quadraginta marcarum annuos redditus vicariis, ob necem domini BORCHARDI olim archiepiſcopi inſtitutis, de veteri procuratione in monaſterio noui operis prope Hallis. Nos etiam & noſtri ſucceſſores non impediemus fabricam eccleſie noſtre Magdeburgenſis in redditibus duodecim marcarum, quas annuatim, pro ſeruationibus ſuis, in ciuitate & dioeceſi Magdeburgenſi ſoluere conſueuerunt. Homines feudatarios vero, quos nos & noſtri ſucceſſores habuimus in villis Oluenſlede & Welsleue, remittere debemus & tenore preſentium remittimus ad prepoſitum Magdeburgenſem, nomine capituli infeudandos. Cuicunque etiam caſtra eccleſie noſtre nos vel ſucceſſores noſtri committere volumus, ille ſe debet obligare capitulo noſtro Magdeburgenſi, quod, poſt mortem ſeu ceſſionem noſtram, libere & ſine contradictione qualibet preſentet caſtra, cum pertinentiis, eccleſie noſtre capitulo Magdeburgenſi, & ſi quem de talibus aduocatis deponeremus & alium inſtituerimus, ille inſtitutus, intra octo dierum ſpatium, capitulo noſtro memorato bona fide promittat

pari forma. Nos quoque & noſtri ſucceſſores non debemus facere aliquam ordinationem, ſine conſenſu capituli, de caſtris & bonis eccleſie, que vllam, poſt noſtrum deceſſum ſeu ceſſionem, debeant aut valeant obtinere roboris firmitatem. Etiam adiungimus tres parrochiales eccleſias videlicet eccleſiam Domensleue ſancti Petri, Lebechune & Keſegan, eccleſiis parochialibus videlicet Bygern & aliis prenominatis eas, equali libertate conſeruando. *Quodque in introitu noſtro ad eccleſiam Magdeburgenſem corporaliter preſtemus iuramentum ſolitum, ſicut in forma ewangelarii eccleſie predicte continetur. Poſtremo vero omnes contractus omnia geſta & facta, per capitulum & eccleſie noſtre memorate ſede vacante, ratificamus & approbamus & eos, in eisdem contractibus, geſtis & factis, ſeruare volumus & debemus indempnes. Nos quoque ALBERTUS archiepiſcopus ſupradictus omnia & ſingula premiſſa promiſimus & in his ſcriptis promittimus, deo, beato Mauritio & eius ſociis nec non prepoſito, decano, canonicis & capitulo eccleſie noſtre Magdeburgenſis, communiter & diuiſum, bona fide inuiolabiliter obſeruare.* In quorum omnium & ſingulorum euidens teſtimonium premiſſorum, ſigillum noſtrum, vna cum appenſione ſigilli noſtri capituli eccleſie Magdeburgenſis, preſentibus, ex certa noſtra ſcien-

ſcientia, eſt appenſum. Datum Calvis anno Domini milleſimo trecenteſimo octuageſimo tertio. Sabbato ante dominicam, qua cantatur in eccleſia dei cantate domino.

IV.

Vereinigung der Osnabrückiſchen Stiftsſtände vom Jahr 1532.

(Kreß vom Archidiaconalweſen Beyl. S. 64.)

Wy Jaſper van Neſſelrade Doempraveſt, Diederich Ketteler Doemdecken, Otto Voß Senior, und vort gemeine Capittel der Kercken, Brandt de Baer Landtdroſte, und gemeine Ritterſchup des Stichtes, Cordt von Horden, Erdewin Ertmann, und Johan Pöttger, Borgermeiſtere und vort Rath, Gilde und Gemeinte der Stadt Oſenbrügge, ock Borgermeiſtere und Raedt der Stede u. Wibbolde Wiedenbrüggen, Quackenbrüggen, Vaſtenauwe, Börden, Melle und Iborgh, doen kundt und bekennen, in u. vormitz deſſen Breve, nachdem in vorüchten Jahren de Ingeſettenen und Underdanen des Stiffts Oſenbr. vaſt in dappere un liederlicke Beſchwehr, mit ungelegenen, ungewöntlicken, ock unredelicken Uplagen gemeynlick van allen Ständen bauen und entjegen Oltherkamen und lövelik Gebruck, und ſunderlich van den jetz verſtorbenen Voerfürſten Gottzeliger gedacht Herrn Erikens Biſchop tho Oſenbrügge u. Paderborn,

Hertzogen tho Brunſewick dorch ungeſchicklick und unbedechtlick Anbringen tho vordrefflicken, und eynß deils ane jenich vorgande Verfolg edder Recht tho unvorwintlichen Schaden und Nadeile averrumpelt, beſchwehret und beſchediget, und wie dem dürch de Geleder und Stiftsgenothen, als von unß, Doem-Capittel, Ritterſchup, Stadt und Stede deßſülfften Oſenbrüggeſchen Stifts nicht mit tydigen Raede vorgekommen worde, und de gemeinen Ingeſetten ſülcher Beſchwehrlinge und Uplage nicht erreddet, u. gemetiget, worde, deſſenen Stifte nicht allein grot mercklicken Nadeil u. Schaden ſcheppen, ſunder ock in die lengede eyne ganze Verwöſtunge des Landes, u. Vorſtruwinge der Armott inbringen, dem nu mit upſaitlicken tidtlicken Rade, ſo velle die Noid fürdern und eſchen will, ock mögelich tho vorkamen; So bekennen Wy ergemelte Dompraveſt, Doemdecken ꝛc. und gantze Capittel vor Unß, und alle Unße Nakömelinge, und Wy Landtdroſte, und gemeine Ritterſchup deſſes Stiftes vor unß, unße Erven u. Anerven; Och wy Borgermeiſter, Raed, Gilde und Gemeine der Stede Oſſenbrügge, Wiedenbrügge, Quackenbrügge, Forſtennauwe, Börden, Melle u. Iborgh vorgeſchrl. vor unß und alle Unſe Nakömelinge, doen kundt openlicken in Krafft deßes Breffes jedermennniglicken, dat wy unß ſolcken beſchwerlicken Nadele vortokamen, u. dat mit Hylpe des Allmechtigen in liederlicke geſoichlicke und redelicke wege tho richten, hebben wy Unß mit guder vernünftiger Upſath, und in Bedracht darburch eynlick eyndrechtige und fründlicken Enonghe und Vordracht Lande und Lude hiebevor den guden, alden lövelicken hergebrachten Zeden und Wohnheit

heit erholden umb regert, alle Uneinigheit und Twyſpalte hinder rügge geworpen und unß eyner Ordenunghe der Mißbrücke under anderen up temelicke, billicke und redelicke olden lövelicken Herkamen und Gebruck meth ungemeß voreiniget, wie Wy deß jetz denen ankümpſtigen ock allen nachfolgenden Heren tho jeder Tydt ſick dat geſellet Artickelswieſe ſollen und willen vorholden, den Inhalt alſo tho loben, tho ſchwehrende tho verſegelende, und genochhaftige Verſeckeringe dörch gudige und geſettene Börgen, dat alſo ſtede, vaſt und unverbrocken waltho holden, fürderen und nehmen, reden u. geloven Wy allen ſemptlick, und Unſer Eine den Anderen, Inſunderheit vor Unß und Unße Nachkömelingen, Erven und Nafolger in Eydes Plicht und Kraft deſſes Breves, dat wy Unße Nachkömelingen, Erven und Nafolgern na dato deſſes Breves ghenen Herren in Unße vorgerorthe Stift Oſenbrügk willen innehmen, noch tho jenigen des Stifftes Hüßeren, jefort, edder des Stifftes Gerechtigkeit zu ſtaden, edder in kommen laten, jenige wiſſe, eth ſy dan erſtlick und tho vorne Unß, Unßen Nakömelingen, Erven u. Nafolgeren alſülck Unße jetzige Verdracht, Inſathe und Ordnunge dörch den Heren thor tydt gelovet, geſchworen, verſegelt, und mit genochſamen geſettener Vorſeckeringe vorborget und im Fall, offt na ſölcker gedaner Vorplichtonge van jenigen Heren thor tydt hier nochmals ichtes was anders vorgenamen, edder tegen jemandten düßes Stiffts Unterſaten dewere Geiſtlick, Wertlick, Adelick, Börger offte Buhren, begheven edder unbegheven deß

Wy tho rechte mächtig ſyn konden, und möchten Unßer Ordnung tho wedderen jenige Wiß weſt vornemende worde, den, edder der ſülven willen und ſollen, Wy alle ſämptlick ſunder jenig Mittel in der Fründſchup offte im Rechte moglich, u. mechtig weſen de offte denen ſülfften by Rechte handhaveu, holden verdedingen und vorlaten willen, und daran ſyn, dat nymandt Unrecht und Gewalt upgeplagt und dat Jurament und Verſeckerung der ankümpſtigen Heren wieder und klåhrlicker melden wert unvorbrecklich geholden werde. Geſelle ock dat in ſodaner Unßerer Rechts Erbedynghe van den Heren thor tydt jenige Ungnade Unß ſåmptelick, offte einen jederen inſunderheit thogewandt wörde, ſollen noch en willen Wy den Beſchwerden gelück woll nicht troſtloß vorlaten, ſunder den offte de in Macht deſſerer Unſerer fründlicker Thoſammenſettunge, und Voreynonghe tho Rechte und Reden vorhelpen, deß Wy Unß ſåmptlick, noch ein jder inſunderheit in ghenen Wege, noch ock mit gyner unfründslicker Orſacken affſunderen, ſunder de Ungnade und Unwillen, ſo darvan kamen und entſtaen möchte eyndrechtlick helpen dragen und uthſöhren, ſolange de Klåger deß by Rechte gelathen und handthavet. Dat Wy alſo ſtede vaſt, v. unverbracken by guden Ehren und Trewen ock in Eydeſtatt geloven, in Macht deſſes Breves unſer eyner den anderen unvorbrocken wohl tho holden; Wo ſick ock jemand von Unß in düſſer unßer fründlicker Voreininge nach ſynen erforderen vorgetkick tho wedderen und weygerlick, deß Wy unß nicht vermoden willen, befinden lethe, u. ſick erhelde dem und deſülven zullen hiermede, und in Krafft deſſer Eynonghe düſſes Stichtes und ganßen Lande thom ewigen Dagen nicht allein verwyſet,

ſunder

ſunder ock erer Ehre und Gelimpe, als ungetruwe und MeynEydige geſchulden und onerſteits von jedermännigli-cken dieſes Stifftes Vorwandten geholden werden, watterleye Schwarheit dar ock uth entſtände; deß willen und ſollen wy by anderen blyeven, und lyden, und nemandt ſick des van den anderen ſunderen, unangeſehen jenige Heren Macht eder parthylicke Lyſticheit, ſunder dat wo vorſtede nnd unvorbracken folgen, und holden, Alle Exceptionen, Argeliſt, Nygeſünde, Hülprede, Erringe und Gefehrde hier vormiß, gänßlicken uthgeſchlaten, und dat deſſe jegenwärdige Vorevnonghe alſo vor Unß, Unße Nachkömelinge, Erven und Anerven, in allen Clauſulen und Puncten, wo vor geſchreven ſteit, ſolen unvorbrocklich und unweddderruplich geholden werden, deß tho mehrer Veſtniße hebbe Wy Dompraveſt, Doemdecken, und Capittel der Kercken, Landtdroſte und Ritterſchup des Stiffts Borgermeiſter und Raet de Stede Oſſenbrügge, Wiedenbrügge, Quackenbrügge, Forſtenauwe, Vörden, Melle und an Iborgh, Unße gröteſte Ingeſegell, vor uns und Unße Nakömelinge deſſen Breff heten hangen: Und wy Landtdroſte und gemeine Ritterſchup des Stiffts willen deſſülffen deſſes Stifts, alſe unſer gemeineren Ritterſchup Ingeſell, eyn Jewelick vor ſyne egen Perſohnen, vor Unß, Unße Erven u: AnErven, in ſtatt Unßer eygen angebahrne Ingeſegell allhier tho gebrucken, und darmede deſſe jegenwaardige Voreynonghe bewilliget und approbert hebben. Gegeven im Jahre na Unßes Seligmackers Geborth Duſend Vuiffhundert twe u. dartig am Godenßtage na corporis Chriſti.

V.

Proteſtation der Osnabrückiſchen Ritterſchaft bey der Wahl Eitel Friedrichs vom Jahr 1624.

(Kreß vom Archidiaconalweſen Beyl. S. 40.)

In Gottes Nahmen: Kundt und zuwiſſen ſei hiemit menniglich, daß im Jahr nach unßers Erlößers und Seligmachers Geburt tauſend ſechshundert zwanzig und vier, Wir Endsbenendte Notarii im Nahmen und von wegen der Wolledlen und löbl. Ritterſchaft des Stiffts Oſnabrügk, der Erwürdigh, Woledlen und Veſten Herrn Sixto von Liaukema vnd Dietrichen Morven, reſpective Probſten vnd Dechanten der Cathedral-Kirchen zu Oßnabrügk continuo actu in ihrer Erwürden Höffern und reſpective Saletten, darinnen ſelbige Vnß, neben den Vnß adjungirten auch Endsbenendten Adelichen Gezeügen zur Audientz verſtattet, nachgehender Declaration vnd reſpective proteſtation, von Vnß Notarien authentiſirte vnd ſubſcribirte gleichlautende Copias inſinuirt vnd eingehändiget, welche Declaratio und reſpective proteſtatio von Wort zu Wort lautet wie folget:

Wir Herbord de Baer Land-Droſt, vnd die ſämptliche Ritterſchaft des Stiffts Oßnabrück fügen euch Notarien hiemit zu wiſſen als geſtriges Tags einem Ehrwürdigen Thumb-Capittel, im Nahmen vnd von wegen

wegen unſer ſämptlich zu Gemuet geführet, und ihre Ehrwürdigen ohne deme ohngezweiffelt ſampt und abſonderlich bewuſt, daß in den alten Concordatis, Capitulationibus oder Inſtrumentis ausdrücklich verſehen, daß kein Poſtulatus oder Electus Epiſcopus, zur adminiſtration des Stiffts ſolle verſtattet werden, ehe und bevor alle alte und newe Stiffts Privilegia, aufgerichtete Capitulationes, Vereinbahrung und Abſchiede, Ordnung und Juramenta, wie dieſelbe dabevor zwiſchen ein Ehrwürdigem Thumb-Capittul und den Stiffts-Ständen ſampt und ſonders vorglichen und herkommen de nouo confirmirt und beſtettiget worden, welche contenta propoſitionis, wir nicht aus unß ſelbſten, ſondern aus deme was ein Ehrwürdiges Thum-Capittul ohngezweiffelt aus den in anno 1532 Mitwochen nach corporis Chriſti vereinbahrten Concordaten ſelbſt in Weilandt Philips Sigismundten Hochmilter Gedächtniß, Capitulation art. 4 inſerirt und eingeſetzet erſehen haben und von uns nicht ſol verſtanden oder aufgenommen werden, als ob wir Ihre Hochfl. Gn. die Adminiſtration und Regierungh dieſes Stiffts mißgönneten, oder dieſelbe zu ſtollen gemeinten, ſondern ſchlechts und allein, wie auch verfolglich ein Ehrwürdigem Thum-Capittel proponirt worden, daß Ihre Ehrw. bey jetziger Ihrer Hochfürſtl. Gn. Regierungs Antretungh es dahin diſponiren wollen, daß alles bey alten Herkommen gelaſſen, und darüber kein Stand dieſes Stiffts graviret und beſchweret werden mügte. Da aber dieſer unßer Vortragh und propoſition ettwa unvermuetlich ungleicher wieder Unſere Meynungh aufgenommen werden wollte, ſo wollen wir unß davon öffentlich bedingt und

per

per expreſſum proteſtiret haben, daß es nicht anders, als vor angedeutet, von Uns gemeinet vnd verſtanden werden ſoll. Weiln dan auch wir zu verſchiedenen mahlen, umb Communication der jetzigen Capitulation angehalten dieſelbige aber bisannoch verweigert worden, dahero wir uns die Gedancken gemacht, daß ein Ehrw. Thumb-Capittel etwa jetzige Capitulation anders als die vorigen Inſtrumenta verfaſſet, aufgeſetzet und vermuetlich verändert haben mügten, und dann in den alten Concordatis und errichteten Capitulationibus oder Iuramentis ausdrücklich verſehen, da einige Capitulation ſolte verändert werden, daß ſelbiges mit einhelliger Beliebungh aller dreyer dieſes Stiffts-Ständen, als Capittuls, Ritterſchafft und Rahts geſchehen ſoll, derhalbe umb Communication und Ertheilungh jetziger Capitulation abermahlen anhalten laſſen, als aber uns dieſelbig nochmalen denegirt und verweigert worden, dahero wir deſtomehr in vorigen Zweiffel der Veränderungh vorhalten worden, ſo wollen Wir uns hiemit ausdrücklich bedingt, und zum zierlichſten proteſtirt haben, da nun oder inkünftigh ſich eräugen ſolte, daß jetzige Capitulation mit den vorigen Iuramentis nicht übereinkommen, ſondern verändert worden, daß uns ſolches, als nobis inſciis geſchehen, an unſern hergebrachten privilegiis Recht und Gerechtigkeiten nicht praeiudicirlich oder abbrüchlich ſein ſol, auch Notarien Ampt und Eids halber requirirendt, dieſe unſere nothwendige Declaration und reſpective proteſtation einem Ehrw. Thumb-Capittul vornehmlich dem Herrn-Thumb-Probſt und Herrn Thumb-Dechanten der Gebuer in Gegenwart dazu requirirten Gezeugen,

zu inſinuiren, deroſelben reſolution und Antwort darüber in gut Obacht zu nehmen, fleißigh zu notiren und zu verzeichnen, und uns darüber eins oder mehr Inſtrumentum & Inſtrumenta ſo viel wir deren nöthigh, uns deren künfftiglich zur Nothdurfft haben zu gebrauchen, umb die Gebüer zu verfertigen und mit zu theilen, actum am 26ten Octobr. an. 1624.

Wann denn obgedachte copia jetz gemelter declaration und reſpective proteſtation obehren gemelter Herr Probſt, quantum de jure tenetur, vnd Herr Dechant pure & abſque ulla appendice pro inſinuatis von uns auf und angenommen, als haben wir dis Inſtrument darüber verfertigt, und in dieſe Form gebracht. So geſchehen im Jahre, Indiction, Kaiſerthumb, Monatt, Tagh, Zeit und Platz wie oben, dabey waren Gezeugen die Wohledle, Veſte und mannhaffte Hieronymus Tribbe vnd Johan Heinrich von Heiden zu Engerhauſen und binnen Oßnabrück reſpective Erbgeſeſſen. So hie zu von Herrn Land-Droſten und ſämptlichen Ritterſchafft ſonderlich neben uns requirirt und uns als Gezeugen adjungirt worden ꝛc.

Und ich Heinricus Goeſt von Kaiſerl. Majeſtät, Macht und Gewalt, offenbahrer Notarius bezeuge und bekenne das dieſe dem Herrn Thumb-Probſt und Dechanten, von mir und den mir adjungirten Notario Joachimo Winden beſchehene Inſinuationes ob angedeuteter maßen verrichtet, und reſpective acceptirt worden ſeyn, deſſen zur Vrkundt habe ich dieß offen Inſtrument darüber aufgerichtet, mit meinen eigenen Händen ſelbſt ge-

ſchrie-

ſchrieben, meinen Tauff- und Zunahmen ſubſcribirt und mein getreulich Notariat-Signet zur Seiten aufs ſpatium geſetzt, alles zur Zeugniß der Wahrheit, hiezu ſonderlich neben gedachten Notario Winden requirirt und erbetten.

(L. S. *Notar.*) Henricus Goeſt *Notarius qui ſupra ſubſcript.*

ENDE.

Bayerische Staatsbibliothek München

X Okt. 85
X Mai 86
X April 90
X [illegible] 93

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Posse, Adolf Felix Heinrich,

Ueber Grundherrschaft und Wahlcapitulationen der deutschen Domcapitel

Hannover 1787

J.can.p. 776
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10546147-6
VD18 14537141-001